



Mecklenburgische
V E R S I C H E R U N G S G R U P P E

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR)

zum 31.12.2020

Mecklenburgische
Versicherungs-Gesellschaft a. G.

Register-Nr.: 5412

LEI-Code: 391200RVARYGHG0LYB4

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	3
A.1 Geschäftstätigkeit.....	3
A.2 Versicherungstechnische Leistung	5
A.3 Anlageergebnis	7
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	8
A.5 Sonstige Angaben	9
B. Governance-System	10
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	11
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	17
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.....	18
B.4 Internes Kontrollsystem.....	23
B.5 Funktion der Internen Revision.....	25
B.6 Versicherungsmathematische Funktion.....	26
B.7 Outsourcing.....	27
B.8 Sonstige Angaben.....	27
C. Risikoprofil	28
C.1 Versicherungstechnisches Risiko.....	28
C.2 Marktrisiko	33
C.3 Kreditrisiko	37
C.4 Liquiditätsrisiko	38
C.5 Operationelles Risiko	40
C.6 Andere wesentliche Risiken	41
C.7 Sonstige Angaben.....	41
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	42
D.1 Vermögenswerte.....	44
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	55
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	64
D.4 Alternative Bewertungsmethoden.....	71
D.5 Sonstige Angaben.....	77
E. Kapitalmanagement	78
E.1 Eigenmittel	78
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	81
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	83
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen..	83
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung Solvenzkapitalanforderung	83
E.6 Sonstige Angaben	83

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ALM	Asset Liability Management (Aktiv-Passiv-Management)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BGH	Bundesgerichtshof
CMS	Compliance-Management-System
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e. V.
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung)
EPIFP	Expected Profits Included in Future Premiums (bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn)
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregister für Abteilung B
HUK	Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung
IAS	International Accounting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IKS	Internes Kontrollsystem
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
MCR	Minimum Capital Requirement (Mindestkapitalanforderung)
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment (unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung)
SCR	Solvency Capital Requirement (Solvenzkapitalanforderung)
SFCR	Solvency and Financial Condition Report (Bericht über Solvabilität und Finanzlage)
S II	Solvency II
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VJ	Vorjahr
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (Solvency and Financial Condition Report; kurz: SFCR) ist Teil des Berichtswesens unter Solvency II. Er wird jährlich erstellt und veröffentlicht. Der SFCR dient der Offenlegung von qualitativen und quantitativen Informationen zum Governance-System und zur Solvenz- und Finanzlage der Mecklenburgische Versicherungs-Gesellschaft a. G. gegenüber der Öffentlichkeit und trägt somit zur Umsetzung des Transparenzanspruches von Solvency II bei.

Die Inhalte und ihre Gliederung sind aufsichtsrechtlich vorgegeben. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf das vergangene Geschäftsjahr, welches am 31.12.2020 abgeschlossen wurde. Im Folgenden wird der Bericht kurz zusammengefasst.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Der erste Abschnitt enthält allgemeine Informationen zur Geschäftstätigkeit und Unternehmensstruktur sowie eine Zusammenfassung des Geschäftsergebnisses für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Die Mecklenburgische Versicherungs-Gesellschaft a. G. (kurz: Mecklenburgische) wurde 1797 gegründet und versichert Risiken der Kundensegmente Privatkunden, Gewerbe und Landwirtschaft innerhalb Deutschlands. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) orientiert sich das unternehmerische Handeln an den Versicherungsnehmern. Die erzielten Erträge werden zur Stärkung der Eigenkapitalbasis verwendet und tragen damit zur Eigenständigkeit der Mecklenburgischen bei.

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von einem sehr guten Beitragswachstum in Verbindung mit einer niedrigen Schadenbelastung. Insgesamt wurde ein gutes Ergebnis erzielt. Die Bruttobeiträge stiegen auf 463.359 Tsd. Euro¹ (VJ: 445.817 Tsd. Euro). Vom Jahresüberschuss in Höhe von 15.000 Tsd. Euro (VJ: 11.600 Tsd. Euro) werden – vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung – 10.000 Tsd. Euro den anderen Gewinnrücklagen und 5.000 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hat die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr nachhaltig geprägt. Insgesamt sind im Geschäftsjahr 2020 keine signifikanten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die versicherungstechnische Leistung oder das Kapitalanlageergebnis der Mecklenburgischen eingetreten.

B. Governance-System

Das Governance-System stellt die Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen sicher und unterstützt eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens. Dazu gehören insbesondere eine angemessene, transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und einer angemessenen Trennung der Zuständigkeiten.

In Abschnitt B wird eine detaillierte Darstellung der Struktur des Governance-Systems der Mecklenburgischen gegeben. Insgesamt ist das Governance-System der Mecklenburgischen der Art, dem Umfang und der Komplexität ihrer Geschäftstätigkeiten inhärenten Risiken angemessen eingerichtet.

¹ Sämtliche Geldbeträge werden der aufsichtsrechtlichen Anforderung folgend in Tausend (Tsd.) Euro dargestellt. Hierdurch kann es bei der Berechnung von Summen ggf. zu minimalen Rundungs-differenzen kommen.

C. Risikoprofil

Abschnitt C stellt das Risikoprofil der Gesellschaft dar und gibt somit einen Überblick über die Risiken, denen die Mecklenburgische ausgesetzt ist.

Wie für Versicherungsunternehmen typisch wird das Risikoprofil der Gesellschaft insbesondere von versicherungstechnischen und Marktrisiken dominiert. Um die Ansprüche der Versicherungsnehmer jederzeit erfüllen zu können, werden die versicherungstechnischen Risiken durch Rückversicherung begrenzt. Darüber hinaus verfolgt die Gesellschaft eine differenzierte Kapitalanlagepolitik.

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 stellte auch die Mecklenburgische Versicherungsgruppe vor neue Herausforderungen. Zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde umgehend eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen ergriffen. Die Betriebsabläufe und die Erbringung der Serviceleistung sind insgesamt nicht beeinträchtigt gewesen.

Insgesamt zeigt die Analyse der Risikolage, dass sowohl die Einzelrisiken als auch das Risikoprofil durch adäquate Risikosteuerungsmaßnahmen beherrscht werden. Gegenwärtig sind keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen könnten.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Die Regelungen von Solvency II fordern eine ökonomische, marktnahe Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dieser Abschnitt beinhaltet eine Beschreibung der Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen zur Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der für Solvabilitätszwecke aufzustellenden Solvabilitätsübersicht und erläutert wesentliche Unterschiede zur Bewertung nach HGB.

E. Kapitalmanagement

Abschließend gibt der Bericht einen Überblick über die sich aus dem Risikoprofil ergebenden Kapitalanforderungen und den zu ihrer Bedeckung zur Verfügung stehenden Eigenmitteln.

Zur Berechnung der Kapitalanforderungen nutzt die Gesellschaft die sogenannte Standardformel. Im Berichtszeitraum überdeckten die Eigenmittel jederzeit die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, kurz: SCR) deutlich. So lag die SCR-Bedeckungsquote bei 331 % (VJ: 345 %). Auch unter Berücksichtigung von Stressszenarien war stets eine auskömmliche Bedeckung gegeben.

Anhang

Das Berichtswesen unter Solvency II beinhaltet neben den narrativen Berichten auch quantitative Berichtsformulare. Diese werden regelmäßig an die Aufsichtsbehörde übermittelt. Der Anhang dieses Berichts enthält die von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen quantitativen Berichtsformulare zum 31.12.2020. Sie enthalten detaillierte Informationen über Rückstellungen, Kapitalanlagen, Solvenzkapitalanforderung und Eigenmittel.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Allgemeine Angaben

Die Mecklenburgische ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) mit Sitz in Hannover und Neubrandenburg, eingetragen in den Handelsregistern der Amtsgerichte Neubrandenburg (HRB 1) und Hannover (HRB 4667). Die Versicherungsnehmer sind Mitglieder und Träger eines VVaG.

Die Gesellschaft unterliegt der aufsichtsrechtlichen Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die Verwaltungs- und Rechnungslegungsvorschriften wurden in 2020 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH geprüft.

Kontaktdaten	
Finanzaufsicht	Abschlussprüfer
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn Postfach 1253 53002 Bonn Tel.: 0228 / 4108 - 0 Fax: 0228 / 4108 – 1550 E-Mail: poststelle@bafin.de De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de	PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Fuhrberger Straße 5 30625 Hannover

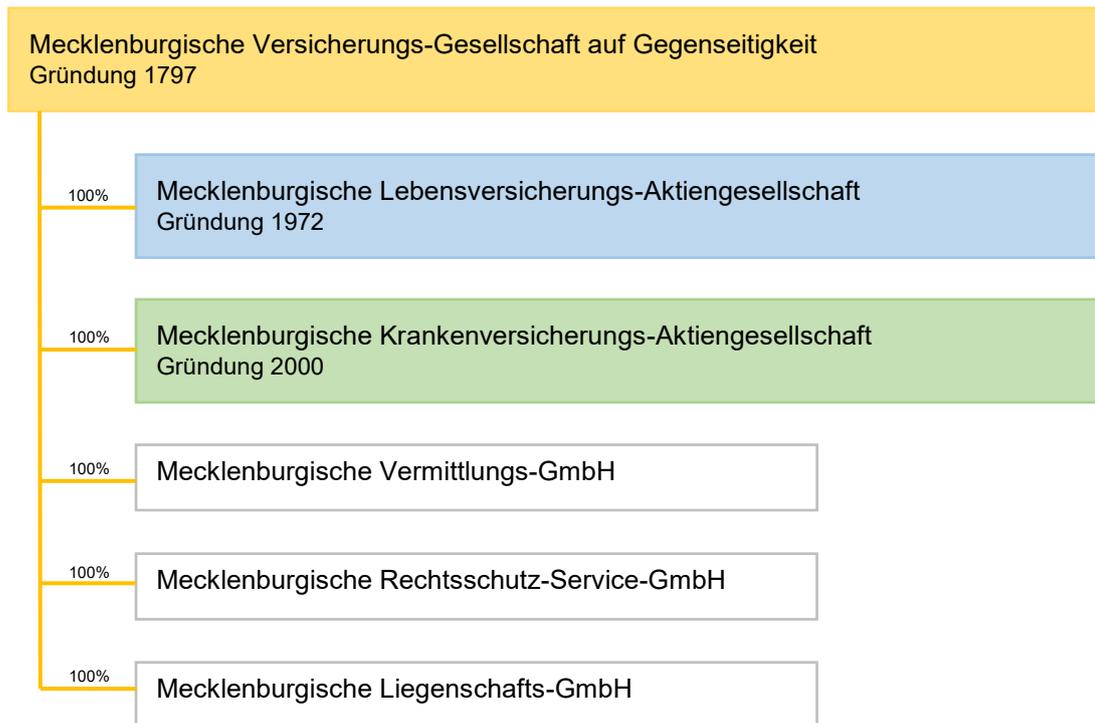
A.1.2 Unternehmensstruktur

Gemeinsam mit ihren 100%igen Tochterunternehmen

- Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG und
- Mecklenburgische Krankenversicherungs-AG

bildet die Mecklenburgische eine in Deutschland tätige Versicherungsgruppe, die im Bewusstsein ihrer über 200-jährigen Tradition geführt wird. Verbundene Gesellschaften sind die Mecklenburgische Vermittlungs-GmbH, die Mecklenburgische Rechtsschutz-Service-GmbH sowie die Mecklenburgische Liegenschafts-GmbH.

Folgende Abbildung stellt die Struktur der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe dar.



A.1.3 Wesentliche Geschäftsbereiche und Regionen

Die Mecklenburgische versichert Risiken der Kundensegmente Privatkunden, Gewerbe und Landwirtschaft innerhalb Deutschlands. Die Versicherungszweige der Gesellschaft teilen sich wie folgt auf die unter Solvency II definierten Geschäftsbereiche auf:

Geschäftsbereiche nach Solvency II	Versicherungszweig
Einkommensersatzversicherung	Allgemeine Unfallversicherung Kraftfahrzeug-Unfallversicherung
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Sonstige Kraftfahrtversicherung	Vollkaskoversicherung Teilkaskoversicherung
Allgemeine Haftpflichtversicherung	Allgemeine Haftpflichtversicherung
Rechtsschutzversicherung	Rechtsschutzversicherung
Beistand	Schutzbriefversicherung
Feuer- und andere Sachversicherungen	Feuerversicherung Feuer-Landwirtschaft Versicherung Verbundene Hausratversicherung Verbundene Wohngebäudeversicherung Hagelversicherung Einbruchdiebstahlversicherung Sturmversicherung Leitungswasserversicherung Glasversicherung Maschinenversicherung Bauleistungsversicherung Elektronikversicherung

A.1.4 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle, die sich erheblich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

A.2.1 Versicherungstechnische Leistung Gesamt

Das Geschäftsjahr 2020 war geprägt von einem sehr guten Beitragswachstum in Verbindung mit einer niedrigen Schadenbelastung. Insgesamt wurde ein überdurchschnittlich hohes versicherungstechnisches Ergebnis erzielt. Die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft konnte weiter gestärkt werden. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 15.000 Tsd. Euro (VJ: 11.600 Tsd. Euro) werden – vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung – 10.000 Tsd. Euro den anderen Gewinnrücklagen und 5.000 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Die Mecklenburgische zeichnete im Berichtsjahr kein aktives Rückversicherungsgeschäft. Die ehemaligen Beteiligungen an den Pools der Deutschen Versicherungswirtschaft zur Deckung von Atom- und Pharmarisiken befinden sich in der Abwicklung.

A.2.2 Versicherungstechnische Leistung nach Geschäftsbereichen

Folgende Tabelle gibt einen Überblick über das versicherungstechnische Ergebnis zum 31.12.2020. Nähere Informationen zu Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen sind dem Meldebogen S.05.01.02 im Anhang des Berichtes zu entnehmen.

Versicherungstechnisches Ergebnis [in Tsd. Euro]	Geschäftsbereiche nach Solvency II								
	Gesamt	Einkommensersatz	Kraftfahrzeughaftpflicht	Sonstige Kraftfahrt	Allgemeine Haftpflicht	Rechtsschutz	Beistand	Feuer und andere Sach	
Versicherungstechnisches Ergebnis									
Brutto	2020	66.856	12.814	6.787	11.627	14.903	1.145	440	19.140
	2019	18.511	12.604	-3.142	4.524	-3.654	1.353	53	6.773
Anteil der Rückversicherung	2020	-21.049	-943	-1.217	-2.583	-7.444	-14	-	-8.848
	2019	-4.240	-1.819	-3.378	-1.271	6.462	-54	-	-4.180
Netto	2020	45.807	11.871	5.570	9.044	7.459	1.131	440	10.292
	2019	14.271	10.785	-6.520	3.253	2.808	1.299	53	2.593
Veränderung Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	2020	-11.357	-	-7.133	-199	-	-207	-128	-3.690
	2019	-1.724	-	3.143	-1.826	-	-255	-121	-2.665
Nach Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen	2020	34.450	11.871	-1.563	8.845	7.459	924	312	6.602
	2019	12.547	10.785	-3.377	1.427	2.808	1.044	-68	-72

Das versicherungstechnische Bruttoergebnis verringerte sich um 48.345 Tsd. Euro auf 66.856 Tsd. Euro. Die Beteiligung der Rückversicherer ist um 22.751 Tsd. Euro gestiegen. Das versicherungstechnische Nettoergebnis lag mit 45.807 Tsd. Euro deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Nach Zuführungen zu den Schwankungsrückstellungen und ähnlichen Rückstellungen in Höhe von 11.357 Tsd. Euro ergab sich für das Geschäftsjahr 2020 ein versicherungstechnischer Gewinn in Höhe von 34.450 Tsd. Euro (VJ: 12.547 Tsd. Euro).

Im Folgenden werden die Entwicklungen einzelner Geschäftsbereiche dargestellt.

In der *Einkommensersatzversicherung* hat sich das versicherungstechnische Bruttoergebnis geringfügig auf 12.814 Tsd. Euro erhöht. Der Aufwand für Versicherungsfälle ist von 11.600 Tsd. Euro auf 12.967 Tsd. Euro gestiegen. Nach Beteiligung der Rückversicherer ergab sich ein versicherungstechnisches Nettoergebnis in Höhe von 11.870 Tsd. Euro (VJ: 10.785 Tsd. Euro).

In der *Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung* stieg das versicherungstechnische Bruttoergebnis von -3.142 Tsd. Euro auf 6.787 Tsd. Euro. Neben dem Ausbleiben von Kumulereignissen und Großschäden hat ein stark reduziertes Verkehrsaufkommen zu einer günstigen Entwicklung der Schadenzahlungen geführt. Nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 7.133 Tsd. Euro verblieb ein versicherungstechnischer Nettoverlust von 1.563 Tsd. Euro (VJ: -3.377 Tsd. Euro).

Das versicherungstechnische Bruttoergebnis der *sonstigen Kraftfahrtversicherung* erhöhte sich um 7.103 Tsd. Euro auf 11.627 Tsd. Euro. Die Ursache liegt in dem Rückgang des Schaden- aufwands für Geschäftsjahresschäden um 22.228 Tsd. Euro auf 52.031 Tsd. Euro.

In der *Allgemeinen Haftpflichtversicherung* ist das versicherungstechnische Bruttoergebnis von -3.654 Tsd. Euro auf 14.903 Tsd. Euro gestiegen. Zu dieser Entwicklung beigetragen haben ein um 8.471 Tsd. Euro niedrigerer Aufwand für Geschäftsjahresschäden und ein höheres Abwick- lungsergebnis. Nach der Beteiligung der Rückversicherer konnte ein positives versicherungs- technisches Nettoergebnis in Höhe von 7.459 Tsd. Euro (VJ: 2.808 Tsd. Euro) erzielt werden.

In dem Geschäftsbereich *Feuer- und andere Sachversicherung* ist das versicherungstechnische Bruttoergebnis im Vergleich zum Vorjahr auf 19.141 Tsd. Euro gestiegen. Diese Entwicklung wurde vor allem vom Ausbleiben von Kumulereignissen und Großschäden beeinflusst. Es ver- blieb ein versicherungstechnisches Nettoergebnis von 10.292 Tsd. Euro (VJ: 2.593 Tsd. Euro).

A.2.3 Versicherungstechnische Leistung nach Regionen

Das Geschäft wurde ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland gezeichnet. Gemessen an den gebuchten Bruttobeiträgen verteilt sich der Versicherungsbestand der Gesellschaft auf folgende Regionen in Deutschland:

Gebuchte Bruttobeiträge nach Regionen [Werte in Tsd. Euro]		
Regionale Aufteilung	2020	2019
Hessen	82.689	79.828
Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin	62.636	60.415
Niedersachsen und Bremen	60.254	57.916
Bayern, Baden-Württemberg und Saarland	55.790	53.279
Mecklenburg-Vorpommern	54.589	53.285
Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz	53.695	51.053
Schleswig-Holstein und Hamburg	49.137	46.472
Thüringen und Sachsen	44.571	43.568
Gesamt	463.359	445.817

Die Tabelle zeigt, dass der gesamte Versicherungsbestand der Gesellschaft innerhalb Deutsch- lands gut diversifiziert ist, ein Schwerpunkt besteht in Hessen.

A.3 Anlageergebnis

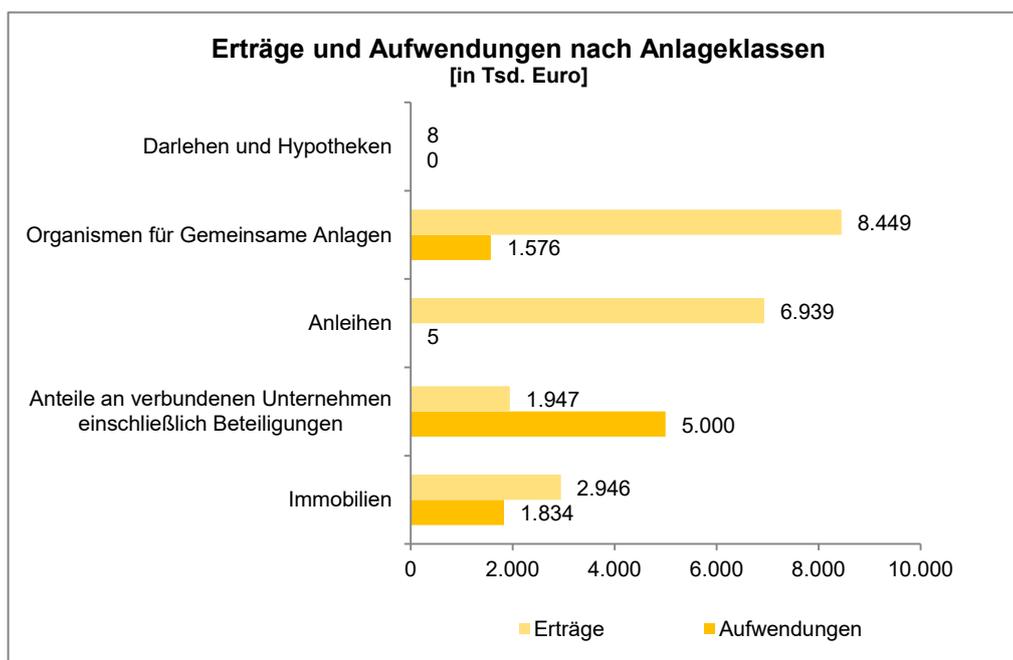
A.3.1 Erträge und Aufwendungen

Die Kapitalanlage der Mecklenburgischen konnte im Geschäftsjahr ein Ergebnis in Höhe von 10.791 Tsd. Euro (VJ: 16.760 Tsd. Euro) erzielen. Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 1,1 % (VJ: 1,9 %).

Kapitalanlageergebnis [in Tsd. Euro]	2020	2019
Erträge	20.289	20.777
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	20.021	20.557
Erträge aus Zuschreibungen und Abgang von Kapitalanlagen sowie Gewinnabführungsverträgen	268	220
Aufwendungen	9.498	4.018
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	3.231	3.195
Abschreibungen auf Kapitalanlagen/ Verluste, Aufwendungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.267	823
Kapitalanlageergebnis (Ohne technischer Zinsertrag)	10.791	16.760

Der Rückgang des Kapitalanlageergebnisses ist im Wesentlichen auf Abschreibungen im Bereich Beteiligungen und Private Equity zurückzuführen. Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen lagen mit 20.021 Tsd. Euro leicht unterhalb des Vorjahresniveaus (20.557 Tsd. Euro). Diese Entwicklung wurde vom anhaltend niedrigen Zinsniveau beeinflusst. Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen wurden wie im Vorjahr nur in einem sehr geringen Umfang realisiert (42 Tsd. Euro). Die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen verblieben mit 3.231 Tsd. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (3.195 Tsd. Euro).

Die folgende Abbildung zeigt die Erträge und Aufwendungen pro Anlageklasse.



In dieser Abbildung nicht dargestellt sind Vermögensverwaltungskosten und sonstige Aufwendungen in Höhe von 1.079 Tsd. Euro (VJ: 1.239 Tsd. Euro), die sich nicht den einzelnen Anlageklassen zuordnen lassen.

A.3.2 Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste

Da die Mecklenburgische nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) bilanziert, werden keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne oder Verluste erfasst.

A.3.3 Anlagen in Verbriefungen

Anlagen in Verbriefungspositionen wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt und sind im Planungszeitraum nach aktuellem Stand auch nicht beabsichtigt.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

A.4.1 Sonstige Erträge und Aufwendungen

In der folgenden Tabelle sind die sonstigen wesentlichen Erträge und Aufwendungen dargestellt.

Nichtversicherungstechnische Erträge und Aufwendungen				
[in Tsd. Euro]	Erträge		Aufwendungen	
	2020	2019	2020	2019
Versicherungsvermittlung	10.129	10.278	12.404	13.419
Dienstleistungen	15.098	15.595	15.593	16.211
Steueraufwand	-	-	17.734	7.757
Sonstiges	1.077	2.088	9.939	7.796
Gesamt	26.304	27.961	55.670	45.183

Die Mecklenburgische übernimmt für ihre Tochtergesellschaften sämtliche Verwaltungsarbeiten und den Vertrieb. Hierzu bestehen zwischen der Mecklenburgischen und ihren Tochterunternehmen Verwaltungs- und Organisationsabkommen. Die in der Tabelle aufgeführten sonstigen Erträge und Aufwendungen beinhalten vor allem Zinsen, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen.

Insgesamt resultiert die Veränderung des sonstigen Ergebnisses im Wesentlichen aus dem Steueraufwand sowie den sonstigen Erträgen und Aufwendungen. Höhere Steuerzahlungen und Zuführungen zur Steuerrückstellung führten zu einem Anstieg des Steueraufwands von 7.757 Tsd. Euro auf 17.734 Tsd. Euro. Die sonstigen Erträge sind aufgrund geringerer sonstiger Zinserträge und geringeren Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen um 1.019 Tsd. Euro gesunken. Wegen gestiegener Zinsaufwendungen und einem höheren Aufwand aus der Verrechnung von Altersversorgungsverpflichtungen sind die sonstigen Aufwendungen um 2.143 Tsd. Euro gestiegen.

A.4.2 Leasing-Vereinbarungen

Leasingvereinbarungen bestehen nicht.

A.5 Sonstige Angaben

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hat die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig geprägt. Das öffentliche Leben war durch pandemiebedingte Maßnahmen teilweise stark eingeschränkt. Die Corona-Hilfen für gewerbliche und freiberufliche Unternehmen sind zum größten Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland angewachsen. Es umfasst neben Krediten und Rekapitalisierungen auch Bürgschaften und Garantien sowie Zuschüsse. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führten dazu, dass die Weltwirtschaft in eine Rezession abgeglitten ist. Auch die deutsche Wirtschaft konnte sich trotz der aufgelegten Programme zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsleistung dieser Entwicklung nicht entziehen.

Insgesamt sind im Geschäftsjahr 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie keine signifikanten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die versicherungstechnische Leistung oder das Kapitalanlageergebnis der Gesellschaft eingetreten.

B. Governance-System

Das Governance-System ist einheitlich für alle Gesellschaften der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe eingerichtet. Es stellt die Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen sicher und unterstützt eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens. Dazu gehören insbesondere eine angemessene, transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und einer angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames unternehmensinternes Kommunikationssystem.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems.

Die folgende Abbildung stellt die Hauptbestandteile des Governance-Systems nach Solvency II dar. Diese werden in den folgenden Abschnitten näher erläutert.



B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

B.1.1 Aufbau des Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgans

Die folgende Abbildung stellt die Organe der Gesellschaft dar.



Hauptversammlung

Die Hauptversammlung besteht aus 60 Mitgliedervertreterinnen und -vertretern, die Mitglieder der Gesellschaft, also Versicherungsnehmerinnen und -nehmer, sind. Sie vertreten in der Hauptversammlung die Interessen der Kunden.

Die ordentliche Hauptversammlung findet jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres statt. Eine außerordentliche Hauptversammlung wird vom Vorstand einberufen, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert oder wenn dies von mindestens einem Drittel der Delegierten verlangt wird.

Die Hauptversammlung beschließt dabei u.a. über:

- Wahl oder Abberufung der Mitglieder der Hauptversammlung (Kooptationsprinzip) und des Aufsichtsrats sowie deren Vergütung
- Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats
- Verwendung des Bilanzgewinns
- Änderungen der Satzung

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand. Daneben ist er insbesondere für die Bestellung der Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung und Billigung des Jahresabschlusses auf Einzel- und Konzernebene zuständig. Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Personen, die Mitglieder der Gesellschaft sein müssen. Entsprechend den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes werden vier Vertreter von der Hauptversammlung und zwei von den Arbeitnehmern gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist in der folgenden Abbildung dargestellt.

Aufsichtsrat

Georg Zaum

Vorsitzender

ehem. Vorstandsvorsitzender der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe, Hannover

Harald Nitschke

stellv. Vorsitzender

Dipl.-Ing. (agr.), Ramin

Lorenz Bahlsen

Kaufmann, Burgdorf

Jan Eickhoff

Versicherungsangestellter, Sehnde

Rainer Husch

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Brühl

Daniela Stavropoulos

Versicherungsangestellte, Hannover

Der Aufsichtsrat tritt mindestens dreimal im Kalenderjahr zu ordentlichen Sitzungen zusammen. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen einberufen.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und legt Ziele und Strategien fest. Nach § 7 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Die Mitglieder werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen.

Eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für den Vorstand der Mecklenburgischen legt die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder fest. Dabei sind die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Funktionstrennung erfüllt. Folgende Abbildung stellt die Ressortverteilung der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe zum 31.12.2020 dar.

Vorstand	
Thomas Flemming	<i>Vorsitzender</i> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechnungswesen ▪ Interne Revision ▪ Risikomanagement ▪ Projektmanagement
Dr. Werner van Almsick	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationstechnologie ▪ Kapitalanlage ▪ Allgemeine Verwaltung ▪ Betriebsorganisation
Knut Söderberg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vertrieb ▪ Marketing
Toren Grothe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kraftfahrtversicherung ▪ Gewerbe und Privat ▪ Rechtsschutzversicherung ▪ Landwirtschaft ▪ Rückversicherung
Marguerite Mehmel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebensversicherung ▪ Krankenversicherung ▪ Recht ▪ Personal

Der Vorstand tritt in der Regel zweimal monatlich zusammen. Hierbei berichten die Vorstandsmitglieder umfassend über die Planungen und Entwicklungen in ihren Ressorts. Die Satzung der Mecklenburgischen legt fest, dass u. a. folgende Maßnahmen und Geschäfte der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen:

- Entnahme aus Rücklagen
- Übernahme von Versicherungsbeständen
- Erlass oder Änderung einer Versorgungsordnung für die betriebliche Altersversorgung
- Bestellung von Prokuristen
- Erwerb und Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen
- Einführung oder Änderung allgemeiner Versicherungsbedingungen

Ausschüsse und Komitees

Zur Unterstützung hat der Aufsichtsrat Ausschüsse und der Vorstand Komitees eingerichtet. Auch für Ausschüsse und Komitees sind Geschäftsordnungen festgelegt.

Zur Gewährleistung einer effektiven Arbeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Personalausschuss sowie einen landwirtschaftlichen Beirat gebildet.

Dem **Personalausschuss** gehören der Aufsichtsratsvorsitzende und zwei weitere vom Aufsichtsrat gewählte Mitglieder an. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Vorsitzender des Personalausschusses. Der Personalausschuss bereitet Personalentscheidungen für den Aufsichtsrat der Mecklenburgischen vor.

Der **Landwirtschaftliche Beirat** hat die Aufgabe, den Vorstand der Gesellschaft sowie die jeweiligen Fachbereiche in Fragen der Produktgestaltung, Tarifpolitik und Schadenregulierung zu beraten und über die aktuelle Situation der Landwirtschaft und deren voraussichtliche Entwicklung zu berichten. Der Beirat besteht aus bis zu acht Personen. Diese sind entweder als Landwirtin bzw. Landwirt tätig oder befassen sich aktiv in anderen Funktionen überwiegend mit Fragen der Landwirtschaft.

Im Rahmen seiner Gesamtverantwortung trägt der Vorstand dafür Sorge, dass die Versicherungsunternehmen der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe über Strategien, Prozesse, Verfahren, Funktionen und Konzepte im Risikomanagement verfügen, die den aufsichtsrechtlichen Vorschriften entsprechen. Unterstützt wird er dabei vom **Risikokomitee**. Das Risikokomitee übernimmt Aufgaben, die der Erfüllung oder Unterstützung der Risikomanagementfunktion dienen. Die Themen werden von den Mitgliedern eingebracht, wodurch sichergestellt wird, dass das Komitee wichtige Entscheidungen des Vorstands vorbereiten kann.

Das **ALM²-Komitee** verantwortet und steuert den Aufbau, die Weiterentwicklung und die regelmäßige Durchführung des ALM-Prozesses mit dem Ziel, die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für die strategische Ausrichtung der Kapitalanlagepolitik der Gesellschaften zu ermitteln und für die Risikostrategie und den jeweiligen Gesamtsolvabilitätsbedarf angemessene Risikogrößen bereitzustellen.

B.1.2 Schlüsselfunktionen

Zum Governance-System gehören auch die sogenannten Schlüsselfunktionen, welche insbesondere eine angemessene und von den risikoaufbauenden Bereichen unabhängige Überwachung und Kontrolle im Unternehmen sicherstellen sollen. Die Inhaber der Schlüsselfunktionen müssen besonderen Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit (siehe Abschnitt B. 2) entsprechen, bestimmte Berichtswege einhalten und funktionspezifische Aufgaben wahrnehmen.

Folgende Schlüsselfunktionen sind bei der Mecklenburgischen eingerichtet:

- Compliance-Funktion
- Funktion der internen Revision
- Risikomanagementfunktion
- Versicherungsmathematische Funktion

Weitere Schlüsselfunktionen liegen nicht vor.

Die Schlüsselfunktionen stehen gleichrangig und gleichberechtigt nebeneinander, ohne einander weisungsbefugt zu sein und agieren unabhängig von den Risikoträgern. Sie verfügen über die erforderlichen Ressourcen und Befugnisse, um ihrer Aufgabe als Governance-Funktion nachkommen zu können. Sie haben ein Recht auf sämtliche Informationen, die für die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben und Pflichten relevant sind. Die organisatorischen Einheiten sind verpflichtet, die Schlüsselfunktionen zeitnah, ggf. auch ad-hoc, über relevante Vorgänge zu informieren. Um einen kontinuierlichen Austausch der Schlüsselfunktionen sicherzustellen, finden regelmäßige Treffen zwischen den Funktionsinhabern statt.

Die verantwortlichen Inhaber der Schlüsselfunktionen werden operativ durch weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt. Zuständigkeiten und Ressourcen der Schlüsselfunktionen werden in unternehmensinternen Richtlinien klar geregelt und im Folgenden kurz dargestellt.

² Asset Liability Management (Aktiv-Passiv-Management)

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung von Anforderungen des Internen Kontrollsystems (siehe Abschnitt B.4.2). Der Funktionsinhaber nimmt in diesem Rahmen vor allem folgende Aufgaben wahr:

- Überwachung von Prozessen zur Erkennung und Vermeidung von Rechts- und Reputationsrisiken
- Überwachung der widerspruchsfreien Ausgestaltung und regelmäßigen Überprüfung der nach Solvency II aufzustellenden Richtlinien
- Sicherstellung der Kommunikation und Vermittlung Compliance-relevanter Themen

Mindestens einmal jährlich werden alle wesentlichen Ergebnisse in einem Bericht zusammengefasst. Im Bedarfsfall informiert die Compliance-Funktion den Vorstand mittels anlassbezogener ad-hoc-Berichte.

Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision erbringt objektive und unabhängige Prüfungsleistungen, die auf die Einhaltung der Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsprozesse ausgerichtet sind. Grundlage für die Auswahl der Prüfungsgebiete ist ein prozess- und risikoorientierter Prüfungsansatz. Prüfungsplanung, -methoden und -qualität werden fortlaufend überwacht und weiterentwickelt. Im Einzelnen prüft die Interne Revision in allen Gesellschaften der Versicherungsgruppe:

- ordnungsgemäße Umsetzung der Zielvorgaben der Unternehmensleitung zur Geschäfts- und Risikostrategie
- Angemessenheit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystem
- Einhaltung externer Bestimmungen
- Einhaltung der internen Richtlinien, Leitlinien, Arbeitsanweisungen und Vorschriften
- Betrugsverdachtsfälle

Die Ausgestaltung der Funktion der internen Revision innerhalb des Governance-Systems sowie Berichtswege werden in Abschnitt B.5 näher erläutert.

Risikomanagementfunktion

Die Risikomanagementfunktion befördert die Entwicklung des Risikomanagementsystems (siehe Abschnitt B.3) und ist dabei insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:

- Unterstützung des Vorstands bei der Umsetzung des Risikomanagementsystems
- Mitwirkung bei der operativen Durchführung hinsichtlich Risikobewertung und -analyse und Funktionsausübung zur Risikoüberwachung und -berichterstattung wesentlicher Risiken
- Koordinierung des ORSA-Prozesses (siehe Abschnitt B.3.3)
- Mitwirkung im Risikokomitee

Die Risikomanagementfunktion berichtet dem Vorstand über die Gesamtrisikosituation und überwacht die gruppenweite Einhaltung der risikostrategischen Vorgaben. Weitere Informationen zum Risikomanagementsystem werden im Abschnitt B.3.2 dargestellt.

Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion koordiniert die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II und nimmt in diesem Rahmen folgende Aufgaben wahr:

- Überwachung und Bewertung der Prozesse und Verfahren zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Einschätzung bzgl. festgestellter Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten
- Berichterstattung an den Vorstand bzgl. Angemessenheit und Verlässlichkeit der Berechnungen
- Stellungnahme zur Zeichnungs-, Annahme- und zur Rückversicherungspolitik
- Mitwirkung im Risikokomitee

Die Ausgestaltung der versicherungsmathematischen Funktion innerhalb des Governance-Systems sowie Berichtswege werden in Abschnitt B.6 näher erläutert.

B.1.3 Vergütungspolitik

Die Vergütungspolitik der Mecklenburgischen ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Es wird ein angemessener Ausgleich zwischen den Interessen der Mitglieder bzw. der Versicherungsnehmer an preiswertem und bedarfsgerechtem Versicherungsschutz und der notwendigen Sicherheit der Unternehmensgruppe angestrebt. Interne Vergütungsleitlinien legen die Grundsätze der Vergütungspolitik fest.

Auf allen Unternehmensebenen überwiegt der Anteil der fixen Vergütung. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile sind abhängig vom Beitrags- und Bestandswachstum sowie vom Ergebnis der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe. Auf diese Weise verfolgt die Vergütungspolitik nicht den kurzfristigen unternehmerischen Erfolg, sondern ist auf Langfristigkeit, Angemessenheit und Transparenz ausgerichtet, um als Versicherungsgruppe im Wettbewerb bestehen zu können.

Aufsichtsrat

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird von der Hauptversammlung festgelegt und beinhaltet neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste Vergütung. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keinen Anspruch auf betriebliche Altersversorgung, Zusatzrenten oder Vorruhestandsregelungen.

Vorstand

Neben einer Grundvergütung erhalten die Vorstandsmitglieder Festbezüge. Es bestehen keine variablen Vergütungsbestandteile.

Die Dienstverträge beinhalten zudem Zusagen auf betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe eines Versorgungswerkes. Darüber hinaus wird den Mitgliedern des Vorstandes für die Dauer ihrer Vorstandstätigkeit ein Dienstfahrzeug zur dienstlichen und privaten Nutzung überlassen.

Angestellte im Innen- und Außendienst

Für alle Angestellten des Innendienstes gilt grundsätzlich der Tarifvertrag für die private Versicherungswirtschaft. Nach jährlicher Prüfung durch den Vorstand erhalten die Angestellten eine freiwillige Aufstockung der tarifvertraglichen Sonderzahlungen.

Leitende Angestellte mit Prokura erhalten neben ihrem Grundgehalt eine erfolgsabhängige Tantieme, welche sich aus der Höhe bestimmter Bilanzpositionen der Konzernhandelsbilanz der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe bestimmen. Der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung beträgt durchschnittlich 25,4 %.

Individuelle und kollektive Erfolgskriterien für variable Vergütungsbestandteile der angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst ergeben sich aus einer Erfolgsbeteiligung. Für den Leiter einer Bezirksdirektion bzw. eines Vertriebsbüros umfasst die Erfolgsbeteiligung

neben der Erfüllung der Geschäftsplanziele der Bezirksdirektion als weiteres Qualitätskriterium das Geschäftsergebnis der Bezirksdirektion. Darüber hinaus erhalten die angestellten Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der zweiten Führungsebene noch ein aufgabenbezogenes Ziel je nach Verantwortungsbereich.

Die Mecklenburgische Versicherungsgruppe gewährt ihren Angestellten nach Maßgabe von Versorgungswerken eine zusätzliche Versorgung als betriebliche Altersversorgung.

B.1.4 Wesentliche Transaktionen mit Anteilseignern

Im Geschäftsjahr wurden keine Transaktionen zwischen Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben und Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats durchgeführt.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1 Beschreibung der Anforderungen

Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, müssen aufgrund der damit verbundenen Verantwortung spezifische Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit („fit & proper“) erfüllen. Zu dem Personenkreis gehören:

- Mitglieder des Aufsichtsrats
- Mitglieder des Vorstands
- Inhaber der Schlüsselfunktionen

Eine interne Richtlinie legt die notwendigen Prozesse und Verfahren zur Gewährleistung und Überprüfung dieser Anforderungen fest.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands verfügen über tiefgehende theoretische und praktische Kenntnisse in den relevanten Sachgebieten. Dazu weisen die genannten Personengruppen mindestens eine der nachfolgenden Qualifikationen vor:

- Abgeschlossene Hochschulausbildung
- Nachgewiesene Kenntnisse in vergleichbaren bzw. einschlägigen Sachgebieten
- Umfassende Fortbildungen

Darüber hinaus verfügen die genannten Personengruppen in ihrer Gesamtheit über ausreichende Kenntnisse in folgenden Bereichen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanz- und versicherungsmathematische Analyse
- Aufsichtsrecht

Die fachspezifischen Anforderungen an die Inhaber der Schlüsselfunktionen variieren inhaltlich. So müssen die verantwortlichen Personen eine für die jeweilige Funktion erforderliche fachliche Aus- und ggf. Fortbildung vorweisen. Für die Versicherungsmathematische Funktion beispielsweise ist ein abgeschlossenes mathematisches Hochschulstudium erforderlich, während die Ausübung der Compliance-Funktion ein abgeschlossenes Studium im Fachbereich Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften erfordert. Die Befähigung zur Organisation und Leitung der Schlüsselfunktion sollte idealerweise durch bisherige Erfahrungen, etwa im Rahmen von Projekten, nachgewiesen werden.

B.2.2 Beurteilungsverfahren

Für alle vorgenannten Positionen gilt gleichermaßen, dass sie die erforderliche Integrität auf- und nachweisen müssen. Zur Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit geben die Personengruppen gegenüber der BaFin differenzierte Angaben zur eigenen Person ab und legen ein Führungszeugnis sowie einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister vor. Zusätzlich wird geprüft, ob Interessenskonflikte vorliegen.

Die Beurteilung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt grundsätzlich im Rahmen der erstmaligen Aufgabenübertragung und wird zukünftig mindestens im Abstand von fünf Jahren überprüft. Ein Anlass zu einer Neubeurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit liegt vor, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass die Person das Unternehmen davon abhält, seine Geschäftstätigkeit auf die Art auszuüben, die mit den anwendbaren Gesetzen vereinbar ist.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Die Mecklenburgische hat ein Risikomanagementsystem etabliert, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist und dabei die Informationsbedürfnisse der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, durch eine angemessene interne Berichterstattung berücksichtigt. Das Risikomanagementsystem umfasst Strategien, Prozesse und interne Meldeverfahren, die erforderlich sind, um bestehende oder potentielle Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu analysieren, zu steuern und zu überwachen sowie aussagefähig über diese Risiken zu berichten.

Die folgenden Abschnitte beschreiben die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Mecklenburgischen.

B.3.1 Risikomanagementsystem einschließlich Risikomanagementfunktion

Der methodische und prozessuale Rahmen des Risikomanagementsystems ist entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gemäß Solvency II ausgestaltet.

Ausgangspunkt der Risikoüberlegungen ist die Unternehmens- und Geschäftsstrategie, also die grundsätzliche Positionierung der Gesellschaft im Markt. Darauf aufbauend ist eine Risikostrategie formuliert, welche jährlich durch den Vorstand geprüft und gegebenenfalls an die aufsichtsrechtlichen Entwicklungen oder an das risikopolitische Umfeld angepasst wird.

Ein erfolgreicher Geschäftsbetrieb erfordert eine den eingegangenen Risiken angemessene Ausstattung mit Eigenmitteln, sodass die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft dauerhaft gegeben ist. Das Erreichen der Unternehmens- und Geschäftsziele kann gefährdet sein, wenn die wesentlichen Risiken nicht laufend beobachtet werden und somit nicht angemessen berücksichtigt werden können. Aufgrund ihrer Bedeutung und ihres bereichsübergreifenden Einflusses werden diese Risiken, die in Teilen auch in der Standardformel nach Solvency II abgebildet sind, durch das übergeordnete Überwachungssystem des Risikomanagements überwacht und durch den Vorstand gesteuert.

Das Management von Risiken ist nicht allein Aufgabe einer einzelnen Direktionsabteilung, sondern ständige Aufgabe aller Risikoverantwortlichen. Das Risikomanagement wird durch die gesamte Organisation getragen. Die Prozesse im dezentralen Risikomanagement sind in die bestehende Aufbau- und Ablauforganisation sowie in die bestehenden Berichtswege integriert. Die Vorgaben formuliert der Vorstand, die Umsetzung in den Direktionsabteilungen erfolgt nach Vorgabe der Ressortverantwortlichen.

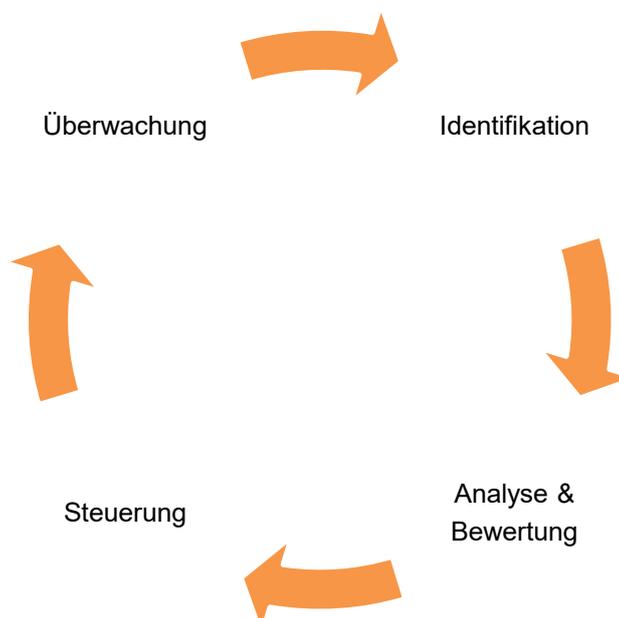
Die Risikomanagementfunktion (siehe Abschnitt B.1.2) und das Risikokomitee sind zentrale Funktionen im Risikomanagementsystem. Die Leitung der Direktionsabteilung Risikomanagement übernimmt die Schlüsselfunktion Risikomanagementfunktion für die Versicherungsgesellschaften der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe und die Gruppe

selbst. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Risikomanagementfunktion ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht für die Bereiche, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben relevant sind. Dazu zählen insbesondere:

- Bereiche, die das versicherungstechnische Geschäft (inkl. der Rückversicherung) verantworten
- ALM-Komitee (siehe Abschnitt B.1)
- Liquiditätsmanagement

B.3.2 Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess dient der Identifikation, Bewertung, Analyse, Steuerung sowie der Überwachung eingegangener oder potenzieller Risiken auf Einzel- und aggregierter Basis und der Berichterstattung darüber. Das System der Risikofrüherkennung basiert dabei auf drei Säulen: der Risikoinventur, dem Berichtswesen sowie der regelmäßig aktualisierten Ergebnisprognose. Die Komponenten werden ständig weiterentwickelt und an die internen und externen Anforderungen angepasst.



Risikoidentifikation

Grundlage für die Überwachung der Risiken ist die turnusmäßige Risikoidentifikation. Die Risikoidentifikation erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoinventur. Die Erkenntnisse aus laufenden Prozessen, wie der unternehmensindividuellen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, dem Asset Liability Management (ALM), der Disposition, dem Kapitalanlage-Risikocontrolling oder der Prognoserechnungen, werden im Prozess der Risikoidentifikation berücksichtigt. Externe Erkenntnisse, wie anerkanntes Branchen-Know-how aus relevanten Gremien oder Arbeitsgruppen, fließen in den Prozess ein.

Risikoanalyse und -bewertung

Auf Grundlage von Berechnungen und Expertenschätzungen werden die identifizierten Risiken durch die Risikoverantwortlichen bewertet. Grundsätzlich wird jedes identifizierte und als wesentlich eingestufte Risiko quantitativ bewertet. Risiken, für die eine quantitative Risikomessung nicht oder nach derzeitigem Stand nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist, werden qualitativ bewertet (z. B. strategische oder Reputationsrisiken).

Risikosteuerung

Die identifizierten und analysierten Risiken werden bewusst eingegangen, übertragen, vermieden oder gemindert. Dabei werden die Kapitalbedarfe und die Kapitalausstattung berücksichtigt.

Die unmittelbare Steuerung von Risiken ist Aufgabe der operativen Geschäftsbereiche. Laufende und geplante Maßnahmen zur Risikosteuerung im dezentralen Risikomanagement werden im Rahmen der Risikoinventur an die Direktionsabteilung Risikomanagement berichtet.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der identifizierten Einzelrisiken ist Aufgabe der jeweiligen Direktionsabteilung. Zu diesem Zweck werden in regelmäßigen Abständen Risikokennzahlen überprüft.

Die übergeordnete Risikoüberwachung erfolgt durch die Direktionsabteilung Risikomanagement. Dies beinhaltet unter anderem die Überwachung der Umsetzung der Risikostrategie und die Einhaltung der definierten Limite und Schwellenwerte.

Kommunikation und Berichterstattung

Die Unternehmenskultur fördert eine transparente Risikokommunikation sowie einen offenen Umgang mit Risiken. Flache Hierarchien und eine von Offenheit geprägte Führungskultur sorgen für eine effiziente Kommunikation mit dem Vorstand.

Ein interner Risikobericht gibt systematisch und zeitnah über alle wesentlichen Risiken und deren potenzielle Auswirkungen Auskunft. Ergänzend erfolgt im Bedarfsfall eine Sofortberichterstattung über wesentliche, kurzfristig auftretende Risiken.

Darüber hinaus informiert der jährliche Bericht über die Ergebnisse der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (siehe Abschnitt B.3.3) detailliert über das Risikoprofil der Gesellschaft. Der Bericht wird vom Vorstand genehmigt und den Mitgliedern des Aufsichtsrats, den Abteilungsleitern sowie der Aufsichtsbehörde zur Verfügung gestellt.

B.3.3 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)

ORSA-Prozess

Zum Risikomanagementsystem gehört auch die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment; kurz: ORSA). Dieser Prozess wird von der Risikomanagementfunktion im Rahmen des Risikokomitees angestoßen und koordiniert. Im Kern geht es darum, das unternehmensindividuelle Risikoprofil und den daraus resultierenden Risikokapitalbedarf kontinuierlich zu analysieren, zu bewerten und mit dem aufsichtsrechtlich geforderten Risikokapitalbedarf (siehe Abschnitt E.2) zu vergleichen.

Der regelmäßige ORSA erfolgt im jährlichen Turnus. Wenn sich keine wesentlichen Änderungen des Risikoprofils ergeben haben, basiert der ORSA auf dem Stichtag des letzten Jahresabschlusses. Besonderer Schwerpunkt ist die Analyse der zukünftigen Entwicklung der Risiken sowie der Kapitalausstattung auf Basis der Unternehmensplanung. Hierdurch wird die Grundlage für die Überwachung der Risikotragfähigkeit gelegt. Dabei werden auch negative Planabweichungen im Sinne von Stressszenarien analysiert. Die gewonnenen Erkenntnisse führen bei Bedarf zu einer Anpassung der Unternehmensplanung.

Bei eintretender oder absehbar signifikanter Änderung des Risikoprofils wird ein sogenannter Ad-hoc-ORSA durchgeführt. Die (potenzielle) Veränderung des Risikoprofils wird grundsätzlich von der Risikomanagementfunktion und vom Risikokomitee beurteilt. Wird die Änderung als möglicherweise signifikant eingeschätzt, entscheidet der Vorstand über die Durchführung eines Ad-hoc-ORSA im Einzelfall.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Rahmen ihrer Kontrollfunktion in den ORSA-Prozess über Berichts- und Informationsregelungen eingebunden. Neben der Einbeziehung der

Informationen aus dem ORSA in die Entscheidungsprozesse des Vorstands durch Diskussion und Erörterung der Ergebnisse hat der Vorstand im ORSA-Prozess folgende Aufgaben:

- Festlegung der Szenarioanalysen (auf Basis der Vorschläge durch die Fachbereiche)
- Vorgaben zu Zielbedeckungsquoten (unter Bezugnahme zum Risikotragfähigkeitskonzept und dem Limitsystem)
- ggf. Festlegung von Maßnahmen in Stresssituationen
- Verwendung der Ergebnisse in den Entscheidungsfindungsprozessen durch Ableitung von Steuerungsmaßnahmen, insbesondere bzgl. der Kapitalplanung
- Festlegung und Genehmigung der Richtlinie ORSA; der Vorstand bestimmt damit die Zielsetzungen des ORSA-Prozesses, die Verantwortlichkeiten und die wesentlichen Methoden
- Genehmigung der ORSA-Berichte

Folgende Darstellung verdeutlicht den ORSA-Prozess.



Schritt 1: Im ORSA-Prozess erfolgt eine systematische Auseinandersetzung mit dem unternehmensindividuellen Risikoprofil. In der regelmäßigen Risikoinventur werden die Risiken auf Einzelebene durch die Risikoverantwortlichen identifiziert, bewertet und analysiert. Die Ergebnisse der Risikoinventur finden insbesondere bei der Beschreibung des Risikoprofils, der Bewertung des operationellen Risikos und bei den schwer quantifizierbaren Risiken Berücksichtigung.

Die Solvenzkapitalanforderung (siehe Abschnitt E.2) wird bei der Mecklenburgischen gemäß der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardformel bestimmt. Somit werden innerhalb der Berechnungen im Rahmen des ORSA-Prozesses auf aggregierter Ebene folgende Risikokategorien unmittelbar berücksichtigt:

- Versicherungstechnische Risiken
- Marktrisiken
- Ausfallrisiken
- Operationelle Risiken

Die Standardformel wird hinsichtlich ihrer zugrundeliegenden Annahmen einer Validierung unterzogen, sodass signifikante Abweichungen vom eigenen Risikoprofil transparent werden. Aus den insgesamt gewonnenen Erkenntnissen wird eine unternehmenseigene Bewertung der Risiken abgeleitet, der sogenannte Gesamtsolvabilitätsbedarf. Die Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs umfasst somit eine Berücksichtigung des vollständigen Risikoprofils.

Schritt 2: Besonderer Schwerpunkt ist die Analyse der zukünftigen Entwicklung der Risiken sowie der Kapitalausstattung auf Basis der Unternehmensplanung. Hierdurch wird die Grundlage für eine dauerhafte Gewährleistung der Risikotragfähigkeit gelegt. Dabei werden auch negative Planabweichungen mittels Szenarioanalysen analysiert.

Die Szenarioanalyse ist ein wichtiges Instrument zur Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der Kapitalanforderungen. Die Festlegung der Szenarien erfolgt in Abstimmung mit dem Vorstand und den Fachbereichen unter Berücksichtigung des unternehmensindividuellen Risikoprofils. Je nach Risikolage werden ggf. auch Stresstests oder Reverse-Stresstests durchgeführt.

Schritt 3: Die fundierte Beurteilung der aktuellen Situation und der zu erwartenden Entwicklung dient als Basis einer risikoorientierten Ableitung von Maßnahmen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen Handlungsimpulse zur Optimierung des Risikoprofils und der Kapitalisierung geben. Alle wesentlichen Entscheidungen sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen entsprechend zu analysieren. Insbesondere sollen präventive Vorkehrungen für den möglichen Eintritt von Stressszenarien getroffen werden (z. B. Kapitalisierungsnotfallpläne).

Schritt 4: Der Prozess endet mit der Abgabe des ORSA-Berichts an die BaFin und startet anschließend wieder mit der sukzessiven Aktualisierung der Informationsbasis. Der ORSA-Prozess wird dokumentiert.

Interaktion zwischen Kapitalmanagement und Risikomanagementsystem

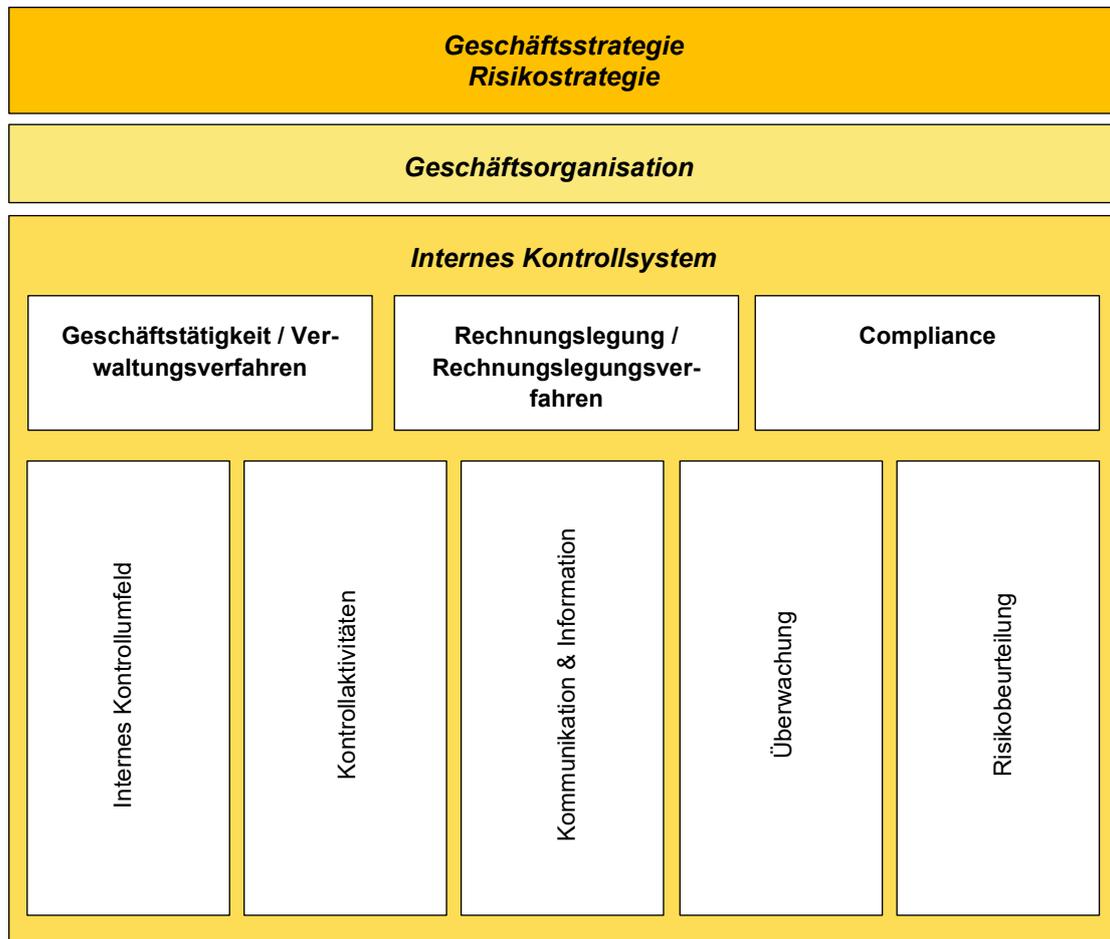
Das Risikokapital der Mecklenburgischen sichert jederzeit die Erfüllbarkeit der Ansprüche der Versicherungsnehmer. Mit Hilfe des Kapitalmanagements werden die ökonomischen Eigenmittel bewusst gesteuert. Das Kapitalmanagement steht somit in einem engen Zusammenhang zum ORSA und dem Risikotragfähigkeitskonzept. Es wird übergreifend vom Risikokomitee koordiniert.

Neben dem Planszenario werden im ORSA auch alternative Szenarien unter Stressbedingungen analysiert. Hierdurch werden hypothetische Situationen aufgezeigt, die in der Zukunft zu einem erhöhten Kapitalbedarf führen können. Im Kapitalmanagement sind ausreichende Vorkehrungen für die Szenarien zu treffen, deren Eintreten als hinreichend wahrscheinlich angesehen wird. Sollten sich durch den ORSA-Prozess Implikationen für die Notwendigkeit von Kapitalmaßnahmen ergeben, wird umgehend der Vorstand informiert.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Bestandteile des internen Kontrollsystems

Zur Steuerung aller wesentlichen Risiken einerseits und zur Überwachung der Einhaltung interner und externer Vorgaben hat der Vorstand ein unternehmensweites Internes Kontrollsystem (IKS) installiert. Die folgende Abbildung stellt die einzelnen Bestandteile des IKS der Mecklenburgischen Krankenversicherung dar.



Der Kern des IKS wird gebildet durch die Geschäftstätigkeit mit den Verwaltungsverfahren, die externe und interne Rechnungslegung mit den speziellen Rechnungslegungsverfahren sowie die Compliance des Unternehmens. Auf diese zentralen Bereiche wirken jeweils das interne Kontrollumfeld, die Kontrollaktivitäten mit dem Kontrollrahmen, die Kommunikation und Information, die Überwachung mit dem Berichtswesen sowie die Risikobeurteilung mit entsprechenden Wesentlichkeitskonzepten.

Das IKS ist ein wesentlicher Teil der Governance-Struktur und stellt sicher, dass die gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften, die Verwaltungsvorschriften sowie unternehmensinterne Richtlinien jederzeit erfüllt werden.

Geschäftstätigkeit und Verwaltungsverfahren umfassen die wesentlichen Kontrollen des versicherungstechnischen Geschäfts, der Rückversicherung, der Kapitalanlage sowie des Vertriebs.

Rechnungslegung beinhaltet sowohl die interne als auch externe Rechnungslegung. Die Rechnungslegungsverfahren (HGB und Solvency II) sind Gegenstand der Jahresabschlussprüfungen. Es stehen angemessene Systeme und Prüfstrukturen zur Verfügung, die sicherstel-

len, dass die Informationen im Berichts- und Meldewesen korrekt sind. Die Wirtschaftsprüfer testieren die Abschlüsse.

Die **Compliance-Funktion** verantwortet die Einhaltung von Gesetzen einschließlich der Sicherstellung des gesetzmäßigen Verhaltens in der gesamten Unternehmensorganisation. Durch Risikoanalysen, Überwachungen des Rechtsumfeldes, Beratungstätigkeiten und Frühwarnungen wird ein rechtskonformes Verhalten sichergestellt.

Das **interne Kontrollumfeld** wird von der Unternehmenskultur („tone at the top“) geprägt. Seine Funktionsfähigkeit zeigt sich einerseits in einer klaren und transparenten Aufbau- und Ablauforganisation mit klar geregelten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Andererseits spielt das individuelle Problembewusstsein sowie die individuelle Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine maßgebliche Rolle für die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollumfeldes.

Alle manuellen und automatisierten Kontrollen auf allen Ebenen der im Unternehmen implementierten Geschäftsprozesse stellen **Kontrollaktivitäten** im Sinne des IKS dar. Sie sorgen dafür, dass den identifizierten Risiken angemessen begegnet wird.

Innerhalb des IKS ist ein angemessener Informationsfluss gewährleistet. Relevante **Informationen** werden rechtzeitig eingeholt und übermittelt. Außerdem kennen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre jeweilige Rolle und Bedeutung in den Prozessen und Kontrollen. Regelmäßige Gesprächsrunden zwischen Vorstand und Abteilungsleitungen oder auch den Schlüsselfunktionen stellen die regelmäßige interne **Kommunikation** sicher.

Die **Überwachung** des IKS besteht in einer kontinuierlichen Beurteilung der Funktionsfähigkeit und Angemessenheit des IKS. Dies geschieht einerseits durch die Prozessverantwortlichen, d. h. „von innen“, andererseits durch die Interne Revision „von außen“.

Die **Risikobeurteilung** im Sinne des IKS betrachtet die Risiken, die eine Zielerreichung des IKS gefährden können. Wesentliche Risiken werden in Bezug auf ihre Auswirkungen auf das Unternehmen beurteilt.

B.4.2 Compliance-Funktion

Bei der Mecklenburgischen ist eine Compliance-Funktion eingerichtet. Inhaber dieser Schlüsselfunktion ist die Leitung der Rechtsabteilung. Die Compliance-Funktion übernimmt auch die Aufgaben des Ausgliederungsbeauftragten und gewährleistet bei wichtigen ausgegliederten Funktionen und Dienstleistungen die ordnungsgemäße Leistungserbringung durch externe Dienstleister (siehe Abschnitt B.7).

Die Zuständigkeiten, Schnittstellen und Berichtswege der Compliance-Funktion sind in einer Richtlinie niedergelegt.

In der operativen Umsetzung wird der Bereich Compliance durch die Leitungen der Direktionsabteilungen unterstützt. Zwischen der Compliance-Funktion und den weiteren Schlüsselfunktionen findet ein regelmäßiger Austausch über risikorelevante Sachverhalte und eine Abstimmung über die jährlichen Überwachungsschwerpunkte statt.

Die Compliance-Funktion hat ein gruppenweites Compliance-Management-System (CMS) eingerichtet. Ihr obliegt die konzeptionelle Entwicklung, Dokumentation und Pflege des CMS. Das CMS der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe umfasst folgende Grundelemente:

- Förderung der Compliance-Kultur
- Aufbau der gruppenweiten Compliance-Organisation
- Festlegung der Compliance-Ziele
- Prozess der Feststellung und Analyse der Compliance-Risiken
- Prozess zur Ableitung wesentlicher Compliance-Risiken und deren Überwachung
- Festlegung von Berichtslinien für die Compliance-Kommunikation
- Verfahren zur Überwachung und Sanktionierung von Verstößen sowie zur Verbesserung des CMS

Zur umfassenden Wahrnehmung ihrer Aufgaben wird der Compliance-Funktion ein jederzeitiges und uneingeschränktes Auskunfts-, Einsichts- und Zugangsrecht zu Informationen, Unterlagen und IT-Systemen für die Ermittlung relevanter Sachverhalte eingeräumt. Darüber hinaus wird sie in alle relevanten Informationsflüsse und Prozesse mit eingebunden.

B.5 Funktion der Internen Revision

Bei der Mecklenburgischen ist die Schlüsselfunktion Interne Revision eingerichtet. Inhaber dieser Schlüsselfunktion ist die Leitung der Direktionsabteilung Interne Revision.

Die Interne Revision führt in allen Unternehmensbereichen Revisionen durch. Die Prüfungen sind auf die Themen Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Es wird systematisch geprüft, ob angemessene Kontrollen vorhanden sind und die gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und internen Bestimmungen eingehalten werden. Darüber hinaus kann die Interne Revision die Unternehmensbereiche unverbindlich beraten.

Grundlage für die Auswahl der zu prüfenden Bereiche ist eine risikoorientierte Prüfungsplanung. Alle Prozesse der Gesellschaften werden dazu mit einem Risikowert bewertet. Der Risikowert setzt sich u. a. aus dem Zeitabstand zur letzten Revision, Risikoeinschätzung der Direktionsabteilungen und Bewertung der Internen Revision zusammen. Das Ranking der Prüfungsobjekte beeinflusst die Prüfungsplanung, bestimmt sie aber nicht allein, damit Revisionen in allen Unternehmensbereichen erfolgen können.

Die Prüfungsmethodik besteht i. d. R. aus dem Soll-Ist-Abgleich, aus Sichtung von Arbeitsanweisungen und Richtlinien, Interviews mit zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Einzelfallprüfungen. Datenauswertungen erfolgen mit Hilfe einer speziellen Revisionssoftware.

Für den Vorstand erstellt die Interne Revision über jede Revisionsprüfung einen Bericht, der die wesentlichen Ergebnisse und Empfehlungen zusammenfasst. Der Vorstand beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der in den Revisionsberichten dargestellten Feststellungen zu ergreifen sind. Die Interne Revision überwacht anschließend, ob die geprüften Bereiche die Empfehlungen termingerecht umsetzen. Hierüber erhält der Vorstand einen jährlichen Bericht.

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Dies betrifft die Revisionsplanung, -durchführung und die Beurteilung der Ergebnisse. Die Interne Revision hat ein uneingeschränktes Informationsrecht. Diese Grundsätze sind in einer internen Richtlinie verankert.

Die Leitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Internen Revision werden grundsätzlich nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut. Sie prüfen keine Tätigkeiten oder Funktionen, die sie ggf. zuvor selbst ausgeübt haben. Darüber hinaus erhalten sie keine erfolgsabhängigen Gehaltsbestandteile und nehmen keine Geschenke oder Einladungen an, die ihre Objektivität beeinflussen könnten.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Mecklenburgische hat eine versicherungsmathematische Funktion (VMF) eingerichtet. Inhaber dieser Schlüsselfunktion ist die Abteilungsleitung Mathematik Leben.

Zur Unterstützung und zur Wahrung der Anforderungen an die Funktionstrennung, der gruppenweit konsistenten Berichterstattung und in Anbetracht der durch die versicherungsmathematischen Funktion zu verantwortenden Themen zu Solvency II wurde ein VMF-Komitee eingerichtet. Das VMF-Komitee ist bereichsübergreifend besetzt. Gemeinsam verfügen die Mitglieder über angemessene aktuarielle Fachkenntnisse der Lebens-, Kranken- und Schaden-/Unfallversicherungsmathematik. Im VMF-Komitee werden die notwendigen Prozesse festgelegt, um die Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion zu erfüllen. Dadurch wird eine objektive und unabhängige Aufgabenerfüllung gewährleistet.

Die VMF koordiniert und überwacht die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und die zugehörigen internen Prozesse und Verfahren. Dabei werden unter anderem Methoden, Modelle und Annahmen durch die VMF begründet und vorgegeben, aber auch Hinlänglichkeit, Qualität, Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der bei der Berechnung verwendeten Methoden und zugrunde liegenden Daten bewertet. Darüber hinaus werden eine Einschätzung bezüglich festgestellter Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten und Vorschläge zum Umgang damit gegeben. Zudem erbringt die VMF Beratungsleistungen. In diesem Rahmen gibt die VMF eine Stellungnahme sowohl zur Zeichnungs- und Annahmepolitik als auch zur Rückversicherungspolitik. Dabei beurteilt sie die Vereinbarkeit der Zeichnungs- und Rückversicherungspolitik mit der Risikostrategie. Darüber hinaus trägt die VMF bei Bedarf zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems bei und stellt u. a. im Rahmen der unternehmensindividuellen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (siehe Abschnitt B.3.3) aktuarielle Expertise zur Verfügung.

Die VMF erstellt mindestens einmal jährlich einen Bericht an den Vorstand. Dieser enthält alle im Berichtszeitraum durchgeführten Aktivitäten, deren Ergebnisse, benennt ggf. Mängel und gibt Empfehlungen zu deren Behebung.

Zur Wahrnehmung der Aufgaben besteht ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht für die Bereiche, die für die Wahrnehmung relevant sind. Dies gilt insbesondere für Bereiche, die

- die versicherungstechnischen Rückstellungen berechnen, bestimmen und verändern;
- die Zeichnungs- und Annahmerichtlinien definieren und überwachen;
- die Rückversicherungsprogramme verantworten.

B.7 Outsourcing

Unter Outsourcing ist die Auslagerung unternehmerischer Funktionen oder Tätigkeiten an Drittunternehmen zu verstehen.

Die Unternehmen der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe führen grundsätzlich möglichst alle relevanten Tätigkeiten im Versicherungsgeschäft eigenständig durch. Als Gesellschaft der Gruppe erbringt daher auch die Mecklenburgische grundsätzlich die im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft stehenden Leistungen selbst. Ausgliederungen von wichtigen versicherungsspezifischen Funktionen oder Tätigkeiten bilden die Ausnahme und bedürfen der Zustimmung des Vorstands sowie der BaFin. Die Mecklenburgische bleibt auch in diesem Fall als ausgliederndes Unternehmen für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und Anforderungen verantwortlich.

Um ein hinreichendes Maß an Einflussnahme und Kontrolle auf die Tätigkeit externer Dienstleister zu gewährleisten, hat die Mecklenburgische einen Ausgliederungsbeauftragten eingesetzt und einen entsprechenden Outsourcing-Prozess etabliert.

Die Entscheidung für einen Dienstleister und die damit verbundene Risikoanalyse erfolgt dabei stets durch die ausgliedernde Fachabteilung. Im Rahmen der Prüfung der Ausgliederung erfolgt zudem eine Sorgfaltsprüfung des Dienstleisters, der sogenannte Due-Diligence-Prozess. Hierbei werden die Dienstleister auf finanzielle, fachliche und zuverlässige Leistungsfähigkeit hin überprüft. Erst wenn alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Ausgliederung vorgenommen werden. Soweit möglich erfolgt eine Ausgliederung auf in Deutschland ansässige und dem deutschen Rechtssystem unterliegende Dienstleister.

Die Mecklenburgische hat aktuell die Assistance-Leistungen der Kfz-Schutzbriefversicherung an einen in Deutschland ansässigen Dienstleister ausgegliedert. Darüber hinaus besteht eine gruppeninterne Ausgliederung für den Betrieb und die Schadenbearbeitung der Rechtsschutzversicherung an die Mecklenburgische Rechtsschutz-Service-GmbH.

B.8 Sonstige Angaben

B.8.1 Angemessenheit des Governance-Systems

Der Vorstand überprüft regelmäßig die Angemessenheit des Governance-Systems gemäß § 23 Abs. 2 VAG und stützt sich dabei im Wesentlichen auf die Einschätzung der vier Schlüsselfunktionen. Die jährliche Überprüfung hat ergeben, dass das Governance-System der Art, dem Umfang und der Komplexität der den Geschäftstätigkeiten inhärenten Risiken angemessen ist und im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie steht.

Die Ausgestaltung des Governance-Systems wurde bereits in den vorigen Abschnitten detailliert beschrieben. Die Organisationsstruktur der Mecklenburgischen ist transparent und beinhaltet eine klare Aufgabenzuweisung und eine Trennung der Zuständigkeiten, die Interessenskonflikte vermeidet. Die Unternehmensgröße und die damit verbundenen flachen Hierarchien ermöglichen kurze Kommunikationswege. Das Berichtswesen ist etabliert. Es bestehen unterschiedliche interne Berichte, die der Vorstand zur Beurteilung und Steuerung der Risiken der Gesellschaft heranzieht.

B.8.2 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Governance-System existieren nicht.

C. Risikoprofil

Das Risikoprofil beschreibt die Gesamtheit der Risiken, denen die Mecklenburgische ausgesetzt ist. Grundsätzlich setzt sich dieses aus Geschäftsrisiken (versicherungstechnische Risiken), die den Kern der Geschäftstätigkeit ausmachen, und Risiken, die aus der Ausübung dieses Geschäftes resultieren, zusammen.

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Änderungen des Risikoprofils. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden in Abschnitt C.7 beurteilt.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1 Risikoexponierung

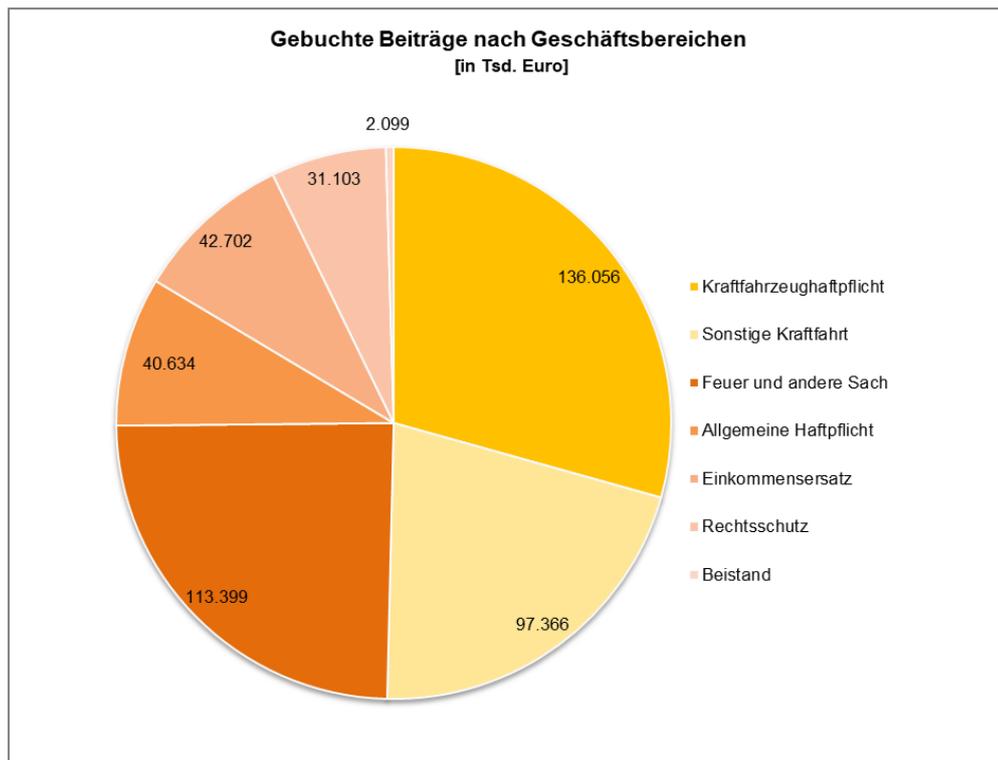
Der Eintritt eines Schadens ist hinsichtlich Zeitpunkt und Schadensausmaß unsicher. Dieses sogenannte versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass in einem bestimmten Zeitraum der Gesamtschaden (des Gesamtbestands/Teilbestands) die Summe der zur Verfügung stehenden Gesamtprämien (inkl. Sicherheitsmittel) übersteigt. Gründe hierfür können sein:

- Schwankungen im Schadenverlauf (Zufallsrisiko)
- unzutreffende Annahmen in der Preiskalkulation (Irrtumsrisiko)
- Veränderungen in der Rechtsprechung, Inflation, Klimawandel, medizinischer Fortschritt, Veränderung in der Risikocharakteristik, z. B. Langlebigkeit (Änderungsrisiko)

Das versicherungstechnische Risiko ist in jedem Geschäftsbereich der Art und der Höhe nach unterschiedlich. Die Mecklenburgische geht dabei nur Risiken in den Geschäftszweigen ein, in denen sie über ausreichendes Fachwissen, Erfahrung und Kalkulationsgrundlagen verfügt. So soll verhindert werden, dass die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vereinbarten Beiträge nicht zur Zahlung von in der Zukunft zu erwartenden Schäden ausreichen (Prämienrisiko).

Das breit aufgestellte Produktportfolio der Mecklenburgischen und die Ausrichtung auf verschiedene Zielgruppen bei stetig wachsendem Kundenstamm führen zu einem Risikoausgleich im Kollektiv. Eine entsprechende Gestaltung der Vertragslaufzeit sorgt zudem für einen zeitlichen Ausgleich.

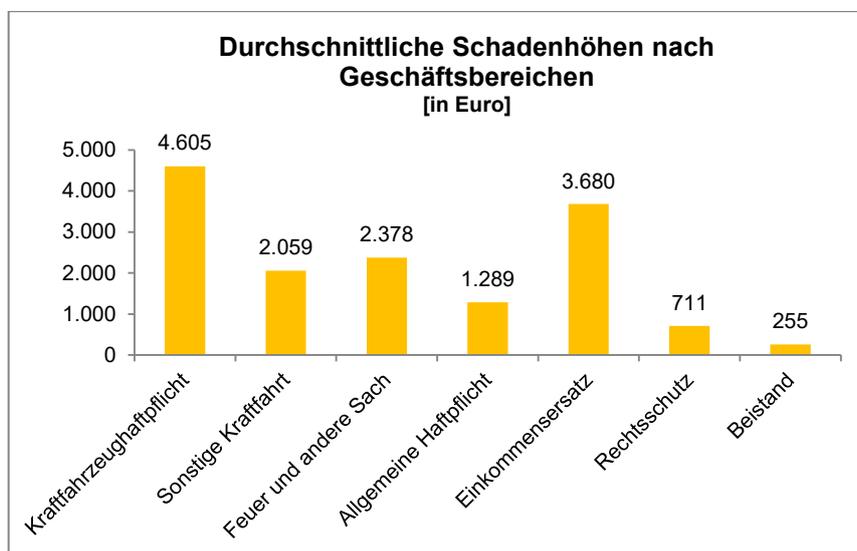
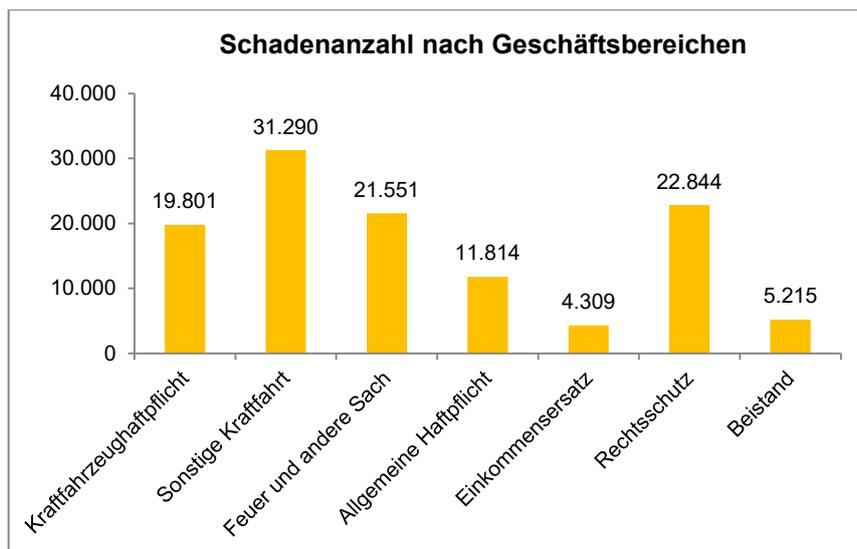
In der folgenden Abbildung wird die Bestandszusammensetzung der Gesellschaft nach gebuchten Beiträgen in den Geschäftsbereichen nach Solvency II dargestellt. Die Zuordnung der Versicherungszweige zu den Geschäftsbereichen wurde bereits in Abschnitt A.2 dargestellt.



Mit 316.759 Tsd. Euro und einem Anteil von 68 % an den gebuchten Beiträgen liegt der Schwerpunkt auf den Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtsparten, von denen die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung mit 29 % und die Sonstige Kraftfahrtversicherung mit 21 % zusammen den größten Anteil an den gesamten gebuchten Bruttobeiträgen haben.

Mit einer vorsichtigen und sorgfältigen Reservebildung zum Zeitpunkt des Schadeneintritts begegnet die Mecklenburgische dem Risiko, dass die in der Vergangenheit gebildete Rückstellung nicht zur Deckung der tatsächlich anfallenden Schadenzahlungen ausreicht (Reserveisiko). Zum Ausgleich von Schwankungen im Schadenverlauf werden in bestimmten Sparten darüber hinaus nach den handelsrechtlichen Bewertungsvorgaben Schwankungsrückstellungen gebildet. Mit hoher Unsicherheit verbunden sind dabei sogenannte Großschäden, welche durch eine außergewöhnlich hohe Schadenhöhe gekennzeichnet sind. Insbesondere in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung kann es zu Personenschäden kommen, bei denen sich die Zahlung über mehrere Jahre verteilt. Darüber hinaus können Natur- oder von Menschen verursachte Katastrophen zu einer erheblichen Abweichung zwischen tatsächlicher und erwarteter Schadenhöhe führen (Katastrophenrisiko).

Die nachfolgenden zwei Abbildungen geben Aufschluss über Anzahl und Höhe der Schäden in den einzelnen Geschäftsbereichen. Dabei wird deutlich, dass es in der Einkommensersatzversicherung (Unfallversicherung) wenige, dafür aber große Schäden gibt, während in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung viele, im Vergleich, kleinere Schäden zu verzeichnen sind.



Betrachtet man die durchschnittliche Schadenhöhe der einzelnen Geschäftsbereiche, so fällt neben der Einkommensersatzversicherung auch die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung auf. Die durchschnittliche Höhe der Schäden ist deutlich höher als bei den anderen Geschäftsbereichen. Dies liegt insbesondere an den Großschäden, die diesen Durchschnitt anheben.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Risiken erfolgt gemäß den Vorgaben der Standardformel nach Solvency II. Darüber hinaus führt die Mecklenburgische im Rahmen des ORSA-Prozesses mindestens jährlich eine unternehmensindividuelle Beurteilung durch. Insgesamt ist das versicherungstechnische Risiko für die Gesamtrisikoposition der Mecklenburgischen wesentlich. Eine Quantifizierung ohne Diversifikationseffekte sowie ohne die verlustmindernde Wirkung von latenten Steuern erfolgt in Abschnitt E.2.

C.1.2 Risikokonzentrationen

Kumulschäden sind mehrere einzelne, bei unterschiedlichen Versicherungsnehmern eingetretene Schäden, die durch das gleiche Schadenereignis (z. B. Elementarereignisse wie Sturm, Hagel oder Überschwemmung) verursacht wurden. Diesem Risiko begegnet die Mecklenburgische mit einer Diversifikation zwischen den Regionen innerhalb Deutschlands. Risikokonzentrationen werden dadurch vermieden.

C.1.3 Risikominderungstechniken

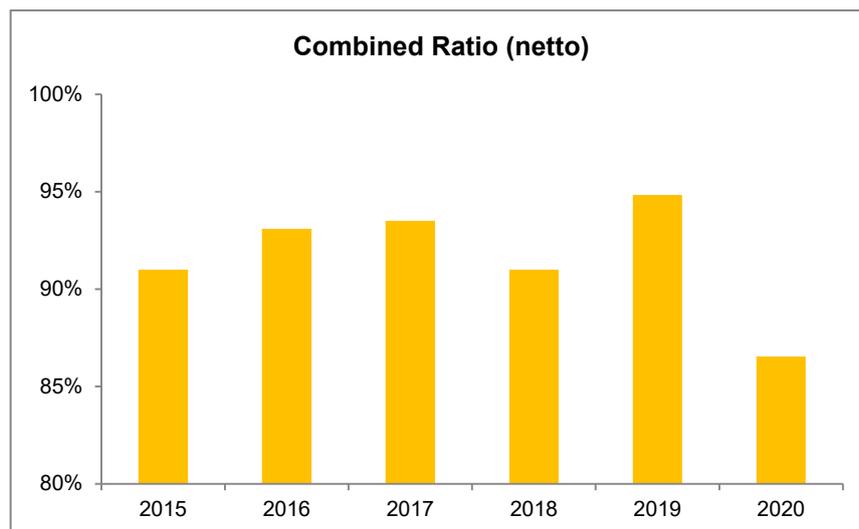
Zur Begrenzung des versicherungstechnischen Risikos ist die Geschäftspolitik schwerpunktmäßig auf das Privatkundengeschäft und auf den deutschen Markt ausgerichtet.

Wichtigstes Instrument zur Steuerung und Minderung des Prämienrisikos ist eine eindeutige und selektive Zeichnungspolitik, die ihren Ausdruck in konkreten Zeichnungsrichtlinien findet. Eine erste Risikoeinschätzung wird zudem durch den direkten Kontakt der Vermittler zu den Versicherungsnehmern sichergestellt.

Weiterhin besteht ein den Risiken angemessener Rückversicherungsschutz. Um den Kunden einen optimalen Versicherungsschutz gewährleisten zu können, werden die Tarife und die jeweiligen Versicherungsbedingungen regelmäßig überprüft und ggf. angepasst.

Das Risiko aus Naturgefahren wird über Szenarien zu Elementarrisiken in unserem Versicherungsbestand betrachtet. Die Ergebnisse werden analysiert und für die Entscheidungen zur Rückversicherungsnahme herangezogen. Zusätzlich wird dem Risiko durch die gezielte Bildung von Rückstellungen begegnet.

Um die dauerhafte Wirksamkeit der verwendeten Risikominderungstechniken zu überwachen, werden unter anderem entsprechende Rentabilitätskennzahlen, wie z. B. Schadenquoten oder Combined Ratio (Schaden-Kosten-Quote), betrachtet und analysiert. Die Combined Ratio ist der Quotient aus Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und Schadenaufwendungen (nach Abwicklung) zu den verdienten Beiträgen. Folgende Abbildung stellt die Combined Ratio (netto) der letzten sechs Jahre dar.



Die konstant unter 100 % liegende Combined Ratio zeigt, dass die Tarifierung grundsätzlich risikogerecht, die Reservierung angemessen vorsichtig und die Risikominderungstechniken insgesamt wirksam sind. Damit ergibt sich ein über alle Versicherungszweige verteiltes und im Kollektiv diversifiziertes Risikoprofil.

C.1.4 Risikosensitivitäten

Die einzelnen Untermodule des versicherungstechnischen Risikos wurden hinsichtlich ihrer Sensitivität auf das Risikokapital untersucht. Für jedes dieser Risiken wurde analysiert, um welchen Betrag sich das SCR und die entsprechende Bedeckungsquote verändern würden, wenn sich die Kapitalanforderung für ein Untermodul um 1.000 Euro erhöht. Je weiter dieser Wert gegen 0 tendiert, umso weniger beeinflusst das Risiko das SCR.

Sensitivitätsanalyse: Versicherungstechnisches Risiko		
Untermodul	SCR [in Euro]	SCR-Bedeckung [in Prozentpunkte]
Prämien- und Reserverisiko	651,11	-0,10
Stornorisiko	47,56	-0,01
Katastrophenrisiko	517,26	-0,08

Die Tabelle zur Risikosensitivität der versicherungstechnischen Risiken zeigt, dass Änderungen des Prämien- und Reserverisikos die Kapitalanforderung stärker beeinflussen als das Katastrophenrisiko.

Zur Beurteilung des versicherungstechnischen Risikos wurden im vergangenen ORSA-Prozess verschiedene Szenarioanalysen durchgeführt.

Aufgrund der Bedeutung der Kraftfahrtsparten wurde untersucht, welche Auswirkungen ein durch die COVID-19-Pandemie bedingter Bestandsabrieb hätte. Unter Berücksichtigung der Annahmen sinken die Beiträge der Kraftfahrtsparten in diesem Szenario um rund 2 bis 3 %. Insgesamt ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Solvabilitätslage.

Darüber hinaus wurden im ORSA-Prozess die Auswirkungen einer Erhöhung der Naturgefahrenexponierung analysiert. Es wurde angenommen, dass die Nachfrage nach Elementarversicherungen künftig stärker steigt als angenommen. In diesem Szenario steigt der Kapitalbedarf für das Naturkatastrophenrisiko deutlich an. Die SCR-Bedeckungsquote sinkt im Planungszeitraum jedoch nicht unter 244 %.

Das wichtigste Instrument zur Risikominderung des versicherungstechnischen Risikos ist der Einsatz von Rückversicherung. Aus diesem Grund wurde im vergangenen ORSA-Prozess der Einfluss eines fiktiven Ausfalls eines Rückversicherers auf die Kapitalanforderung und die Eigenmittel analysiert. Das SCR steigt in diesem Szenario um 14 %.

Im Berichtszeitraum konnte auch unter Berücksichtigung aller Szenarien stets die aktuelle und zukünftige Bedeckung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung nachgewiesen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die eingegangenen Risiken im Einklang mit der Geschäftsstrategie und dem Geschäftsmodell stehen.

C.2 Marktrisiko

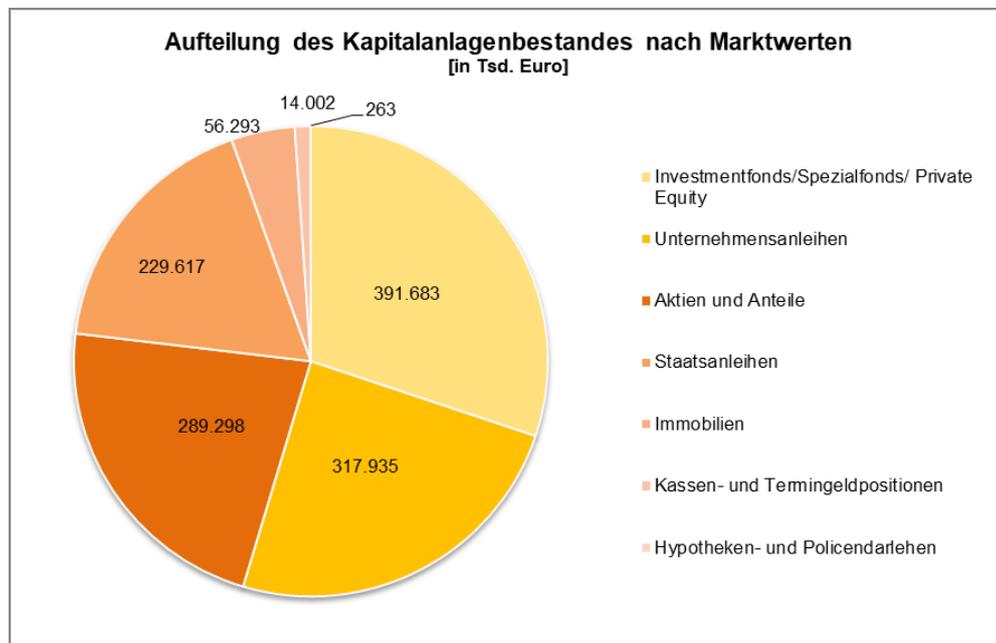
C.2.1 Risikoexposition

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise der Kapitalanlagen ergibt. Dabei wird unterschieden nach den folgenden Einzelrisiken:

- Schwankungen der Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
- Aktienkurschwankungen (Aktienkursrisiko)
- Währungskursschwankungen (Währungskursrisiko)
- Veränderungen in der Fähigkeit der Kreditnehmer und Geschäftspartner Forderungen zurückzuzahlen (Kreditrisiko, siehe Abschnitt C.3)
- Schwankungen der Immobilienpreise (Immobilienrisiko)

Je nach Anlageklasse sind diese Einzelrisiken unterschiedlich ausgeprägt. Um einen Anhaltspunkt für die Risikoexposition zu erhalten, wird im Folgenden die Kapitalanlagestruktur nach Anlageklassen dargestellt.

Der Kapitalanlagenbestand betrug im Geschäftsjahr insgesamt 1.299.092 Tsd. Euro. Investmentfonds bildeten dabei mit einem Anteil von 391.683 Tsd. Euro den Anlageschwerpunkt.



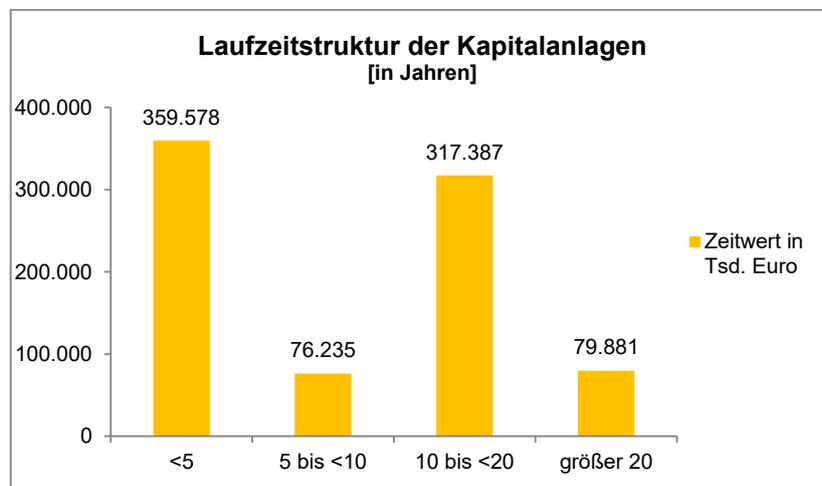
Das Marktrisiko ist abhängig von der Entwicklung der Kapitalmärkte. Wegen des großen Anteils an festverzinslichen Wertpapieren im Portfolio entstehen Marktrisiken insbesondere aus Schwankungen der Kreditrisikoaufschläge und der Zinsen. Die nachfolgende Tabelle beschreibt die Gesamtexposition nach Zeitwerten in den jeweiligen Risikokategorien. Dabei können einzelne Investments sowohl im Zinsänderungs- als auch im Kreditrisiko exponiert sein. Die Summe der Expositionen ist daher höher als der Gesamtbestand der Kapitalanlage.

Gesamtexponierung Marktrisiko [in Tsd. Euro]	
Kapitalanlagen mit Aktienkursrisiko	58.542
Kapitalanlagen mit Immobilienrisiko	70.629
Kapitalanlagen mit Zinsrisiko	833.081
Kapitalanlagen mit Kreditrisiko	833.081
Kapitalanlagen mit Währungskursrisiko	237.423

Im Folgenden werden die Risikokategorien näher beschrieben.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko wird durch eine weitgehende Angleichung der Laufzeiten der Vermögenswerte und zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern vermindert. Die Mecklenburgische investiert in kurz- bis mittelfristige Anleihen und Darlehen. Die folgende Abbildung stellt die zum Stichtag vorliegende Exponierung in der Laufzeitstruktur dar.



Aktienkursrisiko

Aktienkursrisiken resultieren bei der Mecklenburgischen aus Investitionen in Aktienspezialfonds, Aktienpublikumsfonds sowie Private-Equity-Fonds. Die Investments werden langfristig unter Risikoertragsgesichtspunkten im Portfolio als wertvoller Beitrag für die Versicherungsnehmer betrachtet. Die dabei eingegangenen Risiken werden bewusst akzeptiert.

Währungskursrisiko

Die Mecklenburgische investiert in Spezialfonds und Private-Equity-/Immobilienfonds in Fremdwährungen. Dabei werden auch Währungskursrisiken eingegangen, die sich durch den langfristigen Charakter dieser Investitionen ausgleichen.

Immobilienrisiko

Investitionen in Immobilien erfolgen aktuell in einem begrenzten Umfang zur Erwirtschaftung eines zusätzlichen Ertrages bei hoher Sicherheit.

Die Mecklenburgische bewertet die eingegangenen Marktrisiken gemäß den Vorgaben der Standardformel nach Solvency II. Darüber hinaus führt die Mecklenburgische im Rahmen des ORSA-Prozesses mindestens jährlich eine unternehmensindividuelle Beurteilung durch. Insgesamt ist das Marktrisiko für die Gesamtrisikoposition der Mecklenburgischen wesentlich. Eine Quantifizierung ohne Diversifikationseffekte sowie ohne die verlustmindernde Wirkung von latenten Steuern erfolgt in Abschnitt E.2.

C.2.2 Risikokonzentrationen

Aufgrund einer umfangreichen Mischung der Anlagearten unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben und einer breiten Streuung und sorgfältigen Auswahl der Emittenten bestehen Risikokonzentrationen ausschließlich bei den Beteiligungen an den Tochterunternehmen.

C.2.3 Risikominderungstechniken

Das Marktrisiko wird über ein ausführliches Kapitalanlageberichtsweisen überwacht. Bei Bedarf wird die Struktur des Portfolios auf Basis der Marktentwicklungen angepasst. Durch die Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling sowie ein umfassendes Berichtswesen ist eine angemessene Früherkennung der Marktrisiken sichergestellt.

Darüber hinaus werden Risikominderungstechniken zur direkten und indirekten Risikobegrenzung eingesetzt. Auf Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse werden bei der direkten Risikobegrenzung bewusst Risiken reduziert. Die im Fondsbestand enthaltenden Währungspositionen werden zum Teil durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Die Derivate erfüllen die zur Anerkennung als Risikominderungstechnik notwendigen regulatorischen Anforderungen aus Solvency II. Innerhalb der Performanceanalyse und Ertragsmessung werden Gewinne und Verluste aus Währungssicherung berechnet und somit die Wirkung laufend berichtet. Fonds mit Währungssicherung sind hinsichtlich der Ausgestaltung der Sicherungsmechanismen an Regeln gebunden, die eine wirksame Sicherung gewährleisten. Die Überwachung der Einhaltung der Regeln erfolgt durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Bei der indirekten Risikobegrenzung wird über dynamische Wertsicherungsansätze eine Portfolioanpassung bei negativen Marktentwicklungen vorgenommen. Zur Überprüfung der dauerhaften Wirksamkeit dieser Sicherungsmethoden werden laufende Performanceanalysen durchgeführt.

C.2.4 Risikosensitivitäten

Die einzelnen Untermodule des Marktrisikos wurden hinsichtlich ihrer Sensitivität auf das Risikokapital untersucht. Für jedes dieser Risiken wurde analysiert, um welchen Betrag sich das SCR und die entsprechende Bedeckungsquote verändern würden, wenn sich die Kapitalanforderung für ein Untermodul um 1.000 Euro erhöht. Je weiter dieser Wert gegen 0 tendiert, umso weniger beeinflusst das Risiko das SCR.

Sensitivitätsanalyse: Marktrisiko		
Untermodul	SCR [in Euro]	SCR-Bedeckung [in Prozentpunkte]
Zinsrisiko	69,30	-0,01
Aktienrisiko	799,60	-0,12
Immobilienrisiko	630,86	-0,09
Spreadrisiko	704,10	-0,11
Währungsrisiko	259,92	-0,04
Konzentrationsrisiko	53,75	-0,01

Die Tabelle zur Risikosensitivität der Marktrisiken zeigt, dass Änderungen des Aktien- und des Spreadrisikos die Kapitalanforderung stärker beeinflussen als die anderen Risikomodule.

Im ORSA-Prozess 2020 wurden die Auswirkungen verschiedener Kapitalmarktszenarien untersucht. Die Gewichtung der Zusammensetzung der Szenarien orientierte sich an dem unternehmensindividuellen Risikoprofil. Folgende Szenarien wurden berücksichtigt:

- Oberes Planszenario: steigende Zinsen und Aktienkurse, sinkende Spreads
- Unteres Planszenario: sinkende Zinsen und Aktienkurse, steigende Spreads

Die Ergebnisse dieser Szenarioanalysen zeigen, dass sich die Kapitalanforderungen im Gleichlauf mit zukünftigen Ereignissen des Kapitalmarktes entwickeln und insgesamt ein geringer Einfluss auf die Solvabilitätslage erkennbar ist. Sinken die Marktwerte und damit auch die Eigenmittel, reduziert sich die Kapitalanforderung des Marktrisikos und umgekehrt. Die SCR-Bedeckungsquote schwankte im Planungszeitraum um maximal 15 Prozentpunkte nach unten bzw. oben.

Die jederzeitige Einhaltung der Kapitalanforderung war in allen betrachteten Szenarien gegeben. Die Ergebnisse zeigen, dass die eingegangenen Risiken im Einklang mit der Geschäftsstrategie und dem Geschäftsmodell stehen.

C.2.5 Grundsatz unternehmerischer Vorsicht

Die Gesellschaft verfolgt eine differenzierte Anlagestrategie. Die Vorgaben der Kapitalanlage sind darauf ausgerichtet, die Ansprüche der Versicherungsnehmer jederzeit erfüllen zu können und die Fortführung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs zu gewährleisten. Das angestrebte Kapitalanlageportfolio berücksichtigt dabei, neben der Struktur der passivseitigen Verpflichtungen, auch die handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Auswahl der Vermögenswerte erfolgt im besten Interesse von Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten.

Zur Sicherstellung der Anlagegrundsätze Sicherheit, Rentabilität, Liquidität, Qualität sowie Verfügbarkeit der Anlagen bestehen interne Anlagerichtlinien, die durch den Anlagekatalog weiter spezifiziert werden. Diese stellen sicher, dass Investitionen nur in Vermögenswerte erfolgen, deren Risiken angemessen identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert, kontrolliert und in die Berichterstattung einbezogen werden können. Neuanlagen erfolgen überwiegend in verzinsliche Titel. Um das Ausfallrisiko gering zu halten, werden bei der Auswahl der Emittenten strenge Bonitätsmaßstäbe berücksichtigt.

Darüber hinaus stützt sich die Mecklenburgische nicht ausschließlich auf die von Dritten (insb. Ratingagenturen, Kreditinstitute und Vermögensverwalter) bereitgestellten Informationen sondern führt eine eigene Kreditrisikobewertung der Emittenten durch. Neue und nicht alltägliche Kapitalanlageprodukte unterliegen einem definierten Prüfprozess, durch den sichergestellt ist, dass geeignete Risikosteuerungs- und Überwachungsmaßnahmen bestehen.

Der Einsatz von Derivaten ist in den internen Vorgaben stark eingeschränkt. Derivative Instrumente sind nur im Fondsbestand für Absicherungszwecke zugelassen.

C.3 Kreditrisiko

C.3.1 Risikoexponierung

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko eines Ausfalls oder einer Veränderung der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderer Schuldner, gegenüber denen das Unternehmen Forderungen hat.

Aus Ausfällen von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Agenturen ist eine Gefährdung für das Unternehmen nicht gegeben. Zum Bilanzstichtag 31.12.2020 betragen die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern, deren Fälligkeitszeitpunkt mehr als 90 Tage zurückliegt unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen 2.489 Tsd. Euro.

Kreditrisiken ergeben sich zudem aus Forderungen gegenüber Rückversicherern. Diese werden sorgfältig ausgewählt und fortlaufend bezüglich ihrer Bonität beobachtet.

Die Mecklenburgische bewertet das eingegangene Kreditrisiko gemäß den Vorgaben der Standardformel. Es stellt kein wesentliches Risiko für die Gesellschaft dar.

C.3.2 Risikokonzentrationen

Dem Konzentrationsrisiko von Anlagen bei demselben Emittenten begegnet die Mecklenburgische unter anderem mit Limiten, die das maximal erlaubte Anlagevolumen pro Emittent vorgeben. Im Berichtszeitraum bestanden keine Risikokonzentrationen.

C.3.3 Risikominderungstechniken

Die Rückversicherer werden sorgfältig ausgewählt und fortlaufend bezüglich ihrer Bonität beobachtet. Entsprechend interner Vorgaben müssen die Rückversicherer mindestens eine Bonitätsstufe von 2 haben.

Durch die umfangreiche Mischung der Anlagearten unter Berücksichtigung der geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben und einer breiten Streuung und sorgfältigen Auswahl der Emittenten werden die Ausfallrisiken der Kapitalanlagen begrenzt. Auch bei der Auswahl der Emittenten werden strenge Bonitätsmaßstäbe berücksichtigt.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die entsprechenden Bonitätsstufen nach Solvency II. Hiernach werden Emittenten mit bester Qualität und somit geringstem Ausfallrisiko in die Bonitätsstufe 0 eingruppiert. Der Bereich der Stufen 0-3 entspricht dem sog. *investment grade*, also dem nicht-spekulativen Anlagebereich. Auf diese Bonität entfielen zum Stichtag 53,0 % des Kapitalanlagenbestands³ bzw. 82,3 % des direkten und indirekten Rentenbestandes.

³ Hierin enthalten sind Aktien inkl. Beteiligungen sowie Immobilien.

Anteile der Bonitätsstufen [in %]				
Bonitätsstufe	Anleihen / Darlehen	Besicherte Anlagen	Staatsanleihen	Summe
0	8,4	3,1	7,4	18,9
1	9,3	1,1	7,2	17,7
2	20,4	0,0	2,8	23,2
3	19,2	0,0	3,2	22,5
4	2,5	0,0	0,1	2,6
5	2,3	0,0	0,0	2,3
Non-rated	1,9	1,7	9,2	12,8

Um die dauerhafte Wirksamkeit der Risikominderungstechniken zu überprüfen, werden entsprechende Kennzahlen laufend überwacht.

C.3.4 Risikosensitivitäten

Bei der Analyse der Kapitalmarktszenarien (siehe Abschnitt C.2) werden Änderungen aufgrund von veränderten Kreditrisikoaufschlägen mit berücksichtigt. Steigen die Kreditrisikoaufschläge, wird von einem erhöhten zukünftigen Kreditausfallrisiko der jeweiligen Emittenten ausgegangen. Die im Geschäftsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass eine Veränderung im Kreditspreadniveau aufgrund der hohen Qualität der Rentendirektbestände der Mecklenburgischen nur zu vorübergehenden Marktwertschwankungen führen würde. Da eine solche Steigerung jedoch typischerweise im wirtschaftlichen Umfeld einer Rezession erfolgt, sind auch steigende Kreditausfälle zu berücksichtigen. Die mit dieser Methode ermittelten Verluste konnten in jedem kalkulierten Szenario getragen werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die eingegangenen Risiken im Einklang mit der Geschäftsstrategie und dem Geschäftsmodell stehen.

C.4 Liquiditätsrisiko

C.4.1 Risikoexponierung

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko einer unzureichenden Liquidität zur rechtzeitigen Erfüllung der Verpflichtungen. Die Gesellschaft differenziert das Liquiditätsrisiko nach:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko: Risiko, dass die Mecklenburgische gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann
- Refinanzierungsrisiko: Gefahr, dass zusätzliche Finanzmittel am Markt nur zu erhöhten Kosten aufgenommen werden können
- Marktpreisliquidationsrisiko: Risiko, dass vorhandene Vermögenswerte am Markt nur mit Abschlägen liquidiert werden können

Regelmäßige Liquiditätsstresstests (siehe Abschnitt C.4.4) zeigen, dass für die Gesellschaft kein Liquiditätsrisiko besteht. Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt daher lediglich qualitativ, d. h. es wird nicht im Sinne einer Kapitalanforderung quantifiziert.

C.4.2 Risikokonzentrationen

Das Vermögen wird insgesamt so angelegt, dass eine möglichst hohe Sicherheit und Rentabilität bei ausreichender Liquidität unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung erreicht wird.

Im Berichtszeitraum lagen keine Risikokonzentrationen vor.

C.4.3 Risikominderungstechniken

Das Finanzmanagement der Mecklenburgischen ist darauf ausgerichtet, dass die Zahlungsverpflichtungen zu jeder Zeit erfüllt werden können. Hierzu werden im Liquiditätsmanagement die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse geplant und täglich kontrolliert. Für das Liquiditätsmanagement sind die organisatorischen Zuständigkeiten und Schnittstellen, die Prozesse sowie das Berichtswesen und die Dokumentationsanforderungen gruppenweit einheitlich in der Liquiditätsrichtlinie festgelegt. Durch ausreichend fungible Kapitalanlagen können auch unerwartete Liquiditätsanforderungen zeitnah erfüllt werden.

Die Liquiditätsplanung berücksichtigt alle planbaren Zahlungsvorgänge und zeigt frühzeitig Handlungsbedarf für das laufende Jahr auf. Durch die monatliche Adjustierung dieser Planung werden zudem alle kurzfristigen Veränderungen einbezogen. Eine vergleichbare Mehrperiodenplanung macht bei Bedarf auch langfristige Liquiditätsentwicklungen transparent.

Bei unvorhersehbaren Auszahlungen bestehen folgende Maßnahmen:

- Kreditlinien bei Banken (nur kurzfristig)
- Liquidation von Kapitalanlagen
- Schadeneinschüsse der Rückversicherer

Die Überwachung der Maßnahmen erfolgt mittels einer laufenden Soll-Ist-Analyse.

C.4.4 Risikosensitivitäten

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in regelmäßigen Liquiditätsstresstests.

Hierbei werden die durch ein Stressszenario (z. B. mehrere Großschäden) erhöhten Liquiditätsanforderungen der versicherungstechnischen Verpflichtungen den verfügbaren liquiden Mitteln der Kapitalanlage gegenübergestellt. Zur Beurteilung der Liquidierbarkeit der Kapitalanlagen wurden Liquiditätsklassen definiert und je Liquiditätsklasse potenzielle Marktwertverluste in Stresssituation berücksichtigt.

Das Ergebnis des im Berichtszeitraum durchgeführten Stresstests zeigt, dass die Kapitalanlage die erhöhte Liquiditätsanforderung um ein Vielfaches bedeckt. Es besteht somit keine Risikoanfälligkeit.

Die eingegangenen Risiken stehen im Einklang mit der Geschäftsstrategie und dem Geschäftsmodell.

C.4.5 Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn

Grundsätzlich werden Prämien so kalkuliert, dass die erwarteten Leistungen und Kosten damit gedeckt werden können. Zudem ist ein Ertrag für das Unternehmen einkalkuliert. Für Prämien, die in der Zukunft zu einem bestimmten Versicherungsvertrag noch eingehen, ist dies der sogenannte bei künftigen Prämien erwartete Gewinn (Expected Profits Included in Future Premiums – EPIFP). Wenn diese zukünftigen Prämien wegfallen, da der Vertrag aus gesetzlichen oder vertraglichen Gründen vorzeitig endet, entgeht der Mecklenburgischen dieser Gewinn.

Für den Gesamtbestand beträgt der EPIFP insgesamt 41.306 Tsd. Euro.

C.5 Operationelles Risiko

C.5.1 Risikoexponierung

Das operationelle Risiko ist das Risiko eines unerwarteten Verlustes, der durch menschliches Verhalten, Prozess- oder Kontrollschwächen, technisches Versagen oder externe Faktoren hervorgerufen wird.

Die Bewertung der operationellen Risiken erfolgt gemäß den Vorgaben der Standardformel nach Solvency II. Darüber hinaus führt die Mecklenburgische im Rahmen des ORSA-Prozesses mindestens jährlich eine unternehmensindividuelle Beurteilung durch.

Ein Schwerpunkt der Risikoinventur der Mecklenburgischen liegt in der Identifizierung operationeller Risiken. Folgende operationelle Risiken werden dabei berücksichtigt:

- Absichtliches Fehlverhalten (interner Fraud): jegliche Art von Diebstahl und/oder Betrug, welche(r) absichtlich von einem/r internen Mitarbeiter/in oder unter dessen/deren Beteiligung zum Schaden des Unternehmens begangen wurde(n)
- Unzulässige Handlungen durch Externe (externer Fraud): jegliche Art von Diebstahl, Schäden infolge von Hackerangriffen, und/oder Betrug, welche(r) absichtlich von einem Dritten ohne Unterstützung interner Mitarbeiter/innen zum Schaden des Unternehmens begangen wurde(n)
- Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitssicherheit: Risiken im Zusammenhang mit der Kündigung von Beschäftigungsverhältnissen, dem Personalmanagement sowie Verstößen gegen das Arbeitsschutz- und Anti-Diskriminierungsgesetz
- Geschäftspraktiken und Produkteigenschaften: Risiken im Zusammenhang mit den allgemeinen Geschäftspraktiken und den Produkten Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung: Risiken im Zusammenhang mit Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung
- Geschäftsprozessrisiken: Risiken im Zusammenhang mit der Durchführung von Geschäftsprozessen

C.5.2 Risikokonzentrationen

Da die Mecklenburgische alle Funktionen an einem Standort gebündelt hat, ergibt sich ein Konzentrationsrisiko in der IT. Entsprechende Maßnahmen wirken den Folgen eines Ausfalls der IT über einen längeren Zeitraum entgegen.

Darüber hinaus besteht eine Risikokonzentration im Personalbereich. Eine Epidemie bzw. Pandemie könnte zu kurzfristigen Einschränkungen im Geschäftsbetrieb führen.

Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 stellte auch die Mecklenburgische Versicherungsgruppe vor neue Herausforderungen. Im Mittelpunkt ihrer Handlungen stand dabei stets die Fürsorgepflicht gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes. Dabei hatte die Aufrechterhaltung der Betreuung ihrer Vermittlerinnen und Vermittler sowie der Servicequalität für ihre Kundinnen und Kunden ebenfalls oberste Priorität. Mit dem Ziel, die Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren, wurde eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung des Infektionsschutzes ergriffen. Mit Wirkung vom 17. März 2020 bis zum 15. Juli 2020 wurde der Direktionsbetrieb auf einen Zweischichtbetrieb umgestellt und die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im freiwilligen Arbeiten von zu Hause aus ausgeweitet. Ein Hygiene- sowie ein Kantinenkonzept mit erweiterten Öffnungszeiten wurden erarbeitet und fortlaufend aktualisiert. Unter modifizierten Rahmenbedingungen mit Berücksichtigung der Mindestabstände und einem rollierenden Arbeitsplatzsystem konnte ab dem 16. Juli 2020 eine Rückkehr zum regulären Direktionsbetrieb erfolgen. Hierfür wurden nicht nur zusätzliche Bürokapazitäten geschaffen, sondern auch virtuelle Arbeitsräume zur Verfügung gestellt. Solange eine epidemische Lage von nationaler Tragweite im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in Deutschland besteht, sollen die erarbeiteten Konzepte zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortgeführt werden.

Die Betriebsabläufe und die Erbringung der Serviceleistung sind insgesamt nicht beeinträchtigt gewesen.

C.5.3 Risikominderungstechniken

Zur Risikominderung der operationellen Risiken existieren verschiedene Notfallpläne, die in einem unternehmensinternen Notfallhandbuch festgelegt sind. Notfallübungen sollen die Funktionalität der im Notfallhandbuch beschriebenen Regelprozesse festigen bzw. deren Wirksamkeit überprüfen.

Im Rahmen der operationellen Risiken messen wir insbesondere der IT-Sicherheit eine hohe Bedeutung zu und verwenden Schutzmaßnahmen, die auf den neuesten Standards beruhen. Alle für das Unternehmen wesentlichen Systeme sind redundant ausgelegt und somit gegen den Ausfall aufgrund lokaler Störungen abgesichert. Um einen Ausfall auch über einen längeren Zeitraum zu beherrschen, steht in ständiger Bereitschaft ein entferntes Notfallrechenzentrum zur Verfügung.

Operationelle Risiken und interne Kontrollmaßnahmen sind eng miteinander verbunden. Zur Steuerung von Prozessrisiken erfassen die Direktionsabteilungen alle mit wesentlichen Risiken behafteten Geschäftsabläufe inklusive der Steuerungsmaßnahmen. Die Wirksamkeit der einzelnen Kontrollen wird durch das IKS sichergestellt.

C.5.4 Risikosensitivitäten

Das operationelle Risiko ist nicht wesentlich. Aus diesem Grund wurden im Berichtszeitraum keine Stresstests oder Szenarioanalysen für operationelle Risiken durchgeführt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das strategische Risiko, das Reputationsrisiko sowie das Nachhaltigkeitsrisiko erfasst. Im Berichtszeitraum wurden keine sonstigen wesentlichen Risiken identifiziert, die quantifizier- und steuerbar sind.

C.7 Sonstige Angaben

Risiken aus der COVID-19-Pandemie

Die Ausbreitung der Corona-Pandemie hat zu Beginn des Jahres 2020 zu einem Einbruch der globalen Wirtschaftstätigkeit und zu Korrekturen an den internationalen Kapitalmärkten geführt. Die Gesellschaft hat fortlaufend die Entwicklung beobachtet und gegebenenfalls Maßnahmen ergriffen.

Insgesamt sind bisher keine signifikanten Auswirkungen der Pandemie auf das Risikoprofil der Mecklenburgischen erkennbar gewesen.

Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften

Da eine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften nicht stattfindet, entsteht hieraus auch keine Risikoexponierung.

Risiken aus außerbilanziellen Positionen

Eine Risikoexponierung aufgrund außerbilanzieller Positionen ist nicht vorhanden.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Die Bilanzierung und die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Mecklenburgischen in der Solvabilitätsübersicht erfolgt unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und nach dem Grundsatz der Einzelbewertung. Bei der Bewertung finden Wesentlichkeitskriterien Berücksichtigung.

Mit Ausnahme der versicherungstechnischen Rückstellungen (Abschnitt D.2) erfolgt die Bewertung der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten nach den durch die Europäische Kommission übernommenen International Financial Reporting Standards (IFRS), sofern die Solvency II-Vorschriften keine abweichenden Ansatz- und Bewertungsgrundsätze vorsehen.

Nach den Rechtsgrundlagen von Solvency II wird grundsätzlich eine marktkonsistente Bewertung aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vorgenommen. Dabei sind alle Vermögenswerte mit dem Betrag zu bewerten, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten. Verbindlichkeiten werden mit dem Betrag bewertet, zu dem die Verbindlichkeiten zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Eine Berichtigung der Bewertung, um die Bonität des Versicherungsunternehmens zu berücksichtigen, findet nicht statt.

Zur Ermittlung der Marktpreise wird folgende dreistufige Bewertungshierarchie angewendet, wie sie nach den Vorschriften von Solvency II (in den folgenden Tabellen kurz: S II) vorgesehen ist:

Stufe 1: Notierte Marktpreise an aktiven Märkten

Prinzipiell sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, für welche eine Preisnotierung in einem aktiven Markt zum Bewertungsstichtag vorhanden ist, mit dem unveränderten Börsen- bzw. Marktpreis zu bewerten (mark-to-market Ansatz).

Ein Markt gilt dabei als aktiv, sofern Transaktionen mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit mit ausreichender Häufigkeit und ausreichendem Umfang stattfinden und somit der Öffentlichkeit laufend Preisinformationen zur Verfügung stehen.

Stufe 2: Notierte Marktpreise für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Ist eine Bewertung nach Stufe 1 nicht möglich, werden die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise bewertet, die an aktiven Märkten für vergleichbare Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind. Preisrelevante Unterschiede zwischen dem Bewertungs- und Vergleichsobjekt sind dabei in Form von Korrekturen zu berücksichtigen (marking-to-market Ansatz).

Stufe 3: Alternative Bewertungsmethoden

Ist eine Bewertung nach Stufe 2 nicht möglich, werden alternative Bewertungsmethoden verwendet, die so wenig wie möglich auf unternehmensspezifischen, nicht beobachtbaren Parametern und soweit wie möglich auf an Märkten beobachtbaren, relevanten Parametern basieren (mark-to-model Ansatz).

Bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden verwendet die Mecklenburgische Bewertungsmodelle, die mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze in Einklang stehen:

- marktbasierter Ansatz, bei dem Preise und andere maßgebliche Informationen genutzt werden, die durch Markttransaktionen identischer oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten entstehen
- einkommensbasierter Ansatz, bei dem künftige Zahlungsströme oder Aufwendungen und Erträge in einen einzigen aktuellen Betrag - den beizulegenden Zeitwert - umgewandelt werden (z. B. Barwerttechniken, Optionspreismodelle, Residualwertmethode)
- kostenbasierter oder auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierender Ansatz

Unter bestimmten Voraussetzungen (Art. 11-15 i. V. m. Art. 9 Abs. 4 DVO) und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vereinfacht nach den handelsrechtlichen Vorschriften bewertet werden. Besondere Vorschriften bei der Bewertung für Solvabilitätszwecke bestehen für folgende relevante Posten:

- immaterielle Vermögenswerte gemäß Art. 12 DVO
- Anteile an verbundenen Unternehmen gemäß Art. 13 DVO
- versicherungstechnische Rückstellungen einschließlich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen gemäß Kapitel III DVO
- Eventualverbindlichkeiten gemäß Art. 11 DVO
- latente Steuern gemäß Art. 15 DVO

Die Rechnungslegung der Mecklenburgischen Versicherungsgruppe und ihrer Einzelgesellschaften erfolgt nach den Maßgaben des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV). Aufgrund der Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen Ansatz- und Bewertungsvorschriften und denen nach Solvency II ergeben sich zwangsläufig Differenzen, die in den folgenden Abschnitten erläutert werden.

Einzelne Posten werden in der Solvabilitätsübersicht an anderer Stelle ausgewiesen als in der Bilanz nach HGB. Sofern eine Umgliederung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, so wie sie unter HGB ausgewiesen werden, auf die in der Solvabilitätsübersicht vorgegebene Struktur möglich war, wird dies bei der Gegenüberstellung der Solvency II-Werte und der HGB-Werte für Vergleichszwecke berücksichtigt.

D.1 Vermögenswerte

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Vermögenswerte für Solvabilitätszwecke zum 31.12.2020 und stellt die entsprechend umgegliederten Werte der handelsrechtlichen Bewertung gegenüber.

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	2020		
	S II	HGB	Differenz
Immaterielle Vermögenswerte	0	4.569	-4.569
Latente Steueransprüche	0	0	0
Immobilien u. Sachanlagen für den Eigenbedarf	46.886	25.339	21.547
Anlagen (außer Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	1.238.985	950.019	288.966
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	9.451	6.346	3.105
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen	284.762	64.327	220.435
Aktien	4.537	1.499	3.038
Aktien – nicht notiert	4.537	1.499	3.038
Anleihen	547.552	514.429	33.123
Staatsanleihen	229.617	213.465	16.152
Unternehmensanleihen	317.935	300.964	16.971
Organismen für gemeinsame Anlagen	391.683	362.419	29.264
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	1.000	1.000	0
Darlehen und Hypotheken	263	263	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	263	263	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	161.808	218.645	-56.837
Nichtlebensversicherung und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherung	145.493	201.352	-55.859
Nichtlebensversicherung außer Krankenversicherung	141.624	188.994	-47.370
Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherung	3.869	12.358	-8.489
Lebensversicherung und nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und index- und fondsgebundene Lebensversicherungen	16.315	17.293	-978
Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	13.499	14.109	-610
Lebensversicherungen außer Krankenversicherung	2.816	3.184	-368
Depotforderungen	27	27	0
Forderungen ggü. Versicherungen und Vermittlern	10.655	10.655	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	3.139	3.139	0
Zahlungsmittel u. Zahlungsmitteläquivalente	12.975	12.975	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	600	600	0
Vermögenswerte insgesamt	1.475.338	1.226.232	249.106

Im Folgenden werden die Vermögenswerte der Mecklenburgischen dargestellt und die Grundlagen, Methoden und wesentlichen Annahmen hinsichtlich Ansatz und Bewertung in der Solvabilitätsübersicht und in der Berichterstattung nach HGB erläutert. Die Gesellschaft besitzt im Direktbestand keine Anlagen in:

- Geschäfts- oder Firmenwert,
- abgegrenzte Abschlusskosten,
- Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen,
- Aktien – notiert,
- strukturierte Schuldtitel und besicherte Wertpapiere,
- Derivate,
- sonstige Anlagen,
- Policendarlehen sowie Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen,
- Vermögenswerte in index- und fondsgebundene Verträge,
- eigene Anteile und
- in Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel.

Aus diesem Grund werden diese in den folgenden Abschnitten nicht kommentiert.

Immaterielle Vermögenswerte

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Immaterielle Vermögenswerte	0	4.569	-4.569

Solvency II:

Die immateriellen Vermögenswerte der Mecklenburgischen entfallen im Wesentlichen auf erworbene Software und Lizenzen. Da die Voraussetzungen des Art. 12 Abs. 2 DVO (Einzelverwertbarkeit und Vorhandensein eines aktiven Marktes) nicht vorliegen, werden keine immateriellen Vermögensgegenstände aktiviert.

HGB:

In der Handelsbilanz werden die immateriellen Vermögensgegenstände nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und angesetzt. Die Differenz zwischen HGB und Solvency II entsteht durch den Nichtansatz der Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht.

Latente Steueransprüche

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Latente Steueransprüche	0	0	0

Die Grundlage für die Ermittlung der latenten Steuern unter Solvency II ist Art. 15 i. V. m. Art. 9 DVO. Für den Ansatz und die Bewertung von latenten Steueransprüchen unter Solvency II werden die Vorschriften der internationalen Rechnungslegung nach IAS 12 angewendet.

Zum 31.12.2020 wurden latente Steueransprüche in Höhe von 59.116 Tsd. Euro ermittelt. Die latenten Steuerschulden betragen 77.274 Tsd. Euro. Aus der Verrechnung verbleibt ein Überschuss der latenten Steuerschulden in Höhe von 18.158 Tsd. Euro, die zum Bewertungsstichtag saldiert als Verbindlichkeiten gezeigt werden. Nähere Informationen zu den Grundlagen, Methoden und Annahmen für die Ermittlung der latenten Steuern werden im Abschnitt D.3 aufgeführt.

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Grundstücke und Bauten	41.828	20.281	21.547
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.058	5.058	0
Gesamt	46.886	25.339	21.547

Solvency II:

Unter Solvency II sind Immobilien zunächst danach zu unterscheiden, ob diese zur Fremd- oder zur Eigennutzung bestimmt sind. Gemischt genutzte Immobilien werden anhand der Verteilung der Gebäudeflächen in fremd- und eigengenutzte Immobilien aufgeteilt.

Für den Immobilienbestand der Mecklenburgischen liegen keine (gehandelten) Marktpreise vor. Die Kriterien für einen aktiven Markt (siehe Abschnitt D) sind damit nicht erfüllt. Daher erfolgt die Bewertung unabhängig von der Nutzungsart nach dem Ertragswertverfahren (siehe Abschnitt D.4).

Da für die Sachanlagen (Betriebs- und Geschäftsausstattung) ein ökonomischer Wert nach der Neubewertungsmethode des IAS 16 nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden sie mit ihren HGB-Werten bewertet. Die Mecklenburgische hält diese Bewertung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für eine angemessene Näherung an den beizulegenden Zeitwert.

HGB:

Handelsrechtlich werden Immobilien nach § 341b Abs. 1 HGB i. V. m. den §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Nutzungsdauer oder mit einem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Sind die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht gegeben, erfolgt nach § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die Sachanlagen werden gemäß § 341b Abs. 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear unter Zugrundelegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Für Gegenstände mit einem Nettowert von 150 Euro bis 1.000 Euro werden Sammelposten gebildet, die linear unter Berücksichtigung einer maximalen Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben werden.

Die Differenz zwischen Solvency II und HGB spiegelt die Unterschiede zwischen den beizulegenden Zeitwerten und den fortgeführten Anschaffungskosten der Immobilien wider. Unsicherheiten in der Ermittlung der ökonomischen Werte ergeben sich durch die den Bewertungsverfahren zugrunde gelegten Parameter.

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	9.451	6.346	3.105

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Immobilien (außer zur Eigennutzung) erfolgt nach denselben Bewertungsmethoden, die auch bei den eigengenutzten Immobilien Verwendung finden. Es wird daher auf die entsprechenden Ausführungen verwiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Vermögenswerte	Anteil am Kapital	S II	HGB	Differenz
Tochterunternehmen (Versicherungen)		234.433	20.776	213.657
Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG	100%	192.587	15.776	176.811
Mecklenburgische Krankenversicherungs-AG	100%	41.846	5.000	36.846
Tochterunternehmen (nicht Versicherungen)		19.083	20.515	-1.432
Mecklenburgische Vermittlungs-GmbH	100%	26	0	26
Mecklenburgische Rechtsschutz-Service-GmbH	100%	25	25	0
Mecklenburgische Liegenschafts-GmbH	100%	19.032	20.490	-1.458
Beteiligungen (nicht Versicherung)		31.246	23.036	8.210
MIC Beteiligungsgesellschaft GmbH, Itzehoe	26%	31.246	23.036	8.210
Gesamt		284.762	64.327	220.435

Solvency II:

Die Mecklenburgische bewertet die Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen grundsätzlich gemäß § 74 Abs. 2 VAG zum Zeitwert.

Die hier ausgewiesenen Positionen werden nicht an einem aktiven Markt gehandelt.

Die Anteile an den verbundenen Unternehmen werden entsprechend der angepassten (adjusted) Equity Methode nach Solvency II mit dem Anteil bewertet, den die Gesellschaft am Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten des jeweiligen verbundenen Unternehmens hält. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der verbundenen Unternehmen sind dabei unter Beachtung der Vorschriften der Solvency II-Richtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) zu bewerten. Immaterielle Vermögenswerte werden nicht angesetzt. Bei der Bewertung der Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG wird der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung der durch die Gesellschaft genutzten Übergangsmaßnahme zu den versicherungstechnischen Rückstellungen nach § 352 VAG verwendet.

Für die Beteiligung an der MIC Beteiligungsgesellschaft GmbH wurde auf eine Bewertung nach o. g. Verfahren verzichtet, da diese mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden wäre. Die Zeitwertermittlung erfolgt daher analog zum HGB-Jahresabschluss mittels Ertragswertverfahren (siehe Abschnitt D.4).

HGB:

In der Handelsbilanz werden die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen nach § 341b Abs. 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß den Vorschriften für das Anlagevermögen bewertet; das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Die Unterschiede zwischen den Wertansätzen nach Solvency II und HGB zum Bewertungsstichtag sind im Wesentlichen durch die angepasste (adjusted) Equity Methode nach Solvency II begründet. Der Marktwert entspricht hierbei dem Überschuss der Vermögenswerte über den Verbindlichkeiten, wobei die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach IFRS 13 mit dem Betrag bewertet werden, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht bzw. übertragen oder beglichen werden könnten.

Aktien – nicht notiert

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Aktien – nicht notiert	4.537	1.499	3.038

Solvency II:

Unter diesem Posten werden folgende Unternehmensanteile mit Beteiligungsquoten von unter 20 % ausgewiesen:

Unternehmen	Anteil am Kapital
Sana Kliniken AG, Ismaningen	0,2%*)
Roland Partner Beteiligungsverwaltung GmbH, Köln	10,0%*)
GDV Dienstleistungs-GmbH, Hamburg	0,3%*)
VST Gesellschaft für Versicherungsstatistik mbH, Hannover	9,1%*)
Aachener Bausparkasse AG, Aachen	0,2%*)
*) entsprechend des letzten vorliegenden Geschäftsberichtes für 2019	

Die hier ausgewiesenen Anteile werden nicht an einem aktiven Markt gehandelt und daher mit ihren im handelsrechtlichen Jahresabschluss ausgewiesenen Zeitwerten bewertet.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Anteile an der *Sana Kliniken AG* erfolgt auf der Grundlage eines externen Wertgutachtens. Die Ermittlung erfolgt dabei unter Anwendung des IDW Standards „Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen“ in der Fassung 2008 (IDW S1) über ein einkommensbasiertes Ertragswertverfahren (Discounted-Cashflow-Verfahren). Beim Ertragswertverfahren gemäß IDW S 1 handelt es sich um ein nach Solvency II anerkanntes Verfahren zur Unternehmensbewertung.

Die beizulegenden Zeitwerte der Anteile an der *Roland Partner Beteiligungsverwaltung GmbH*, der *GDV Dienstleistungs-GmbH* sowie der *VST Gesellschaft für Versicherungsstatistik mbH* werden nach der Nettovermögenswertmethode ermittelt (siehe Abschnitt D.4). Die Ermittlung des Zeitwertes der Anteile an der *Aachener Bausparkasse AG*, erfolgt auf Grundlage der geschlossenen Kauf- und Übertragungsvereinbarung mit der Wüstenrot Bausparkasse AG, Ludwigsburg.

HGB:

Handelsrechtlich werden die Anteile an den Gesellschaften nach § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten bzw. nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß den Vorschriften für das Anlagevermögen bewertet; das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Der Wertunterschied zwischen Solvency II und HGB resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung der Anteile an der Sana Kliniken AG zum beizulegenden Zeitwert unter Anwendung des Discounted-Cashflow-Verfahrens und den fortgeführten Anschaffungskosten nach HGB. Bewertungsunsicherheiten bei Anwendung des Discounted-Cashflow-Verfahrens entstehen insbesondere in der Bestimmung der zukünftigen Erträge und des Diskontierungszinssatzes. Die Mecklenburgische geht bei der Ableitung dieser Parameter von einer angemessenen Berücksichtigung finanzmathematischer und ökonomischer Kriterien durch den externen Gutachter aus, sodass das mit der Bewertung einhergehende Maß an Unsicherheit als gering einstuft wird.

Anleihen

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Staatsanleihen	229.617	213.465	16.152
Unternehmensanleihen	317.935	300.964	16.971
Gesamt	547.552	514.429	33.123

Solvency II:

In diesem Posten sind durch öffentliche Stellen sowie von Unternehmen ausgegebene Anleihen, Schuldscheinforderungen und -darlehen, Namensschuldverschreibungen sowie übrige Ausleihungen enthalten.

Staats- und Unternehmensanleihen werden grundsätzlich mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis (Börsenkurs) bewertet. Die Marktnotierungen stammen von ausgewählten Preisserviceagenturen (z. B. Bloomberg), Handelsinformationssystemen oder von als zuverlässig betrachteten Intermediären (Brokern). Dabei haben die Notierungen der Preisserviceagenturen die höchste Priorität, die der Intermediäre die niedrigste. Bei der Bewertung der börsennotierten Anleihen werden die Börsenkurse des letzten Handelstages im Dezember zugrunde gelegt.

Sind die Kriterien für einen aktiven Markt (siehe Abschnitt D) nicht erfüllt, werden die Anleihen mit den in Abschnitt D.4 beschriebenen alternativen Verfahren bewertet. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen.

HGB:

Zur Bewertung der Anleihen werden im HGB-Jahresabschluss folgende Verfahren angewandt:

Vermögenswerte	Bewertungsverfahren HGB
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Anlagevermögen: Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip: § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 3 HGB); Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB) Umlaufvermögen: Anschaffungskosten oder niedrigerer beizulegender Wert (strenges Niederstwertprinzip: § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 4 HGB); Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)
Sonstige Ausleihungen	
Namenschuldverschreibungen	Nennwert (§ 341b Abs. 1 HGB i.V.m. § 341c Abs. 1 HGB); Abgrenzung von Agien, Disagien und lineare Auflösung über die Laufzeit (§ 341 c Abs. 2 HGB); Abschreibungen gem. § 253 Abs. 3 HGB; Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)
Schuldscheinforderungen und Darlehen	Fortgeführte Anschaffungskosten gem. § 341b Abs. 1 i.V.m. § 341c Abs. 3 HGB; lineare Auflösung der Differenzbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen über die Laufzeit; Abschreibungen gem. § 253 Abs. 4 HGB; Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Anschaffungskosten gem. §341b Abs. 1 i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 3 HGB; Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)

Die ökonomischen Werte in der Solvabilitätsübersicht umfassen die abgegrenzten Zinsen sowie die Agien und Disagien am Bewertungsstichtag. Daher werden die in der Handelsbilanz unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen abgegrenzten Zinsen und Agien

und die unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen Disagien für die Gegenüberstellung umgegliedert.

Die Differenz zwischen Solvency II und HGB spiegelt die Unterschiede zwischen der ökonomischen Bewertung und der Bewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. Nennwerten wider. Das aktuell niedrige Zinsniveau führt zu einer entsprechend hohen Bewertung der Anleihen.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Organismen für gemeinsame Anlagen	391.683	362.419	29.264

Solvency II:

Dieser Posten beinhaltet Investmentanteile an Sondervermögen in Aktien- und Renten- bzw. gemischten Fonds (Spezialfonds), Immobilienfonds (Publikumsinvestmentfonds), Fonds für Private Equity sowie Fonds für infrastrukturelle Investitionen.

Die Bewertungsansätze können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Vermögenswerte	Bewertungsverfahren SII
Spezialfonds	KVG Rücknahmepreis der Anteile an den Investmentfonds
Immobilienfonds	Rücknahmepreise gemäß § 169 KAGB
Private Equity / infrastrukturelle Investitionen	von der Dachfondsgesellschaft veröffentlichter Net Asset Value (Nettoinventarwert über ein Discounted-Cashflow-Verfahren unter Berücksichtigung der Kapitalzuführungen oder -rückführungen)

Die Bewertung der Investmentvermögen erfolgt mittels Durchschau, gemäß den Vorgaben des Investmentrechtes (KAGB). Aufgrund der Anforderungen der investmentrechtlichen Vorgaben an die Ermittlung des Zeitwertes ist sichergestellt, dass in erster Linie marktbezogene Preise (mark-to-market) für die Bestimmung der Fondswerte und erst in zweiter Linie alternative Bewertungsverfahren (Mark-to-model) verwendet werden.

HGB:

Handelsrechtlich werden Anteile an Investmentvermögen wie folgt bewertet:

Vermögenswerte	Bewertungsverfahren HGB
Anteile an Investmentvermögen (Spezialfonds, Immobilienfonds)	Anlagevermögen: Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip: § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 3 HGB); Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)
	Umlaufvermögen: Anschaffungskosten oder niedrigerer beizulegender Wert (strenges Niederstwertprinzip: § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 4 HGB); Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)

Vermögenswerte	Bewertungsverfahren HGB
Andere Kapitalanlagen (Private Equity / infrastrukturelle Investitionen)	Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem beizulegenden Wert (§ 341b Abs. 1 HGB i.V.m. §§ 255 Abs. 1 und 253 Abs. 3 HGB); Wertaufholung bei vorangegangenen Abschreibungen (§ 253 Abs. 5 HGB)

Die Differenz zwischen Solvency II und HGB spiegelt die Unterschiede zwischen der Bewertung zum ökonomischen Wert und den fortgeführten Anschaffungskosten wider. Der quantitative Unterschied stellt die Bewertungsreserven des handelsrechtlichen Jahresabschlusses dar. Das niedrige Zinsniveau führt zu einer entsprechend höheren Bewertung der über Sondervermögen gehaltenen Rentenbestände.

Für die über Sondervermögen gehaltenen Aktien- und Rentenbestände ist die Unsicherheit in der Bewertung gering, da es sich um notierte Marktpreise handelt. Unsicherheiten in der Bewertung der Immobilienpublikumsfonds resultieren insbesondere aus den Marktschwankungen auf den Immobilienmärkten, welche sich in den Anteilspreisen widerspiegeln. Aufgrund des Investitionsvolumens der Mecklenburgischen in Immobilienpublikumsfonds (512 Tsd. Euro) sind diese Unsicherheiten von untergeordneter Bedeutung. Die Unsicherheit bei der Bewertung der Fonds für Private Equity und der Fonds für infrastrukturelle Investitionen liegt innerhalb der durch die Anwendung des Discounted-Cash-Flow-Verfahrens verursachten Bandbreiten und ist damit durch die Anwendung dieser Methode zu erwarten. Insgesamt wird die Unsicherheit als gering eingeschätzt.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	1.000	1.000	0

Solvency II:

Dieser Posten umfasst eine Einlage bei einem Kreditinstitut, die vor einem bestimmten Fälligkeitstermin nicht als Zahlungsmittel verwendet werden kann (Termingeld). Durch die vereinbarte monatliche Kündigungsmöglichkeit unterliegt sie nur unwesentlichen Risiken aus Wertschwankungen, wie Zinsänderungs- oder Ausfallrisiko.

Aufgrund der guten Bonität des Kreditinstitutes wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit nicht berücksichtigt. Daher entspricht der Solvency II- dem HGB-Wert.

HGB:

Handelsrechtlich werden Einlagen bei Kreditinstituten nach § 253 Abs. 1 HGB zu Nennwerten angesetzt. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Sonstige Darlehen und Hypotheken	263	263	0

Solvency II:

In der Solvabilitätsübersicht werden sonstige Darlehen und Hypotheken als separater Posten außerhalb der Anlagen ausgewiesen. Dieser Posten umfasst Grundschuldforderungen, für die keine Preisnotierungen an einem aktiven Markt vorliegen.

Im Hinblick auf den geringen Bestand an Grundschuldforderungen und vor dem Hintergrund, dass nahezu für den gesamten Bestand der Zinsbindungszeitraum ausgelaufen ist oder sie aufgrund anderer vertraglicher oder gesetzlicher Rechte kurzfristig zum nächsten Stichtag

kündbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte der Grundschuldforderungen aus ihren HGB-Buchwerten abgeleitet. Hierbei handelt es sich aus Sicht der Mecklenburgischen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit um angemessene Näherungswerte der beizulegenden Zeitwerte. Zur Berücksichtigung eines wahrscheinlichen Ausfalls von Gegenparteien werden die handelsrechtlichen Wertberichtigungen übernommen.

HGB:

Die Grundschuldforderungen werden nach § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten bilanziert. Im Rahmen von Werthaltigkeitsprüfungen wird mindestens einmal jährlich geprüft, ob die Grundschuldforderungen im Wert gemindert sind. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung werden sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wird beachtet.

Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	161.808	218.645	-56.837

Ausgewiesen wird der Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft werden anhand der aktuellen Rückversicherungsverträge ermittelt. Die Bewertung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen erfolgt für Solvabilitätszwecke nach denselben Anforderungen und Grundsätzen wie für die versicherungstechnischen Rückstellungen (Abschnitt D.2). Die Rückversicherungsanteile nach HGB wurden für die Gegenüberstellung in diesen Posten umgegliedert.

Depotforderungen

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Depotforderungen	27	27	0

Solvency II:

Diese Position beinhaltet Depotforderungen gegenüber der *Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft, Köln*, im Zusammenhang mit dem bis 31.12.2009 in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Es handelt sich um einbehaltene Sicherheiten in Höhe der vertraglichen Regelungen. Für diese Forderungen existiert kein aktiver Markt, daher erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes mithilfe einer einkommensbasierten Bewertung (siehe Abschnitt D.4). Da es sich um jederzeit fällige Forderungen ohne Zinsanteil handelt, erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen keine Diskontierung. Aufgrund der guten Bonität der Gegenpartei wird keine Ausfallwahrscheinlichkeit berücksichtigt. Somit entspricht der anzusetzende Wert dem handelsrechtlichen Wert.

HGB:

Die Bewertung der Depotforderungen erfolgt nach § 253 Abs. 1 HGB mit dem Nennwert. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	10.655	10.655	0

Solvency II:

Ausgewiesen werden fällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft der Mecklenburgischen resultieren. Für diese Forderungen liegt kein aktiver Markt vor, daher erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Zeit-

werte mithilfe einer einkommensbasierten Bewertung (siehe Abschnitt D.4). Da in diesem Posten im Wesentlichen nur kurzfristige Forderungen ohne Zinsanteil enthalten sind, erfolgt keine Diskontierung und somit entsprechen die anzusetzenden Solvency II-Werte den handelsrechtlichen Werten. Zur Berücksichtigung eines wahrscheinlichen Ausfalls von Gegenparteien werden handelsrechtliche Wertberichtigungen übernommen.

HGB:

Handelsrechtlich werden die Forderungen nach § 253 Abs. 1 HGB zu Nennwerten abzüglich Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Gegebenenfalls werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Die Wertberichtigungen werden jährlich überprüft. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0

Die nicht fälligen Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern aus dem Rückversicherungsgeschäft werden zum Bewertungsstichtag als zukünftige Zahlungsströme unter den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen ausgewiesen.

Für die Gegenüberstellung der Solvency II-Werte und der HGB-Werte erfolgt eine Umgliederung der handelsrechtlich bilanzierten Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft in die HGB-Werte der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	3.139	3.139	0

Solvency II:

Der Posten beinhaltet Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, Steuerforderungen und sonstige Forderungen. Für diese Forderungen existiert kein aktiver Markt. Daher erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes mithilfe eines einkommensbasierten Ansatzes (siehe Abschnitt D.4). Da es sich um kurzfristige Forderungen ohne Zinsanteil handelt, erfolgt keine Diskontierung und somit entsprechen die anzusetzenden Werte den HGB-Werten.

Des Weiteren werden unter diesem Posten Erstattungsansprüche an die Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG aus Rückdeckungsversicherungsverträgen erfasst. Es handelt sich um Rückdeckungsversicherungen im Zusammenhang mit Rentenzahlungsverpflichtungen. Für weitere Ausführungen wird auf Abschnitt D.3 verwiesen. Die Erstattungsansprüche werden unter Solvency II zum beizulegenden Zeitwert (Deckungskapital zuzüglich Überschussguthaben) bilanziert.

HGB:

Handelsrechtlich werden die Forderungen § 253 Abs. 1 HGB zu Nennwerten gegebenenfalls abzüglich Einzelwertberichtigungen bilanziert. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Die Erstattungsansprüche aus Rückdeckungsversicherungsverträgen werden in der Handelsbilanz nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB unter der Voraussetzung, dass die Rückdeckungsversicherungsverträge allen übrigen Gläubigern entzogen sind, als insolvenzgesichertes verpfändetes Deckungskapital mit den entsprechenden Rentenzahlungsverpflichtungen verrechnet. Die Bewertung der Erstattungsansprüche aus Rückdeckungsversicherungsverträgen erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, d. h. dem Deckungskapital zuzüglich Überschussguthaben. Für die Gegenüberstellung der Solvency II-Werte und der HGB-Werte werden die handelsrechtlich verrechneten Erstattungsansprüche aus Rückdeckungsversicherungsverträgen in die HGB-Werte umgegliedert. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	12.975	12.975	0

Solvency II:

Der Posten umfasst täglich fällige Guthaben bei Kreditinstituten und den Kassenbestand. Es handelt sich um kurzfristige hochliquide Finanzmittel, die jederzeit in bestimmte Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden können.

Die Solvency II-Werte entsprechen aufgrund der täglichen Fälligkeit der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente den handelsrechtlichen Werten. Aufgrund der guten Bonität der Kreditinstitute wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit nicht berücksichtigt.

HGB:

Handelsrechtlich werden die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks sowie der Kassenbestand nach § 253 Abs. 1 HGB zu Nennwerten bilanziert. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	600	600	0

Solvency II:

Grundsätzlich sind alle übrigen Vermögenswerte mit dem Marktwert oder dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, berichtigt um eine Ausfallwahrscheinlichkeit der Gegenpartei.

Dieser Posten beinhaltet sonstige Vorauszahlungen, die handelsrechtlich unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden, sowie Vorräte, deren handelsrechtlicher Ausweis unter dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ erfolgt.

Vorauszahlungen werden zeitanteilig berechnet und decken den Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag ab, an dem die entsprechende Leistung verdient oder fällig wird. Da es sich zum Bewertungsstichtag um einen Zeitraum unter einem Jahr handelt, erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen keine Diskontierung und somit entsprechen die anzusetzenden Werte den handelsrechtlichen Werten.

Die Vorräte (15 Tsd. Euro) werden in der Solvabilitätsübersicht mit ihren HGB-Buchwerten angesetzt. Dies ist aus Sicht der Mecklenburgischen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit angemessen.

HGB:

Handelsrechtlich werden die sonstigen Vorauszahlungen mit den Nennwerten bilanziert. Die Bewertung der Vorräte erfolgt nach § 253 Abs. 1 HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen, für die kein Marktwert zur Verfügung steht, bilden einen wesentlichen Teil der Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht. Unter Solvency II sind die versicherungstechnischen Rückstellungen der Schaden-/Unfallversicherung definiert als die Summe eines Besten Schätzwertes und einer Risikomarge. Der Beste Schätzwert entspricht dem wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitt künftiger Zahlungsströme („Cashflows“) unter Berücksichtigung des Zeitwertes des Geldes (erwarteter Barwert künftiger Zahlungsströme) und unter Verwendung der von EIOPA zum Bewertungsstichtag veröffentlichten maßgeblichen risikolosen Zinskurve. Das bedeutet, dass bei der Bewertung des Besten Schätzwertes auf Basis von Zahlungsströmen alle (zukünftigen) Mittelzu- und Mittelabflüsse aus bestehenden Versicherungsverträgen bzw. Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Der Beste Schätzwert setzt sich aus einem Besten Schätzwert für die Schaden- und die Prämienrückstellung zusammen, die jeweils separat gebildet werden. Dabei unterscheidet der Beste Schätzwert für die Schadenrückstellung den Besten Schätzwert für Verpflichtungen nach Art der Nichtlebensversicherung und den Besten Schätzwert für Verpflichtungen nach Art der Lebensversicherung.

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II erfolgt auf Basis homogener Risikogruppen, die bei der Mecklenburgischen auf der nach HGB verwendeten Reserve-Segmentierung basiert. Diese Segmentierung wird anschließend den Geschäftsbereichen nach Solvency II (siehe Abschnitt A.1.3) zugeordnet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Sparten Allgemeine Unfallversicherung und Kraftfahrzeug-Unfallversicherung werden unter dem Geschäftsbereich Einkommensersatzversicherung ausgewiesen, der, mit Ausnahme der anerkannten Rentenfälle, den Verpflichtungen aus Krankenversicherungen nach Art der Nichtlebensversicherung zugeordnet wird. Anerkannte Rentenfälle aus der Allgemeinen Haftpflichtversicherung, der Allgemeinen Unfallversicherung und der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (HUK-Renten) werden als Rückstellungen nach Art der Lebensversicherung unter den jeweiligen Geschäftsbereichen ausgewiesen.

Der Beste Schätzwert wird brutto berechnet, d. h. ohne Abzug der aus Rückversicherungsverträgen einforderbaren Beträge. Diese Beträge werden gesondert berechnet und abweichend zur Nettobetrachtung in der Handelsbilanz in der Solvabilitätsübersicht unter den Vermögenswerten ausgewiesen.

Zum 31.12.2020 weist die Gesellschaft für die Geschäftsbereiche folgende versicherungstechnische Rückstellungen (brutto) nach Solvency II und HGB aus. Der Beste Schätzwert der Schadenrückstellung (inklusive des Besten Schätzwertes für Lebensversicherungsverpflichtungen) und der Beste Schätzwert der Prämienrückstellung werden dabei unter dem Posten „Bester Schätzwert“ zusammengefasst. Die handelsrechtlich gebildeten Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen (75.953 Tsd. Euro), die handelsrechtlich gebildeten sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen (40.255 Tsd. Euro) sowie die Umgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern aus Beitragsvorauszahlungen (15.972 Tsd. Euro) werden in den HGB-Werten berücksichtigt.

Zusammensetzung der versicherungstechnischen Rückstellungen [in Tsd. Euro]						
Geschäftsbereich		Bester Schätzwert	Risikomarge	Rückstellung S II	Rückstellung HGB	Differenz
Einkommensersatz	2020	46.643	5.018	51.661	73.076	-21.415
	2019	41.364	4.409	45.773	71.933	-26.160
Kraftfahrzeughaftpflicht	2020	251.980	11.699	263.679	357.002	-93.323
	2019	238.641	9.659	248.300	341.919	-93.619
Sonstige Kraftfahrt	2020	16.298	9.525	25.823	54.002	-28.179
	2019	15.221	5.656	20.877	54.080	-33.203
Feuer- und andere Sach	2020	37.434	13.515	50.949	117.787	-66.838
	2019	38.097	12.543	50.640	115.558	-64.918
Allgemeine Haftpflicht	2020	19.775	3.537	23.312	69.391	-46.079
	2019	31.721	2.954	34.675	81.105	-46.430
Rechtsschutz	2020	25.211	2.818	28.029	62.783	-34.754
	2019	24.415	2.546	26.961	58.910	-31.949
Beistand	2020	340	99	439	1.011	-572
	2019	372	105	477	933	-456
Sonstige	2020	0	0	0	1.759	-1.759
	2019	0	0	0	1.784	-1.784
Gesamt	2020	397.681	46.211	443.892	736.811	-292.919
	2019	389.831	37.871	427.703	726.222	-298.519

Unter *Sonstige* werden die handelsrechtlich gebildeten Rückstellungen und Großrisikenrückstellungen für das bis 31.12.2009 in Rückdeckung genommene Pool-Geschäft ausgewiesen.

Zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen für Solvabilitätszwecke wurden folgende Annahmen getroffen:

Risikofreier Zins

Zur Abzinsung der berechneten künftigen Zahlungsströme wurde die von der EIOPA veröffentlichte risikolose Zinskurve zum 31.12.2020 verwendet.

Abwicklungsverhalten

Das verwendete aktuarielle Verfahren (vorwiegend Chain-Ladder-Verfahren) basiert im Wesentlichen auf Abwicklungsdreiecken der Zahlungs- und Kostenströme unter Annahme eines im Zeitablauf weitgehend stabilen Abwicklungsmusters.

Das Abwicklungsverhalten wird jährlich über eine Datenanalyse und eine Validierung in Zusammenarbeit mit der Versicherungsmathematischen Funktion überprüft. Nur wenn zukünftig ein signifikant anderes Abwicklungsverhalten erwartet wird, erfolgt eine Anpassung bei der Berechnung der Besten Schätzwerte. Gegebenenfalls werden zur Berechnung der Besten Schätzwerte andere mathematische Verfahren wie z. B. das Bornhuetter-Ferguson-, das Cape-Cod-, das additive Verfahren oder ein Mischverfahren verwendet.

Inflation

Über das verwendete aktuarielle Verfahren wird die in der Vergangenheit beobachtete Inflation berücksichtigt. Nur wenn zukünftig eine signifikant andere Entwicklung der Inflation erwartet wird, erfolgt eine Anpassung bei der Berechnung der Besten Schätzwerte.

Kosten für Kapitalanlage

Die Höhe der Kosten für Kapitalanlage wird auf Basis der Kosten der vergangenen fünf Jahre geschätzt.

Datenanalyse und Validierung

Um die Methoden und Annahmen zur Ermittlung der Besten Schätzwerte zu überprüfen beziehungsweise zu bestätigen, werden Datenanalysen und im Rahmen des Backtesting (Vergleich tatsächlicher Werte mit geschätzten Werten), Sensitivitätsanalysen, Trendanalysen sowie weitere Veränderungsanalysen durchgeführt. Diese Analysen dienen zur Identifikation der Ursachen für die Veränderung der Schätzungen der Endschadenstände nach Abwicklung im Zeitablauf sowie zur Beurteilung der Schätzung des Vorjahres.

Zu Vergleichszwecken und bei Bedarf werden neben dem Chain-Ladder-Verfahren weitere aktuarielle Verfahren, wie z. B. das Bornhuetter-Ferguson-, das Cape-Cod-, das additive Verfahren oder ein Mischverfahren, herangezogen.

Bester Schätzwert der Schadenrückstellungen

Bei der Bewertung der Schadenrückstellungen werden alle zukünftigen Zahlungs- und Kostenströme (direkte und indirekte Schadenregulierungskosten, Kapitalanlageverwaltungskosten) berücksichtigt, die aus Schäden resultieren, die vor dem Bewertungsstichtag eingetreten sind. Das heißt, die Zahlungsströme enthalten auch Schaden- und Kostenzahlungen für Schäden, die zum Bewertungsstichtag schon eingetreten, aber noch nicht gemeldet waren.

Zur Bestimmung der Besten Schätzwerte der Schadenrückstellungen vor Rückversicherung werden pro Sparte Zahlungs- und Aufwandsdreiecke erstellt und analysiert und mit einer anerkannten aktuariellen Methode (vorwiegend Chain-Ladder-Verfahren) auf einen nominalen Endschadenstand projiziert. Mit Hilfe der aus den Abwicklungsdreiecken bestimmten Abwicklungsfaktoren werden anschließend Auszahlungsmuster des geschätzten Gesamtaufwandes je Anfalljahr auf Basis historischer Auszahlungen berechnet. Die Diskontierung der so geschätzten zukünftigen Zahlungsströme erfolgt mit der maßgeblichen risikolosen Zinsstrukturkurve.

In der Allgemeinen Unfallversicherung werden bei der Aufstellung der Abwicklungsdreiecke Rentenverpflichtungen aus Schadenfällen im Verrentungsfall (Zuführung zur Deckungsrückstellung zum Zeitpunkt der Anerkennung) separiert. Sie werden gemäß Solvency II Regularien als aus Schaden-/Unfallgeschäft stammende Renten innerhalb des Besten Schätzwerts der Schadenrückstellung - Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung) ausgewiesen. Rentenverpflichtungen, die sich aus bereits bekannten Schadenfällen oder aus unbekanntem Schadenfällen noch entwickeln können, werden in Form von Einmalzahlungen in Höhe der geschätzten zukünftigen Verrentungsbarwerte im Zeitpunkt der Verrentung in separaten Abwicklungsdreiecken berücksichtigt.

In der Kraftfahrzeughaftpflicht- und in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung werden bei der Aufstellung der Abwicklungsdreiecke Rentenverpflichtungen aus Schadenfällen sowie Alt- und Großschäden separiert. Die Rentenverpflichtungen werden getrennt bewertet und gemäß Solvency II als aus Schaden-/Unfallgeschäft stammende Renten innerhalb des Besten Schätzwerts der Schadenrückstellung nach Art der Lebensversicherung ausgewiesen. Rentenverpflichtungen, die sich aus bereits bekannten Schadenfällen oder aus unbekanntem Schadenfällen noch entwickeln können, werden in Form von Einmalzahlungen in Höhe der geschätzten zukünftigen Verrentungsbarwerte im Zeitpunkt der Verrentung in den Abwicklungsdreiecken berücksichtigt. Alt- und Großschäden werden in Abstimmung mit der Versicherungsmathematischen Funktion mit speziellen Methoden separat bewertet und anschließend dem Besten Schätzwert der Schadenrückstellung hinzugerechnet.

In der Feuerversicherung werden Großschäden bei der Aufstellung der Abwicklungsdreiecke separiert und in Abstimmung mit der Versicherungsmathematischen Funktion mit speziellen Methoden separat bewertet und anschließend dem Besten Schätzwert der Schadenrückstellung hinzugerechnet.

Bester Schätzwert der Rückstellung nach Art der Lebensversicherung

Als Basis zur Schätzung der zukünftigen Zahlungsströme aus anerkannten Rentenverpflichtungen aus Schadenfällen in den Sparten Allgemeine Haftpflicht-, Allgemeine Unfall- und Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung (HUK-Renten) dient eine aktuarielle Barwertberechnung des einzelnen anerkannten Rentenfalls unter Einbeziehung seiner biometrischen Risiken. Zur Bewertung der einzelnen Rentenfälle wird die DAV 2006 HUR Grundtafel mit Altersverschiebung ohne Sicherheitsabschläge (2. Ordnung) verwendet. Dabei werden pro Rentenfall indirekte Schadenregulierungskosten unter Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen Kostenentwicklungen berücksichtigt. Die Diskontierung der geschätzten zukünftigen Zahlungsströme erfolgt mit der maßgeblichen risikolosen Zinskurve.

Bester Schätzwert der Prämienrückstellung

Die Prämienrückstellung ist eine Rückstellung für noch nicht eingetretene Schäden aus bereits gezeichneten Versicherungsverträgen. Daher werden hier alle diskontierten (zukünftigen) Prämien-, Schaden- und Kostenzahlungsströme aus dem gezeichneten und zum Bewertungsstichtag in Haftung befindlichen Geschäft betrachtet. Die Prämienrückstellungen ergeben sich dann als Summe der mit der maßgeblichen risikolosen Zinsstrukturkurve diskontierten zukünftigen Schäden und Kosten abzüglich der diskontierten zukünftigen Prämien aus am Bewertungsstichtag bestehenden Verträgen.

Die zukünftigen Prämien werden über die jeweilige Restlaufzeit der am Bewertungsstichtag bestehenden Verträge geschätzt. Bei der Schätzung der zukünftigen Prämien wird eine angemessene Stornoquote auf Basis von Vergangenheitsbeobachtungen berücksichtigt.

D.2.2 Vereinfachte Bewertung

In jungen Sparten im Geschäftsbereich der Feuer- und andere Sachversicherung werden aufgrund fehlender Abwicklungserfahrungen die nach handelsrechtlichen Vorschriften gestellten Einzelschadenreserven (861 Tsd. Euro) als Beste Schätzwerte verwendet. Es handelt sich dabei um die Maschinenversicherungen, die nach HGB unter den technischen Versicherungen ausgewiesen werden.

Darüber hinaus werden offene Altschäden, die älter als die maximale Länge der Schadendreiecke sind, mit ihrem HGB-Wert angesetzt.

Unter der Allgemeinen Haftpflichtversicherung werden die Schadenreserven aus dem bis 31.12.2009 übernommenen proportionalen Haftpflichtgeschäft mit ihren HGB-Werten ausgewiesen (98 Tsd. Euro).

Den Anteil der handelsrechtlichen Einzelschadenreserven am ausgewiesenen Besten Schätzwert der Schadenrückstellungen ist nachfolgender Aufstellung zu entnehmen:

Anteil der handelsrechtlichen Einzelschadenreserve am Besten Schätzwert [in Tsd. Euro]		
Geschäftsbereich	2020	2019
Einkommensersatz	67	79
Kraftfahrzeughaftpflicht	0	0
Sonstige Kraftfahrt	-12	-14
Feuer- und andere Sach	861	609
Allgemeine Haftpflicht	98	123
Rechtsschutz	24	22
Gesamt	1.038	819
Anteil am Besten Schätzwert der Schadenrückstellung gesamt [in %]	0,26	0,21

Die Risikomarge wurde gemäß Art. 37 DVO mit Hilfe des Kapitalkostenansatzes unter Berücksichtigung eines Kapitalkostenansatzes ermittelt. Für die Berechnung der Risikomarge verwendet die Mecklenburgische die Vereinfachung der Methode 1 der Leitlinie 62 der EIOPA „Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen“ (EIOPA-BoS-14/166):

Für die Berechnung der Risikomarge ist es notwendig, die aus den Risikomodulen *versicherungstechnisches Risiko*, *operationelles Risiko* und *Ausfallrisiko* bestehende Kapitalanforderung in die Zukunft zu projizieren. Das unvermeidbare Marktrisiko wird bei der Berechnung der Risikomarge gleich Null gesetzt. Die zukünftige Kapitalanforderung wird dabei für jedes der oben genannten Risikomodule auf Basis ihrer einzelnen Teilrisikomodule projiziert. Dafür müssen zunächst die treibenden Größen hinter den Risiken bzw. Teilrisiken identifiziert werden. Hierbei handelt es sich meistens um den Prämienbarwert oder die Best Estimate-Rückstellung. Danach erfolgen eine Aggregation der Kapitalanforderungen aus den Teilrisiken, Abzinsung der einzelnen Kapitalanforderungen mit der EURO-Zinskurve zum 31.12.2020 sowie anschließend die Addition der abgezinsten Kapitalanforderungen zu einer Gesamtkapitalanforderung. Die Gesamtrisikomarge ergibt sich dann als Kapitalkosten der Gesamtkapitalanforderung, wobei der Kapitalkostenansatz derzeit 6 % beträgt.

D.2.3 Grad der Unsicherheit

Die Ermittlung des Besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Sie resultiert im Wesentlichen aus dem Modellierungs-, Prognose- sowie aus dem Änderungsrisiko.

Das Modellierungsrisiko besteht überwiegend aus der fehlerhaften Ermittlung des Besten Schätzwertes infolge der Auswahl ungeeigneter statistischer und aktuarieller Verfahren. Mit Hilfe der angewendeten Verfahren wird versucht, Schadengesetzmäßigkeiten zu identifizieren. Auf diese Weise bestimmte Gesetzmäßigkeiten bilden anschließend die Basis für die Berechnung des erwarteten Schadenbedarfs. Werden die tatsächlich vorliegenden Schadengesetzmäßigkeiten fehlerhaft oder unvollständig durch die angewendeten Verfahren abgebildet, kann der erwartete Schadenbedarf abweichen. Durch durchgeführte Datenanalysen und Validierungsprozesse (Vergleich von Schätz- und Erfahrungswerten, Sensitivitätsanalysen, Verwendung anderer aktuarieller Verfahren zu Vergleichszwecken) in Zusammenarbeit mit der Versicherungsmathematischen Funktion wird die Unsicherheit aus dem Bereich des Modellierungsrisikos reduziert. Die Qualität der durchgeführten Analysen und Validierungen ist dabei davon abhängig, ob Daten mit ausreichender Historie und Qualität vorliegen.

Für den Versicherungsbestand der Mecklenburgischen ergibt sich der Grad der Unsicherheit insbesondere aus der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Sparten mit langabwickelndem Geschäft, das zudem eine erhöhte Großschadenneigung und damit Volatilität aufweist. Der Anteil des langabwickelnden Geschäfts an den gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen zum Bilanzstichtag beträgt ca. 77 %, davon Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung ca. 66 % und Allgemeine Haftpflichtversicherung ca. 11 %. Für diese Geschäftsbereiche liegen umfangreiche Daten in entsprechender Qualität vor, sodass die durchgeführten Analysen in Zusammenarbeit mit der Versicherungsmathematischen Funktion aussagekräftig sind.

Das Prognoserisiko umfasst sowohl die statistische Fehleinschätzung des Besten Schätzwertes der Schaden- bzw. der Prämienrückstellung auf Basis der Schadenhistorie als auch die zufallsbedingten Schwankungen der tatsächlichen zukünftigen Verpflichtungen durch beispielsweise zusätzliche Schadenbelastungen aus zufällig auftretenden Groß- oder Kumulschäden. Das Prognoserisiko entspricht dem Reserve- bzw. dem Prämienrisiko unter Solvency II und wird bei der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung berücksichtigt.

Eine weitere Unsicherheit bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen ergibt sich aus dem Änderungsrisiko. Die verwendeten aktuariellen Verfahren zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II projizieren die in der Vergangenheit liegenden Schadengesetzmäßigkeiten in die Zukunft. Der ermittelte Schadenbedarf

kann jedoch zeitlichen Veränderungen bzw. Trends unterliegen. Gründe für Änderungen können wirtschaftlicher (z. B. Inflation), gesellschaftlicher (z. B. steigende Kriminalität), technischer (z. B. verbesserte Kfz-Sicherheitssysteme, medizinisch-technischer Fortschritt) oder rechtlicher Natur (z. B. Ausweitung des Haftungsrechts) sein.

Ergebnisse aus Datenanalysen und identifizierte Veränderungen bzw. Trends fließen in die Berechnung des Besten Schätzwertes ein.

D.2.4 Erläuterung wesentlicher Unterschiede zu HGB

Zum Bewertungsstichtag setzen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB vor Rückversicherung (brutto) wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen nach HGB		
[in Tsd. Euro]	2020	2019
Beitragsüberträge	48.744	46.877
Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schadenreserven)	517.792	527.566
Deckungsrückstellung	38.095	32.827
Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen	75.953	64.595
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	40.255	39.402
Gesamt (brutto)	736.811	711.267

Im Folgenden werden anhand eines Vergleichs der Prämien- und Schadenrückstellung mit korrespondierenden Rückstellungen nach HGB die wesentlichen Abweichungen in den Bewertungen erläutert.

Den Prämienrückstellungen nach Solvency II werden dabei die unter HGB bilanzierten Beitragsüberträge gegenübergestellt, der Schadenrückstellung nach Solvency II entspricht die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Rückstellungen für Rentenverpflichtungen aus Schadenfällen (Deckungsrückstellungen) werden nach HGB als Teil der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesen.

Eine der Risikomarge entsprechende Rückstellung findet sich unter HGB nicht. Das Risiko zukünftiger Schwankungen um einen Besten Schätzwert wird unter HGB implizit durch vorsichtige Rechnungsgrundlagen sowie eine vorsichtige Reservierung berücksichtigt.

Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie sonstige versicherungstechnische Rückstellungen werden unter Solvency II aufgelöst und den Eigenmitteln zugerechnet.

Folgende Tabelle stellt die Rückstellungen nach Solvency II und HGB gegenüber:

Versicherungstechnische Rückstellungen nach S II und HGB						
[in Tsd. Euro]	2020			2019		
	S II	HGB	Differenz	S II	HGB	Differenz
Prämienrückstellung gesamt	-286	64.716	-65.002	3.007	46.877	-43.870
Schadenrückstellung nach Art der Nichtlebensversicherung gesamt	354.942	517.792	-162.850	349.324	527.565	-178.241
Schadenrückstellung nach Art der Lebensversicherung	43.025	38.095	4.930	37.500	32.827	4.673
Risikomarge nach Art der Nichtlebensversicherung gesamt	45.648	0	45.648	37.449	0	37.449
Risikomarge nach Art der Lebensversicherung gesamt	563	0	563	423	0	423
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0	116.208	-116.208	0	103.998	-103.998
Gesamt	443.892	736.811	-292.919	427.703	711.267	-283.564

Im Unterschied zu den Prämienrückstellungen nach Solvency II entsprechen die Beitragsüberträge lediglich den zeitanteiligen unverdienten Prämien (siehe auch § 341e Abs. 2 Nr. 1 HGB). Mit den zeitanteiligen unverdienten Prämien verbundene zukünftige Aufwände und zukünftige Prämienzahlungen und damit verbundene Aufwände werden in Beitragsüberträgen nicht berücksichtigt. Die Prämienrückstellungen werden zudem mit der maßgeblichen risikolosen Zinskurve diskontiert. Zusätzlich werden durch die Bewertung des Besten Schätzwertes der Prämienrückstellung bei einer Schaden-/Kostenquote unter 100 % implizit Abwicklungsgewinne in die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen mit einbezogen. Die Bewertung nach HGB beruht auf dem Realisationsprinzip, wonach nur bereits realisierte Gewinne bilanziert werden dürfen.

Wesentlicher Unterschied in der Bewertung der Schadenrückstellungen ist eine das Vorsichtsprinzip berücksichtigende Reservierungspolitik unter HGB. Handelsrechtlich wird die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für jeden Schadenfall einzeln ermittelt, indem von der Schadenabteilung eine vorsichtige Reserve gestellt wird. Für Spätschäden werden nach den Erfahrungen der Vorjahre entsprechende Reserven hinzugerechnet. Der Beste Schätzwert der Schadenrückstellung nach Solvency II umfasst die wahrscheinlichkeitsgewichtete Schätzung der zukünftigen Zahlungsströme für eine homogene Risikogruppe bzw. für einen Geschäftsbereich bis zum Schadenende. Implizite oder explizite Sicherheitszuschläge werden beim Ansatz ökonomischer Werte nicht berücksichtigt. Zudem werden die Zeitwerte der geschätzten Schadenzahlungsströme mit der maßgeblichen risikofreien Zinskurve diskontiert. Handelsrechtlich erfolgt, mit Ausnahme der Rentendeckungsrückstellungen, keine Abzinsung der Schadenrückstellungen. Der Beste Schätzwert wird daher in der Regel unterhalb des HGB-Werts liegen.

Bei den Rentenverpflichtungen (HUK-Renten) beruhen die Bewertungsunterschiede auf den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen und Zinssätzen, die bei der Diskontierung verwendet werden. Während für die Bewertung der einzelnen Rentenfälle für Solvabilitätszwecke zum Bewertungsstichtag die DAV 2006 HUR Grundtafel mit Altersverschiebung ohne Sicherheitsabschläge (2. Ordnung) verwendet wird, erfolgt die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Rentenfälle auf der Sterbetafel DAV 2006 HUR Grundtafel mit Altersverschiebung und Sicherheitsabschlägen (1. Ordnung). Dieser Unterschied führt in einem ersten Schritt zu einer höheren Bewertung der handelsrechtlichen Rentenzahlungsverpflichtungen. Die Abzinsung Rückstellung für Rentenverpflichtungen nach Solvency II erfolgt mit der vorgegebenen risikolosen Zinskurve. Unter HGB wird die Rückstellung im Zeitpunkt der Verrentung mit dem jeweils gültigen Höchstrechnungszins abgezinst. Aufgrund des derzeitigen geringen Zinsniveaus liegt der handelsrecht-

lich verwendete Höchstrechnungsziens in der Regel über dem risikolosen Zins nach Solvency II, sodass die Bewertung nach Solvency II die HGB-Werte übersteigt.

Für die versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II und HGB ergibt sich insgesamt ein Bewertungsunterschied von 292.919 Tsd. Euro. In der nachfolgenden Tabelle wird eine Überleitung nach HGB (brutto) auf Solvency II (brutto) dargestellt:

Überleitung versicherungstechnische Rückstellungen HGB und S II		
[in Tsd. Euro]	2020	2019
Versicherungstechnische Rückstellungen HGB (brutto)	736.811	711.267
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	-75.953	-64.595
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-40.255	-39.402
Effekt aus dem Übergang auf die Bewertung nach S II	-214.480	-190.444
Diskontierung nach S II mit der maßgeblichen risikolosen Zinskurve	-8.442	-26.994
Risikomarge nach S II	46.211	37.871
Bewertungsunterschiede HGB und S II gesamt	-292.919	-283.564
Versicherungstechnische Rückstellungen nach S II (brutto)	443.892	427.703

Heruntergebrochen auf die Geschäftsbereiche nach Solvency II ergibt sich folgendes Bild:

Versicherungstechnische (vt.) Rückstellungen nach Geschäftsbereichen [in Tsd. Euro]							
Geschäftsbereich		Vt. Rückstellungen nach HGB	Sonstige vt. Rückstellungen	Effekt aus der Bewertung nach S II	Effekt aus der Diskontierung	Risikomarge	Vt. Rückstellungen nach S II
Einkommensersatz	2020	73.076	-29	-18.105	-8.299	5.018	51.661
	2019	71.933	-25	-18.649	-11.895	4.409	45.773
Kraftfahrzeughaftpflicht	2020	357.002	-21.770	-81.900	-1.352	11.699	263.679
	2019	341.919	-14.522	-73.937	-14.819	9.658	248.298
Sonstige Kraftfahrt	2020	54.002	-32.392	-5.423	111	9.525	25.823
	2019	54.080	-31.735	-7.190	66	5.656	20.877
Feuer- und andere Sach	2020	117.787	-54.730	-26.121	498	13.515	50.949
	2019	115.558	-50.764	-26.945	249	12.543	50.641
Allgemeine Haftpflicht	2020	69.391	-36	-49.664	84	3.537	23.312
	2019	81.105	-30	-48.660	-694	2.954	34.675
Rechtsschutz	2020	62.783	-5.032	-33.054	514	2.818	28.029
	2019	58.910	-4.830	-29.762	97	2.546	26.961
Beistand	2020	1.011	-559	-114	2	99	439
	2019	933	-431	-131	1	105	477
Sonstige	2020	1.759	-1.660	-99	0	0	0
	2019	1.784	-1.660	-124	0	0	0
Gesamt	2020	736.811	-116.208	-214.480	-8.442	46.211	443.892
	2019	726.222	-103.997	-205.398	-26.995	37.871	427.703

D.2.5 Matching-Anpassung, Volatilitätsanpassung und Übergangsmaßnahmen

Die Mecklenburgische wendet bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II keine

- Matching-Anpassung gemäß § 80 VAG,
- Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG,
- Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen gemäß § 351 VAG,
- Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß § 352 VAG

an.

D.2.6 Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Zum 31.12.2020 weist die Mecklenburgische unter den Vermögenswerten die folgenden Rückversicherungsanteile in den versicherungstechnischen Rückstellungen aus:

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen [in Tsd. Euro]						
Geschäftsbereich	2020			2019		
	S II	HGB	Differenz	SII	HGB	Differenz
Einkommensersatz	17.368	26.467	-9.099	13.756	24.196	-10.440
Kraftfahrzeughaftpflicht	112.044	138.111	-26.067	101.522	132.335	-30.813
Sonstige Kraftfahrt	4.415	5.781	-1.366	4.364	6.177	-1.813
Feuer- und andere Sach	10.621	17.409	-6.788	12.053	19.888	-7.835
Allgemeine Haftpflicht	17.330	30.795	-13.465	23.783	36.458	-12.675
Rechtsschutz	30	82	-52	54	100	-46
Beistand	0	0	0	0	0	0
Gesamt	161.808	218.645	-56.837	155.532	219.154	-63.622

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen wurden unter der Annahme der Fortführung des aktuellen Rückversicherungsprogramms ermittelt. Sie resultieren aus der Differenz zwischen den Brutto- und Nettorückstellungen. Bei den Schadenrückstellungen werden die Brutto- und Nettorückstellungen ermittelt, indem die Zahlungsdreiecke ebenfalls auf Brutto- und Nettobasis erhoben werden. Bei den Prämienrückstellungen ergibt sich die Differenz aus den geschätzten Brutto- und Nettoprämienrückstellungen.

In der Schadenrückstellung entsprechen die Beträge dem diskontierten Erwartungswert der Ausgleichszahlungen, die von den Rückversicherern in Bezug auf eingetretene Schäden eingefordert werden können.

In der Prämienrückstellung sind neben den erwarteten Zahlungen der Rückversicherer in Bezug auf die zukünftigen Schäden auch noch zu leistenden Rückversicherungsprämien sowie die Rückversicherungsprovision auf Basis der aktuellen Rückversicherungsverträge berücksichtigt.

Der erwartete Ausfall der Rückversicherer in den Rückversicherungsanteilen wurde in Höhe von 109 Tsd. Euro berücksichtigt.

D.2.7 Veränderungen im Berichtsjahr

Im Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen der Annahmen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Im folgenden Abschnitt werden die sonstigen Verbindlichkeiten der Mecklenburgischen dargestellt und die Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen, auf die sich das Unternehmen bei der Bewertung für Solvabilitätszwecke stützt, erläutert.

Nach HGB werden Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei Verbindlichkeiten ist dies in der Regel der Rückzahlungsbetrag. Die Bewertung von Rückstellungen erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Dabei sind je nach erwarteter zeitlicher Inanspruchnahme Preis- und Kostensteigerungen zu berücksichtigen sowie eine Abzinsung vorzunehmen.

Zur Bewertung der Verbindlichkeiten wird die in Abschnitt D beschriebene Bewertungshierarchie angewendet. Da für die Verbindlichkeiten der Mecklenburgischen kein aktiver Markt vorliegt, wird der beizulegende Zeitwert mit alternativen Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei erfolgt die Bewertung der Rückstellungen gemäß IFRS in Höhe derjenigen Aufwendungen, die nötig wären, um die zum Bewertungsstichtag bestehende Verpflichtung abzugelten. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der bestmöglichen Schätzung.

Bei der Bewertung von Verbindlichkeiten wird grundsätzlich keine Berichtigung aufgrund der Berücksichtigung der Bonität der Mecklenburgischen vorgenommen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die sonstigen Verbindlichkeiten mit ihren Wertansätzen in der Solvabilitätsübersicht und stellt die für Vergleichszwecke umgegliederten Posten nach HGB gegenüber.

Sonstige Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]			
	S II	HGB	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	36.369	35.163	1.206
Rentenzahlungsverpflichtungen	132.867	92.936	39.931
Latente Steuerschulden	18.158	0	18.158
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	11.079	11.079	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	10.147	10.147	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	97	97	0
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	208.717	149.422	59.295

Zum Stichtag verfügte die Mecklenburgische nicht über

- Eventualverbindlichkeiten,
- Depotverbindlichkeiten aus Einlagen von Rückversicherern,
- Derivate,
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
- finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
- Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern sowie
- nachrangige Verbindlichkeiten.

Aus diesem Grund werden sie in den folgenden Abschnitten nicht kommentiert.

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	36.369	35.163	1.206

Solvency II:

Ausgewiesen werden Steuerrückstellungen, Rückstellungen für Ergebnisbeteiligung und Altersversorgung der Agenturen, Rückstellungen für Ausgleichsansprüche gem. § 89b HGB, Rückstellungen für Archivierung von Geschäftsunterlagen, sonstige Rückstellungen sowie Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer. Die Rückstellungen werden in den folgenden Übersichten dargestellt.

Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer [in Tsd. Euro]			
	S II	HGB	Differenz
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen	1.020	1.020	0
Rückstellung für nicht fällige Gehälter	1.448	1.447	1
Rückstellung für Jubiläumzahlungen	1.957	1.777	180
Rückstellung für sonstige Personalaufwendungen	944	944	0
Gesamt	5.369	5.188	181

Für die Bewertung der Rückstellung für Jubiläumzahlungen wurde zum 31.12.2020 versicherungsmathematische Gutachten nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ von einem externen Gutachter erstellt. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode), das unter Abschnitt D.4 erläutert wird. Die verwendeten Rechnungsgrundlagen und Annahmen zur Bewertung der Rückstellung werden in der nachfolgenden Tabelle aufgezeigt.

Rechnungsgrundlagen und -annahmen	Rückstellung für Jubiläumzahlungen
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Richttafeln 2018 G von Heubeck
Rechnungszins	0,60%
Gehaltstrend	3,70%
Fluktuationswahrscheinlichkeit (durchschnittlich)	5,70%

Die übrigen Rückstellungen für kurzfristige Leistungen an Arbeitnehmer und die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten sonstigen Rückstellungen sind bezüglich ihrer Höhe und ihrer Fälligkeit ungewiss. Sie werden nach IAS 37 in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags auf Basis der bestmöglichen Schätzung bewertet. Rückstellungen mit einer Laufzeit von einem oder mehreren Jahren werden mit dem marktwertnahen Zins diskontiert (siehe Abschnitt D.4).

Sonstige Rückstellungen			
[in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Steuerrückstellungen	12.150	11.832	318
Rückstellung für Ergebnisbeteiligung der Agenturen	5.088	5.088	0
Rückstellung für die Altersversorgung der Agenturen	10.560	9.908	652
Rückstellung für Ausgleichsansprüche gem. § 89b HGB	812	812	0
Rückstellung für Archivierung von Geschäftsunterlagen	1.321	1.266	55
verschiedene Rückstellungen	1.069	1.069	0
Gesamt	31.000	29.975	1.025

HGB:

Handelsrechtlich werden die sonstigen Rückstellungen mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt (§ 253 Abs. 1 HGB). Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank veröffentlichten 7-Jahres-Durchschnittszinssatz von 1,60 % abgezinst.

Für die Bewertung der Rückstellung für Jubiläumzahlungen wurde ebenfalls ein externes Gutachten erstellt. Auch hier erfolgte die Bewertung auf Grundlage der Richttafeln 2018 G von Heubeck mittels Anwartschaftsbarwertverfahren. Mit Ausnahme des Diskontierungszinssatzes wurden der Bewertung dabei dieselben Trendannahmen zugrunde gelegt wie für die Bewertung für Solvabilitätszwecke. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Bundesbank veröffentlichten 7-Jahres-Durchschnittszinssatz.

Die Bewertungsdifferenzen zwischen Solvency II und HGB ergeben sich aufgrund der Anwendung unterschiedlicher Diskontierungssätze. Für die Abzinsung der langfristigen Rückstellungen wird der für Solvabilitätszwecke maßgebliche marktwertnahe Zinssatz von 0,60 % verwendet, wodurch sich ein höherer Wertansatz der bewerteten langfristigen Rückstellungen ergibt.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Rentenzahlungsverpflichtungen	132.867	92.936	39.931

Solvency II:

Bei Rentenzahlungsverpflichtungen unterscheidet IAS 19 zwischen beitragsorientierten oder leistungsorientierten Pensionszusagen. Bei beitragsorientierten Pensionszusagen ist der Arbeitgeber nur zur Leistung von eindeutig festgelegten Beiträgen verpflichtet. Eine schlechte Entwicklung der sich dabei aufbauenden Kapitalbasis darf zu keiner über die geleisteten Beträge hinausgehende Verpflichtung oder zur Nachschusspflicht des Arbeitgebers führen.

Leistungsorientierte Pensionszusagen bilden im Gegenzug alle Zusagen, die nicht als beitragsorientierte Zusagen eingestuft werden können. Die Gesellschaft verpflichtet sich selbst gegenüber dem Arbeitnehmer, künftige Pensionsleistungen zu erbringen, welche in der Regel in Relation zu den Dienstjahren und/oder der Gehaltshöhe stehen. Der Arbeitgeber ist für die Bereitstellung ausreichender Mittel verantwortlich und trägt sämtliches Risiko für den Fall, dass Zahlungsverpflichtungen höher als erwartet ausfallen.

Die Mecklenburgische erteilt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beitrags- oder leistungsorientierte Pensionszusagen. Art und Höhe der Pensionszusagen richten sich nach der jeweiligen Versorgungsordnung. Zusätzlich bestehen Pensionszusagen aus dem Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf Entgeltumwandlung.

Für die Bewertung der leistungsorientierten Rentenzahlungsverpflichtungen wurden zum 31.12.2020 versicherungsmathematische Gutachten nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ von einem externen Gutachter erstellt.

Die Bewertung der leistungsorientierten Rentenzahlungsverpflichtungen erfolgt gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode), das unter Abschnitt D.4 näher erläutert wird. Es werden dabei nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Anwartschaften bewertet, sondern es wird auch ihre zukünftige Entwicklung berücksichtigt. Die verwendeten Rechnungsgrundlagen und –annahmen zur Bewertung der leistungsorientierten Rentenzahlungsverpflichtungen werden in der nachfolgenden Tabelle aufgezeigt:

Rechnungsgrundlagen und Annahmen	
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Richttafeln 2018 G von Heubeck
Rechnungszins	0,60 %
Gehaltstrend	3,50 %-5,00 %
Rententrend	2,50 %
Fluktuationswahrscheinlichkeit (durchschnittlich)	5,70 %

Für Neueintritte ab 1. Januar 2016 erfolgt die Versorgung nach der Versorgungsordnung 2016 über beitragsorientierte Leistungszusagen, die über Rückdeckungsversicherungen bei der Mecklenburgischen Lebensversicherungs-AG, Hannover, finanziert werden. Der beizulegende Zeitwert der Leistungszusagen bemisst sich hier nach dem Deckungskapital zuzüglich Überschussguthaben der Rückdeckungsversicherungen.

Die Finanzierung der leistungsorientierten Rentenzahlungsverpflichtungen erfolgt über Pensionsrückstellungen, die der Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung über Rückdeckungsversicherungen bei der Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG, Hannover.

Dürfen die Rückdeckungsversicherungen ausschließlich zur Erfüllung der erteilten Pensionsversprechen verwendet werden und sind sie dem Zugriff etwaiger Gläubiger entzogen, handelt es sich nach IAS 19 um Planvermögen, das mit den Rentenzahlungsverpflichtungen verrechnet werden darf. Das Planvermögen wird dabei mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, in diesem Falle mit dem Deckungskapital zuzüglich Überschussguthaben der Rückdeckungsversicherungen. Da bei der Mecklenburgischen die Voraussetzungen für saldierungsfähiges Planvermögen nach IAS 19.8 nicht gegeben sind, entspricht der Ausweis der Rentenzahlungsverpflichtungen für Solvency II-Zwecke dem vollen ermittelten Verpflichtungswert.

HGB:

Für die Bewertung nach HGB wurden ebenfalls externe Gutachten erstellt. Auch hier erfolgt die Bewertung auf Grundlage der Richttafeln 2018 G von Heubeck mittels Anwartschaftsbarwertverfahren. Mit Ausnahme des Diskontierungszinssatzes werden bei der Bewertung der leistungsorientierten Pensionszusagen dieselben Trendannahmen zugrunde gelegt wie für die Bewertung für Solvabilitätszwecke.

Rechnungsgrundlagen und Annahmen	
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Richttafeln 2018 G von Heubeck
Rechnungszins	2,30 %
Gehaltstrend	3,50 %-5,00 %
Rententrend	2,50 %
Fluktuationswahrscheinlichkeit (durchschnittlich)	5,70 %

Bei dem zugrunde gelegten Rechnungszins von 2,30 % handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Geschäftsjahre mit einer nach § 253 Absatz 2 HGB aus Vereinfachungsgründen angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren.

Da die Rückdeckungsversicherungen bei der Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen sind, werden sie nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Verpflichtungen aus den durch sie gedeckten Pensionszusagen verrechnet. Da der Wert der Rentenzahlungsverpflichtungen aus den Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung höher ist als das Deckungskapital zzgl. Überschussguthaben der Rückdeckungsversicherungen, wird der übersteigende Betrag als Pensionsrückstellung bilanziert.

Für die Gegenüberstellung der Solvency II-Werte und der HGB-Werte werden die handelsrechtlich verrechneten Erstattungsansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen bei der Mecklenburgische Lebensversicherungs-AG in die HGB-Werte unter dem Posten „Forderungen (Handel, nicht Versicherungen)“ unter Abschnitt D.1 ausgewiesen.

Die Differenz zwischen HGB und Solvency II resultiert aus den unterschiedlichen Zinssätzen bei der Diskontierung. Für Solvabilitätszwecke wird ein marktwertnaher stichtagsbezogener Zins angesetzt, der unter dem handelsrechtlich verwendeten 10-Jahres-Durchschnittszinssatz liegt, wodurch sich ein höherer Wertansatz der bewerteten Rentenzahlungsverpflichtungen ergibt.

Insgesamt ergeben sich aus den Rückstellungen aus Leistungen für Arbeitnehmer die unter dem Posten „Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen“ ausgewiesen werden und den Rentenzahlungsverpflichtungen zum Bewertungsstichtag folgende Beträge für Leistungen an Arbeitnehmer:

Leistungen an Arbeitnehmer [in Tsd. Euro]			
	S II	HGB	Differenz
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen			
Rückstellung für Jubiläumzahlungen	1.957	1.777	180
Sonstige Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	3.412	3.411	1
Zwischensumme	5.369	5.188	181
Rentenzahlungsverpflichtungen			
Verpflichtungswert	132.867	92.936	39.931
Planvermögen	-	1.565*)	
Zwischensumme	132.867	92.936	39.931
Gesamt	138.236	98.124	40.112

*) Umgliederung des HGB-Wertes unter den Posten „Forderungen (Handel, nicht Versicherung)“ (Abschnitt D.1)

Latente Steuerschulden

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Latente Steuerschulden	18.158	0	18.158

Solvency II:

Die Grundlage für die Ermittlung der latenten Steuern unter Solvency II ist Art. 15 i. V. m. Art. 9 DVO. Für den Ansatz und die Bewertung von latenten Steuerschulden unter Solvency II werden die Vorschriften der internationalen Rechnungslegung IAS 12 angewendet. Latente Steueransprüche bzw. latente Steuerschulden werden dann bilanziert, wenn in der Solvabilitätsübersicht Vermögenswerte mit einem niedrigeren bzw. höheren oder Rückstellungen und Verbindlichkeiten mit einem höheren bzw. niedrigeren Wert angesetzt werden als in der Steuerbilanz der Gesellschaft und sich diese Differenzen in der Zukunft mit steuerlicher Wirkung wieder ausgleichen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen werden bilanzpostenbezogen ermittelt durch Gegenüberstellung jedes einzelnen in der Solvabilitätsübersicht ausgewiesenen Vermögenswerts bzw. jeder einzelnen Schuld und dem für steuerliche Zwecke anzusetzenden Wert.

Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften des maßgeblichen Steuerrechts mit dem zum Bewertungsstichtag anwendbaren unternehmensindividuellen Steuersatz (Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer). Es werden die Steuersätze verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind. Für die Berechnung der Steuerlatenzen zum 31.12.2020 wird der am Stichtag geltende Gesamtsteuersatz von 32,33 % verwendet. Für steuerliche Sondersachverhalte werden abweichende Steuersätze berücksichtigt. Der Ausweis der latenten Steueransprüche und der latenten Steuer-

schulden erfolgt gemäß den Vorschriften des IAS 12 brutto. Eine Diskontierung ist nach Aufsichtsrecht ebenso wie nach HGB nicht erlaubt.

Zwischen der Mecklenburgischen als Organträgerin und der Mecklenburgische Krankenversicherungs-AG als Organgesellschaft bestehen steuerliche Umlageverträge. Infolgedessen werden die latenten Steuern der Mecklenburgische Krankenversicherungs-AG zulässigerweise auf Ebene des Tochterunternehmens abgebildet. Die Prüfung der Werthaltigkeit latenter Steueransprüche hat ebenfalls auf Ebene des Tochterunternehmens zu erfolgen.

Die Bilanzierung latenter Steueransprüche erfolgt nur, soweit diese werthaltig sind. Latenter Steueransprüche des jeweiligen Jahres werden bis zu Höhe bestehender passiver latenter Steuern desselben Jahres als werthaltig betrachtet, soweit steuerpflichtige temporäre Differenzen bestehen, die sich erwartungsgemäß im gleichen Zeitraum auflösen werden wie die abziehbaren temporären Differenzen. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern nur bilanziert, wenn durch Planungsrechnung nachgewiesen werden kann, dass zukünftig zu versteuernde Einkommen in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen werden.

Zum 31.12.2020 wurden latente Steuerschulden in Höhe von 77.274 Tsd. Euro und latente Steueransprüche in Höhe von 59.116 Tsd. Euro ermittelt. Die zum Bewertungsstichtag ermittelten latenten Steueransprüche sind zu 100 % werthaltig, da ausreichend latente Steuerschulden zur Verrechnung vorhanden sind. Die Verrechnung der latenten Steuern führt zu einem Überschuss der latenten Steuerschulden in Höhe von 18.158 Tsd. Euro, der zum Bewertungsstichtag saldiert als Verbindlichkeit gezeigt wird.

Die latenten Steueransprüche und Steuerschulden ergeben sich im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei folgenden Bilanzposten:

Latente Steueransprüche	Latente Steuerschulden
Bilanzposten	Bilanzposten
- Immaterielle Vermögensgegenstände	- Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf
- Organismen für gemeinsame Anlagen	- Immobilien (außer zur Eigennutzung)
- Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	- Anleihen (Staats- und Unternehmensanleihen)
- Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung	- Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
- Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	
- Rentenzahlungsverpflichtungen	

HGB:

Nach § 274 Abs. 1 Satz 1 HGB müssen latente Steuerschulden auf den Wertunterschied zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten passiviert werden. In der Handelsbilanz führt die Ermittlung von aktiven und passiven latenten Steuern zu einem Überhang an aktiven latenten Steuern, die bei der Mecklenburgischen unter Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB in der Bilanz nicht angesetzt werden.

Die Differenz zwischen Solvency II und HGB ist auf die unterschiedlichen Bewertungsansätze der einzelnen Vermögenswerte, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen und stellt den Ansatz des Überhangs der latenten Steuerschulden über die latenten Steueransprüche zum Bewertungsstichtag dar.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Verbindlichkeiten ggü. Versicherungen und Vermittlern	11.079	11.079	0

Solvency II:

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern, die aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft der Mecklenburgischen resultieren. Für diese Verbindlichkeiten existiert kein aktiver Markt. Sie werden mithilfe einer alternativen einkommensbasierten Bewertungsmethode ohne Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos bewertet (siehe Abschnitt D.4). Da es sich um Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von weniger als 12 Monaten handelt, erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen keine Diskontierung. Somit entsprechen die beizulegenden Zeitwerte den Erfüllungsbeträgen.

Verbindlichkeiten aus Beitragsvorauszahlungen der Versicherungsnehmer werden unter Solvency II unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen. Für die Gegenüberstellung der Solvency II- und der HGB-Werte erfolgt eine Umgliederung der handelsrechtlich bilanzierten Verbindlichkeiten aus Beitragsvorauszahlungen der Versicherungsnehmer in die HGB-Werte der versicherungstechnischen Rückstellungen.

HGB:

Handelsrechtlich werden Verbindlichkeiten nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe der tatsächlichen Verpflichtung mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	10.147	10.147	0

Solvency II:

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten aus Steuern, Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitnehmern, Lieferantenverbindlichkeiten, Sicherheitseinbehalte, Verbindlichkeiten aus Rechtsanwaltskosten und sonstige Verbindlichkeiten.

Für diese Verbindlichkeiten existiert kein aktiver Markt. Daher erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes mithilfe einer alternativen Bewertungsmethode ohne Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos (siehe Abschnitt D.4). Es handelt sich um Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von weniger als 12 Monaten, daher erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen keine Diskontierung. Sie werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

HGB:

Handelsrechtlich werden Verbindlichkeiten nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten [in Tsd. Euro]	S II	HGB	Differenz
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	97	97	0

Solvency II:

Dieser Posten enthält Verbindlichkeiten aus Vorauszahlungen, die die Gesellschaft vor dem Abschlussstichtag erhalten hat und erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden. Es handelt sich im Wesentlichen um im Voraus erhaltene Mieten. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt mithilfe einer alternativen Bewertungsmethode anhand eines einkommensbasierten Ansatzes ohne Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos. Da der Diskontierungseffekt aufgrund der Kurzfristigkeit der Verbindlichkeiten unwesentlich ist, wird auf die Abzinsung der Verbindlichkeiten verzichtet. Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten werden daher mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

HGB:

Verbindlichkeiten aus Vorauszahlungen, die die Gesellschaft vor dem Abschlussstichtag erhalten hat, werden handelsrechtlich unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Sie werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt. Es ergeben sich keine Bewertungsunterschiede.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden nutzt die Mecklenburgische Bewertungsmodelle, die mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze in Einklang stehen:

- marktbasierter Ansatz, bei dem Preise und andere maßgebliche Informationen genutzt werden, die durch Markttransaktionen ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten entstehen
- einkommensbasierter Ansatz, bei dem künftige Zahlungsströme oder Aufwendungen und Erträge in einen einzigen aktuellen Betrag, den beizulegenden Zeitwert, umgewandelt werden (Ertragswertverfahren, z. B. Barwerttechniken, Optionspreismodelle, Residualwertmethode)
- kostenbasierter oder auf den aktuellen Wiederbeschaffungskosten basierender Ansatz (Kosten- oder Ersatzkostenansatz)

Die von der Mecklenburgischen verwendeten alternativen Bewertungsmethoden basieren hauptsächlich auf einkommensbasierten Ansätzen. Dabei werden so wenig wie möglich unternehmensspezifische Parameter und soweit wie möglich relevante Marktdaten verwendet.

Die alternativen Bewertungsmethoden finden auf die in der folgenden Übersicht aufgezeigten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Anwendung. Dabei stellen die angewandten alternativen Bewertungsmethoden die für die jeweiligen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten am Markt gängigen und anerkannten Methoden dar.

Für bestimmte Posten der Solvabilitätsübersicht nennt die DVO besondere Vorschriften, gemäß denen die Bewertung erfolgt. Diese Posten sind in der Einleitung zu Abschnitt D genannt und in der folgenden Übersicht nicht enthalten.

Alternative Bewertungsmethoden		
Vermögenswerte	Annahmen	Grundlagen, Bewertungsmethoden
Immobilien für den Eigenbedarf, Immobilien (außer für Eigennutzung)	Zahlungsströme, Bodenwert, Liegenschaftszins, Bodenrichtwerte	Ertragswertverfahren
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	Zahlungsströme, Basiszinssatz, Marktrisikoprämie, systematisches Risiko	Ertragswertverfahren
Aktien – nicht notiert	beizulegende Zeitwerte	Ertragswertverfahren (externes Gutachten) Nettvermögenswertmethode
Anleihen	Zahlungsströme, Zinsstrukturkurve, Laufzeit-, bonitäts-, senioritäts- und emittentenabhängige Spreads, Zinsvolatilitäten	Barwertmethode, Hull-White Modell (bei Kündigungsrechten)
Organismen für gemeinsame Anlagen	Geprüfte Nettvermögenswerte	Nettvermögenswertmethode
Sonstige Darlehen und Hypotheken	Zahlungsströme, Zinsstrukturkurve, Laufzeit-, bonitäts-, senioritäts- und emittentenabhängige Spreads, Zinsvolatilitäten	Barwertmethode, Hull-White Modell (bei Kündigungsrechten)
Depotforderungen	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	HGB-Wert (Nennwert) Barwertmethode
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	HGB-Wert (Nennwert) Barwertmethode
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	HGB-Wert (Nennwert) Barwertmethode
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	HGB-Wert (Nennwert) Barwertmethode
Verbindlichkeiten (außer versicherungstechnische Rückstellungen)	Annahmen	Grundlagen, Bewertungsmethoden
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	Rechnungszins, Gehaltstrend, Rententrend, Fluktuationswahrscheinlichkeiten Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	Externe Gutachten: Projected-Unit-Credit-Methode Erfüllungsbetrag Barwertmethode
Rentenzahlungsverpflichtungen	Rechnungszins, Gehaltstrend, Rententrend, Fluktuationswahrscheinlichkeiten, Duration	Externe Gutachten: Projected-Unit-Credit-Methode
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	Erfüllungsbetrag Barwertmethode
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	Erfüllungsbetrag Barwertmethode
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	Laufzeit unter einem Jahr Laufzeit ein oder mehrere Jahre/ Zinsstrukturkurve	Erfüllungsbetrag Barwertmethode

Im Folgenden werden die alternativen Bewertungsmethoden und die zugrundeliegenden Annahmen näher erläutert.

Immobilien für den Eigenbedarf und Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Immobilien erfolgt nach § 194 Baugesetzbuch durch das normierte Ertragswertverfahren gemäß §§ 17 - 20 Immobilienwertermittlungsverordnung.

Nach diesem Verfahren werden der Boden- und der Ertragswert berechnet. Der Bodenwert wird im Vergleichswertverfahren unter Berücksichtigung aktueller Bodenrichtwerte ermittelt. Der Ertragswert wird unter Zugrundelegung marktüblich erzielbarer Mieterträge aus dem Rohertrag, vermindert um die nicht umlegbaren Bewirtschaftungskosten, abgeleitet (Reinertrag). Der Reinertrag wird um den Betrag der angemessenen Verzinsung des Bodenwerts vermindert, der sich wie die Bodenrichtwerte an den Veröffentlichungen der Gutachterausschüsse orientiert. Die Kapitalisierung erfolgt mit Barwertfaktoren, die die Restnutzungsdauer und den jeweiligen Liegenschaftszins berücksichtigen. Der so ermittelte Gebäudeertragswert ergibt zusammen mit dem Bodenwert den beizulegenden Zeitwert.

Bei der Mecklenburgischen werden die Bewertungen der Immobilien von einem internen Sachverständigen erstellt und jährlich aktualisiert.

Bewertungsunsicherheiten liegen in der Bestimmung zukünftiger Zahlungsströme, die auf Schätzungen einzelner Parameter, insbesondere Mietpreisänderungen, aber auch Vermietungssituation, Inflation und Zinsniveau beruhen.

Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen

Die Beteiligung an der MIC Beteiligungsgesellschaft GmbH wird mit dem Ertragswert angesetzt, der sich aus der Anwendung des IDW Standards „Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen“ in der Fassung 2008 (IDW S1) ergibt. Das Ertragswertverfahren fordert hierbei Annahmen für den Basiszinssatz, die Marktrisikoprämie, die zukünftigen Erträge (Nettozuflüsse) sowie für das systematische Risiko. Der von der Mecklenburgischen verwendete Basiszinssatz beruht auf veröffentlichten Marktdaten. Die Festlegung der Marktrisikoprämie und des systematischen Risikos erfolgt auf Basis sachverständiger Expertenschätzungen. Für die Planrechnung der zukünftigen Erträge wird die Unternehmensplanung des Unternehmens verwendet, an welchem über die Beteiligung Anteile gehalten werden. Bei der Bestimmung der Nettozuflüsse werden zudem die in- und ausländischen Ertragsteuern des bewerteten Unternehmens und grundsätzlich die bei der Mecklenburgischen entstehenden Ertragsteuern berücksichtigt.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte der Anteile an der MIC Beteiligungsgesellschaft GmbH ergeben sich Unsicherheiten in der Ermittlung des ökonomischen Wertes durch die dem Ertragswertverfahren zugrunde gelegten Parameter. Die Unsicherheiten bestehen insbesondere in der Bestimmung der Nettozuflüsse.

Aktien - nicht notiert

Die Zeitwerte der Anteile an der Roland Partner Beteiligungsverwaltung GmbH, Köln, der GDV Dienstleistungs-GmbH, Hamburg, sowie der VST Gesellschaft für Versicherungsstatistik mbH, Hannover, werden nach der Nettovermögenswertmethode ermittelt. Dabei entspricht der Nettovermögenswert dem Wert aller zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögensgegenstände des jeweiligen Unternehmens abzüglich sämtlicher zum beizulegenden Zeitwert bewerteter Verbindlichkeiten. Für Solvency II-Zwecke werden etwaige immaterielle Vermögenswerte sowie Geschäfts- oder Firmenwerte in Abzug gebracht.

Anleihen

Anleihen ohne Börsennotierung, die direkt zwischen zwei Geschäftspartnern abgeschlossen werden (z. B. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen), verfügen über keinen beobachtbaren Marktpreis. Die Anwendung des mark-to-Market-Verfahrens ist für diese Positionen somit nicht möglich. Die Anwendung des marking-to-market-Ansatzes erfordert

zumindest vergleichbare börsennotierte Inhaberpapiere, um einen geeigneten Marktpreis ableiten zu können. Solche Inhaberpapiere existieren für Anleihen nur in wenigen Ausnahmen. Die Anwendung einer alternativen Bewertungsmethode ist somit angemessen.

Für Anleihen ohne Kündigungsrechte erfolgt die theoretische Bewertung auf Basis der Barwertmethode. Der theoretische Kurswert des Papiers ist der Barwert aller in der Zukunft erwarteten Zahlungen. Diskontiert wird mit restlaufzeit-adäquaten interpolierten Euro-Mid-Swap-Zinssätzen zum Bewertungsstichtag unter Berücksichtigung von laufzeit-, senioritäts- und emittenten-abhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads (Zinsaufschläge), die sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientieren. Für die Ermittlung der laufzeitabhängigen Mid-Swap-Zinssätze werden die Schlussnotierungen der EUR-Mid-Swap-Kurve, veröffentlicht über die Bloomberg Datalicence für den Handelsplatz London, verwendet.

Die Ermittlung der laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitätsspreads erfolgt bei der Mecklenburgischen über eine emittentengruppenspezifische Spreadmatrix. Hierbei werden die Anleihen in verschiedene Gruppen, Laufzeitkategorien und Bonitätsstufen unterteilt. Die für die Spreadmatrix benötigten Renditen werden über Preise von börsennotierten Euro-Inhaberpapieren errechnet und anschließend mit einem Nelson-Siegel-Verfahren zu einer Spreadkurve geglättet. Liquiditätsaufschläge werden auf Grundlage eigener Markttransaktionen ermittelt.

Bei Anleihen mit eingebetteten Optionen (Kündigungsrechte) werden die Optionsrechte in der Bewertung berücksichtigt. Die im Bestand befindlichen Anleihen mit verkauften Kündigungsrechten haben neben den oben genannten wertbestimmenden Faktoren Zins und Spread die am Markt vorherrschende implizite Volatilität als weiteren wertbestimmenden Parameter. Bei der Mecklenburgischen wird standardisiert das am Kapitalmarkt etablierte Hull-White-Modell zur Bewertung von Kündigungsrechten eingesetzt. Die für dieses Modell erforderliche Kalibrierung erfolgt auf Basis von Cap-/Floor- oder Swaption-Volatilitäten. Dazu werden die am Handelsplatz London mittels Bloomberg Datalicence veröffentlichten Schlussnotierungen für Cap/Floor- und Swaptionvolatilitäten mit Stichtag 31.12.2020 verwendet.

Die Bewertungsergebnisse werden maßgeblich von den zu Grunde gelegten Annahmen des Barwertverfahrens bzw. des Optionspreismodells und der daran anknüpfenden Auswahl von Inputparametern beeinflusst. Durch die Verwendung ausschließlich transaktions- und marktbezogener Daten sowie der möglichst genauen Ermittlung von Zinsaufschlägen/Spreads über Emittenten-, Sektor- und Ratingspreadkurven wird die Unsicherheit bei der Bewertung als gering eingeschätzt.

Depotforderungen, Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern sowie Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Für diese Forderungen liegt kein aktiver Markt vor, daher erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte mithilfe einer einkommensbasierten Bewertung. Die hierzu verwendete Barwertmethode verlangt Annahmen der verwendeten Diskontsätze. Die Diskontierung erfolgt mit den aktuellen Marktzinssätzen unter zusätzlicher Berücksichtigung von Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Um Ausfallrisiken zu berücksichtigen werden gegebenenfalls Wertberichtigungen angesetzt. Die Höhe der zu berücksichtigenden Ausfallrisiken wird mindestens einmal jährlich überprüft. Bei Gegenparteien mit guter Bonität wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit nicht berücksichtigt.

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bewertung erfolgt anhand eines einkommensbasierten Ansatzes. Die hierzu verwendete Barwertmethode verlangt Annahmen in Bezug auf die zu verwendenden Diskontsätze. Zur Abzinsung der Rückstellungen mit geschätzten Abwicklungszeiträumen von einem und mehr Jahren werden nach IAS 37 Zinssätze verwendet, die die aktuellen Marktverhältnisse abbilden. Sie orientieren sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industriefinanzen von Emittenten bester Bonität gelten. Die Laufzeit der Anleihen entspricht hierbei der geschätzten Abwicklung der Rückstellungen. Eine Anpassung für das eigene Kreditrisiko erfolgt nicht.

Bei kurzfristigen Rückstellungen mit einer ursprünglich erwarteten Abwicklung bis zu einem Jahr, wird eine Abzinsung aus Wesentlichkeitsgründen nicht vorgenommen. Die anzusetzenden Werte entsprechen den auf Basis der bestmöglichen Schätzung ermittelten Erfüllungsbeträgen.

Die aktuarielle Bewertung des Barwertes für Jubiläumsaufwendungen erfolgt anhand des Anwartschaftsbarwertverfahrens, das nachfolgend unter dem Abschnitt „Rentenzahlungsverpflichtungen“ erläutert wird.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Nach Solvency II erfolgt die Bewertung der leistungsorientierten Pensionszusagen gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Hierbei handelt es sich um eine Modellbewertung nach einer deterministischen Methode auf Basis jährlich festgelegter Bewertungsannahmen und eines im Standard festgelegten Berechnungsverfahrens. Die festgelegten Rechnungsparameter zur Bewertung der leistungsorientierten Pensionszusagen sind im Wesentlichen der Rechnungszins, der dem Marktzins am Bilanzstichtag für langfristige Industriefinanzen von Emittenten bester Bonität entspricht, sowie der Rententrend, der Gehaltstrend und biometrische Rechnungsgrundlagen als Langfristannahmen, deren Gültigkeit regelmäßig überprüft wird. Zusätzlich werden Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Dokumentation der Rechnungsannahmen erfolgt durch den durch die Gesellschaft beauftragten externen Gutachter.

Zum Bewertungsstichtag basieren die Annahmen zur Sterblichkeit und Invalidität auf den Richttafeln 2018G von Heubeck. Personalfluktuationsraten und Gehaltstrends ergeben sich aus den Erfahrungswerten der Mecklenburgischen.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern, Verbindlichkeiten Handel, nicht Versicherung sowie sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Für diese Verbindlichkeiten liegt kein aktiver Markt vor, daher erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte mithilfe eines einkommensbasierten Ansatzes. Zur Abzinsung der Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von einem und mehr Jahren werden marktwertnahe Zinssätze (ohne Anpassung aufgrund des eigenen Kreditrisikos) verwendet. Sie orientieren sich an den Zinssätzen, die für langfristige Industriefinanzen von Emittenten bester Bonität gelten. Die Laufzeit der Anleihen entspricht hierbei der Laufzeit der Verbindlichkeiten.

Bei kurzfristigen Verbindlichkeiten mit Laufzeiten unter einem Jahr erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen keine Diskontierung. Sie werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Nachfolgend wird eine quantitative Zuordnung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (außer versicherungstechnische Vermögenswerte und versicherungstechnische Verbindlichkeiten) zu den Solvency II Bewertungsmethoden zum Bewertungsstichtag 31.12.2020 tabellarisch dargestellt:

Verwendete Bewertungsverfahren zum 31.12.2020											
[in Tsd. Euro]	Stufe 1		Stufe 2		Stufe 3				HGB-Wert nach Art. 9 Abs. 4 DVO (Grundsatz der Verhältnismä- ßigkeit)	S II Gesamt	
	Marktpreise an aktiven Märkten		Marktpreise für ähnliche Vermögens- werte und Verbindlich- keiten		Angepasste Equity Methode		Alternative Bewertungs- methoden				
Vermögenswerte											
Immobilien & Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0%	0	0%	0	0%	41.828	89%	5.058	11%	46.886
Immobilien (außer zur Eigen- nutzung)	0	0%	0	0%	0	0%	9.451	100%	0	0%	9.451
Anteile an verbundenen Unter- nehmen, einschließlich Beteili- gungen	0	0%	0	0%	253.516	89%	31.246	11%	0	0%	284.762
Aktien – nicht notiert	0	0%	0	0%	0	0%	4.537	100%	0	0%	4.537
Anleihen	285.758	52%	0	0%	0	0%	261.794	48%	0	0%	547.552
Organismen für gemeinsame Anlagen	350.261	89%	0	0%	0	0%	41.422	11%	0	0%	391.683
Einlagen außer Zahlungsmittel- äquivalente	0	0%	0	0%	0	0%	1.000	100%	0	0%	1.000
Sonstige Darlehen & Hypothe- ken	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%	263	100%	263
Depotforderungen	0	0%	0	0%	0	0%	27	100%	0	0%	27
Forderungen gegenüber Versi- cherungen & Vermittlern	0	0%	0	0%	0	0%	10.655	100%	0	0%	10.655
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	0	0%	0	0%	0	0%	3.139	100%	0	0%	3.139
Zahlungsmittel & Zahlungsmittel- äquivalente	0	0%	0	0%	0	0%	12.975	100%	0	0%	12.975
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	0	0%	0	0%	0	0%	585	98%	15	2%	600
Zwischensumme	636.019	49%	0	0%	253.516	19%	418.659	32%	5.336	0%	1.313.530
Sonstige Verbindlichkeiten											
Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	0	0%	0	0%	0	0%	36.369	100%	0	0%	36.369
Rentenzahlungsverpflichtungen	0	0%	0	0%	0	0%	132.867	100%	0	0%	132.867
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen & Vermittlern	0	0%	0	0%	0	0%	11.079	100%	0	0%	11.079
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	0	0%	0	0%	0	0%	10.147	100%	0	0%	10.147
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	0%	0	0%	0	0%	97	100%	0	0%	97
Zwischensumme	0	0%	0	0%	0	0%	190.559	100%	0	0%	190.559
Gesamt	636.019	42%	0	0%	253.516	17%	609.218	41%	5.336	0%	1.504.089

Angemessenheit der Bewertungsverfahren

Sofern für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte keine Marktpreise verfügbar sind und die Bewertung daher auf Basis von Modellen erfolgt, ist es erforderlich, bei der Bewertung Ermessen auszuüben sowie Schätzungen und Annahmen zu treffen. Diese wirken sich auf Vermögenswerte wie auch auf die sonstigen Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht aus. Daher sind die internen Prozesse der Mecklenburgischen darauf ausgerichtet, die Wertansätze unter Berücksichtigung aller relevanten Informationen möglichst zuverlässig und nachprüfbar dokumentiert zu ermitteln.

Die Gesellschaft prüft mindestens einmal jährlich sowie anlassbezogen, ob die Zuordnung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu den Stufen der Bewertungshierarchie noch zutreffend ist. Sofern sich Veränderungen bei der Bewertungsgrundlage ergeben haben, weil beispielsweise ein Markt nicht mehr aktiv ist oder weil bei der Bewertung auf Parameter zurückgegriffen wurde, die eine andere Zuordnung erforderlich machen, werden entsprechende Anpassungen vorgenommen. Dasselbe gilt für die für die einzelnen Posten der Solvabilitätsübersicht verwendeten Bewertungsmethoden. Eine weitere Validierung erfolgt seit 31.12.2016 im Rahmen der jährlichen Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer.

D.5 Sonstige Angaben

Es bestehen keine weiteren Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Um den eingegangenen Risiken zu begegnen, verfügt die Mecklenburgische über Eigenmittel in ausreichendem Umfang und ausreichender Qualität.

Unter Solvency II werden die Eigenmittelbestandteile nach unterschiedlichen Qualitätsklassen, sogenannten Tiers, differenziert. Die Einstufung in die Tiers erfolgt nach folgenden Merkmalen:

- Verfügbarkeit
- Nachrangigkeit
- ausreichende Laufzeit
- keine Rückzahlungsanreize
- keine Belastungen

Je uneingeschränkter die Merkmale erfüllt sind, desto besser ist die Einstufung in die Tiers. Entsprechend dieser Einordnung sind die Eigenmittelbestandteile begrenzt zur Bedeckung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung anrechenbar.

Qualitätsklasse	Anrechenbarkeit
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	
Tier 1-Eigenmittel	Unbeschränkt
Hybridkapitalinstrumente, die Tier 1-Kriterien erfüllen	Maximal 20% der Tier 1-Eigenmittel
Summe von Tier 2- und 3-Eigenmitteln	Maximal 50% des SCR
Tier 3-Eigenmittel	Maximal 15% des SCR
Mindestkapitalanforderung (MCR)	
Tier 1-Eigenmittel	Unbeschränkt
Tier 2-Eigenmittel	Maximal 20% des MCR
Tier 3-Eigenmittel	Nicht anrechenbar

E.1.1 Management der Eigenmittel

Wesentliches Ziel des Kapitalmanagements der Mecklenburgischen ist die weitere Stärkung der Eigenmittel des Unternehmens. Der Zeithorizont der Geschäftsplanung beträgt fünf Jahre.

Die in der Vergangenheit erzielten Jahresüberschüsse sind den Gewinnrücklagen des Unternehmens zugewiesen worden und stärken somit die Eigenmittel der Gesellschaft. Die Gewinnrücklagen zum 31.12.2020 beliefen sich nach Zuweisung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres auf insgesamt 340.000 Tsd. Euro (VJ: 325.000 Tsd. Euro).

Die Geschäftsstrategie der Mecklenburgischen sieht keine Änderung der geschäftspolitischen Ausrichtung vor. Somit wird sich das Risikoprofil künftig nicht wesentlich ändern. In der aktuellen Unternehmensplanung wird davon ausgegangen, dass auch die Jahresüberschüsse der Folgejahre die Eigenmittel der Gesellschaft weiter stärken werden.

E.1.2 Eigenmittelbestandteile

Zum 31.12.2020 betragen die verfügbaren Eigenmittel der Mecklenburgischen 822.729 Tsd. Euro (VJ: 792.345 Tsd. Euro). Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Verfügbare Eigenmittel [in Tsd. Euro]					
Positionen	2020				2019
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3	
Ausgleichsrücklage	822.729	822.729	0	0	792.345
Nachrangige Eigenmittel	0	0	0	0	0
Basiseigenmittel gesamt	822.729	822.729	0	0	792.345
Ergänzende Eigenmittel	0	0	0	0	0
Gesamt	822.729	822.729	0	0	792.345

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Eigenmittel leicht gestiegen.

Die Basiseigenmittel erfüllen wie im Vorjahr uneingeschränkt die in der Einleitung genannten Anforderungen der Qualitätsklasse Tier 1. Sie unterliegen keinen Anrechenbarkeitsbeschränkungen und können vollständig zur Bedeckung der Kapitalanforderungen herangezogen werden.

Die Ausgleichsrücklage nach Solvency II wird berechnet, indem von dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten alle folgenden Posten abgezogen werden. Für die Ausgleichsrücklage gelten keinerlei Beschränkungen bezüglich ihrer Laufzeit.

In der Ausgleichsrücklage wird der Ausgleich zwischen der bilanziellen Bewertung nach HGB und der Bewertung für Solvabilitätszwecke abgebildet. In der Ausgleichsrücklage der Gesellschaft sind beispielsweise die Gewinnrücklagen und die Zuführung aus dem Jahresüberschuss, die Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten.

Die potenzielle Volatilität der Ausgleichsrücklage ergibt sich vor allem aus Änderungen des Kapitalmarktumfeldes und damit verbundenen Marktwertschwankungen der Vermögenswerte. Die Ausgleichsrücklage ist Bestandteil der Analysen des ALM. So werden z. B. jährlich im Rahmen des ORSA-Prozesses die Auswirkungen verschiedener Kapitalmarktszenarien (siehe Abschnitt C.2.4) auf die Eigenmittel geprüft.

E.1.3 Anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung der Kapitalanforderung

Die zur Bedeckung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung (siehe Abschnitt E.2) anrechenbaren Eigenmittel in Höhe von 822.729 Tsd. Euro setzen sich zu 100 % aus Mitteln der Qualitätsklasse Tier 1 zusammen.

E.1.4 Erläuterung wesentlicher Unterschiede zu HGB

Die Eigenmittel nach HGB und Solvency II setzen sich folgendermaßen zusammen:

Eigenmittel nach S II und HGB [in Tsd. Euro]			
	S II	HGB	Wirkung auf Eigenmittel
Bewertung der Vermögenswerte	1.313.530	1.007.587	305.944
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	161.808	218.645	-56.837
versicherungstechnische Rückstellungen	443.892	736.811	292.919
Latente Steuern (Passivüberhang)	18.158	-	-18.158
Sonstige Verbindlichkeiten	190.559	149.421	-41.138
Überhang der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten			482.729
Eigenkapital (HGB)			340.000
Verfügbare Eigenmittel			822.729

Die Bewertungsunterschiede zwischen HGB und Solvency II wurden in Abschnitt D bereits erläutert. Die wesentlichen Bewertungsunterschiede werden nachfolgend kurz aufgezeigt:

- Aus der Bewertung der Immobilien zum Ertragswert resultiert ein positiver Effekt in Bezug auf die Eigenmittel in Höhe von 24.653 Tsd. Euro.
- Die Bewertung der Anteile an den Tochterunternehmen der Mecklenburgischen nach der Adjusted-Equity-Methode nach Solvency II hat einen positiven Effekt auf die Eigenmittel in Höhe von 212.226 Tsd. Euro. Die Anteile an den Tochterunternehmen wurden entsprechend der Adjusted-Equity-Methode nach mit den anteiligen Eigenmitteln der Solvabilitätsübersichten zum 31.12.2020 dieser Unternehmen bewertet.
- Aus der Bewertung der Anleihen (Direktbestand) zu Marktwerten bzw. zu beizulegenden Zeitwerten (Fair Value) resultiert ein positiver Effekt in Bezug auf die Eigenmittel in Höhe von 33.124 Tsd. Euro. Die Bewertungsunterschiede zwischen den Solvency II-Werten und den HGB-Werten resultieren aus dem niedrigen Zinsniveau, das zu einer entsprechend hohen Bewertung der Anleihen führte.
- Die Bewertung der Organismen für gemeinsame Anlagen zu Marktwerten (Spezialfonds und Immobilienfonds) oder zum Net Asset Value (Fonds für Private Equity und für infrastrukturelle Investitionen) hat einen positiven Effekt auf die Eigenmittel in Höhe von 29.264 Tsd. Euro. Die Bewertungsunterschiede zwischen den Solvency II-Werten und den HGB-Werten resultieren insbesondere aus dem niedrigen Zinsniveau, das zu einer entsprechend hohen Bewertung der über Fonds gehaltenen Anleihen führte.
- Aus der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II ergibt sich inklusive Risikomarge nach Saldierung mit den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen insgesamt ein positiver Nettoeffekt von 119.874 Tsd. Euro.
- Die Auflösung der handelsrechtlich zu bildenden Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen sowie der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II wirkt mit 116.207 Tsd. Euro positiv auf die Eigenmittel.
- Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen in der Solvabilitätsübersicht belastet die Eigenmittel mit 39.931 Tsd. Euro. Der Solvency II-Wert der Pensionsverpflichtungen liegt hauptsächlich aufgrund der unterschiedlichen Zinssätze bei der Diskontierung über dem Wertansatz im handelsrechtlichen Jahresabschluss.
- Die latenten Steuerschulden übersteigen die latenten Steueransprüche deutlich und sind bei der Eigenmittelermittlung in Höhe von 18.158 Tsd. Euro voll eigenmittelmindernd angesetzt worden.

E.1.5 Übergangsregelungen

Die Mecklenburgische verfügte zum 31.12.2020 über keine Basiseigenmittelbestandteile, für die die in Art. 308b Abs. 9 und 10 der Richtlinie 2009/138/EG festgelegten Übergangsregelungen gelten.

E.1.6 Ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel wurden im Berichtsjahr nicht angerechnet.

E.1.7 Abzugsposten

Bei der Mecklenburgischen sind keine Posten in Abzug zu bringen, die aufgrund von Restriktionen, mangelnder Verfügbarkeit und Transferierbarkeit oder anderer Beschränkungen nicht zu den Eigenmitteln gezählt werden dürfen.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

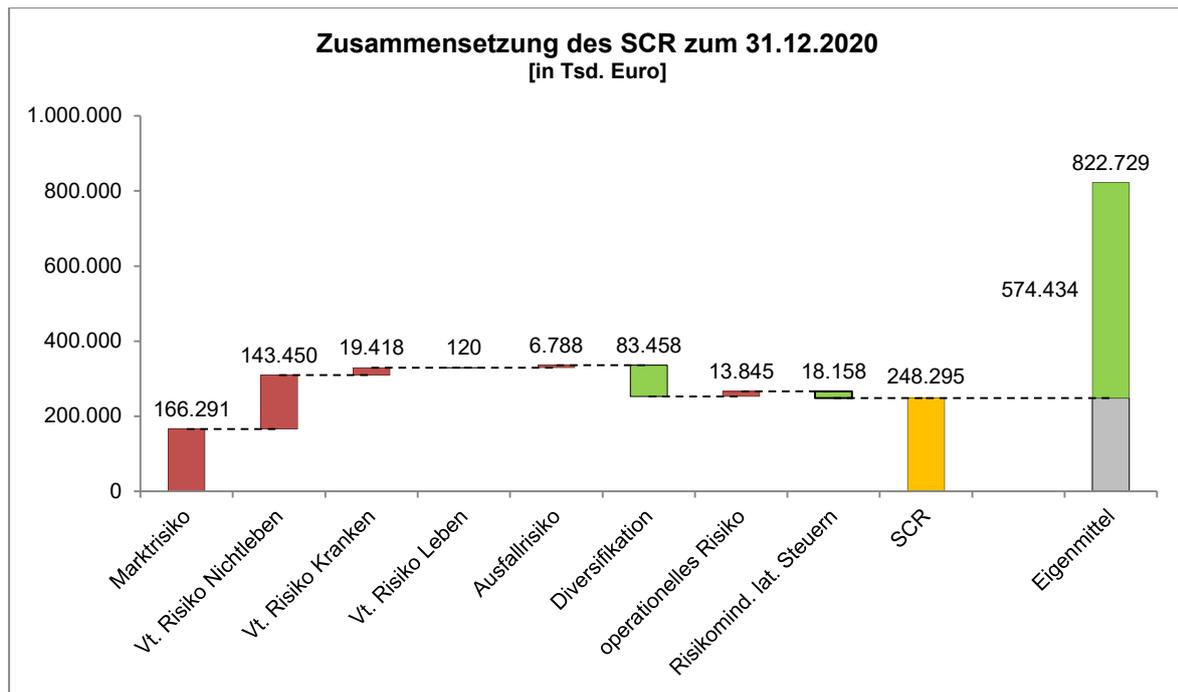
Auf Basis einer ganzheitlichen Risikobetrachtung werden eine Mindestkapital- und eine Solvenzkapitalanforderung (Minimum Capital Requirement, kurz: MCR, und Solvency Capital Requirement, kurz: SCR) bestimmt. Das MCR stellt eine absolute Untergrenze dar und ist das Eigenmittelniveau unterhalb dessen die Interessen der Versicherungsnehmer gefährdet wären. Unterschreiten die anrechenbaren Eigenmittel diese Grenze, so kann das den Verlust der Geschäftsbetriebserlaubnis zur Folge haben. Grundsätzlich müssen anrechenbare Eigenmittel mindestens in Höhe des SCR vorgehalten werden, damit das Versicherungsunternehmen die Möglichkeit hat, hohe unerwartete Verluste auszugleichen. Verfügt ein Versicherer über anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe des SCR, so ist er mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 99,5 % in der Lage, innerhalb des nächsten Jahres eintretende unerwartete Verluste auszugleichen.

Die Kapitalanforderung wird bei der Mecklenburgischen gemäß der aufsichtsrechtlich vorgegebenen und modular aufgebauten Standardformel bestimmt. Es werden keine vereinfachten Berechnungen oder unternehmensspezifische Parameter gemäß Art. 104 Abs. 7 der Richtlinie 2009/138/EG angewendet.

Der endgültige Betrag unterliegt derzeit noch der aufsichtlichen Prüfung.

SCR

Folgende Abbildung stellt die Zusammensetzung des SCR zum 31.12.2020 dar.



Im Berichtszeitraum haben sich keine wesentlichen Änderungen des SCR ergeben. Das SCR ist wie im Vorjahr vom Marktrisiko (VJ: 154.619 Tsd. Euro) und von dem versicherungstechnischen Risiko geprägt gewesen. Die Kapitalanforderung der Versicherungstechnik setzte sich dabei im Wesentlichen aus den Untermodulen Nichtleben (VJ: 135.257 Tsd. Euro) sowie Kranken (VJ: 19.902 Tsd. Euro) zusammen. Insgesamt ergab sich zum 31.12.2020 ein SCR in Höhe von 248.295 Tsd. Euro (VJ: 229.868 Tsd. Euro). Dem gegenüber standen anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 822.729 Tsd. Euro (VJ: 792.345 Tsd. Euro). Die SCR-Bedeckungsquote lag bei 331 % (VJ: 345 %).

Zum 31.12.2020 lag ein Überhang latenter Steuerschulden in Höhe von 18.158 Tsd. Euro vor. Nähere Informationen können dem Abschnitt D.3 entnommen werden. Bei der Ermittlung des SCR wurde eine Risikominderung aufgrund latenter Steuern in Höhe von 18.158 Tsd. Euro angesetzt.

MCR

In die Berechnung des MCR fließen versicherungstechnische Netto-Rückstellungen und die gebuchten Netto-Beiträge der vergangenen 12 Monate je Geschäftsbereich multipliziert mit den von der Aufsicht vorgegebenen Faktoren ein.

Das MCR in Höhe von 62.073 Tsd. Euro (VJ: 57.467 Tsd. Euro) hat sich im Berichtszeitraum nicht wesentlich geändert. Die MCR-Bedeckungsquote lag zum 31.12.2020 bei 1.325 % (VJ: 1.379 %).

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko gemäß Art. 304 der Richtlinie 2009/138/EG ist in Deutschland nicht zugelassen.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die Berechnung des SCR und MCR erfolgt mit der Standardformel. Ein internes Modell wird nicht verwendet.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung Solvenzkapitalanforderung

Sowohl das SCR als auch das MCR wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Es bestehen keine weiteren Angaben zum Kapitalmanagement der Mecklenburgischen.

Anhang**Anhang I
S.02.01.02
Bilanz****Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung

betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen

und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II- Wert C0010
R0030	
R0040	
R0050	
R0060	46.886
R0070	1.238.985
R0080	9.451
R0090	284.762
R0100	4.537
R0110	
R0120	4.537
R0130	547.552
R0140	229.617
R0150	317.935
R0160	
R0170	
R0180	391.683
R0190	
R0200	1.000
R0210	
R0220	
R0230	263
R0240	
R0250	
R0260	263
R0270	161.808
R0280	145.493
R0290	141.624
R0300	3.869
R0310	16.315
R0320	13.499
R0330	2.815
R0340	
R0350	27
R0360	10.655
R0370	
R0380	3.139
R0390	
R0400	
R0410	12.975
R0420	600
R0500	1.475.338

S.02.01.02**Bilanz****Verbindlichkeiten**

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510 400.304
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520 387.297
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530
Bester Schätzwert	R0540 346.144
Risikomarge	R0550 41.152
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560 13.008
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570
Bester Schätzwert	R0580 8.512
Risikomarge	R0590 4.495
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600 43.588
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610 38.654
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620
Bester Schätzwert	R0630 38.131
Risikomarge	R0640 523
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650 4.934
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660
Bester Schätzwert	R0670 4.894
Risikomarge	R0680 40
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700
Bester Schätzwert	R0710
Risikomarge	R0720
Eventualverbindlichkeiten	R0740
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750 36.369
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760 132.867
Depotverbindlichkeiten	R0770
Latente Steuerschulden	R0780 18.158
Derivate	R0790
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820 11.079
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840 10.147
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880 97
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900 652.609
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000 822.729

Anhang I

S.05.02.01

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060		C0070
		C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130		C0140
R0010									
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	463.359						463.359	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	0						0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140	118.278						118.278	
Netto	R0200	345.081						345.081	
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	461.492						461.492	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	0						0	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240	118.723						118.723	
Netto	R0300	342.769						342.769	
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	223.539						223.539	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	-27						-27	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340	53.393						53.393	
Netto	R0400	170.119						170.119	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410	-852						-852	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales	R0430								
Anteil der Rückversicherer	R0440	-37						-37	
Netto	R0500	-815						-815	
Angefallene Aufwendungen	R0550	121.065						121.065	
Sonstige Aufwendungen	R1200							2.064	
Gesamtaufwendungen	R1300							123.129	

S.05.02.01

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Lebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0150	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200		C0210
		C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270		C0280
R1400									
Gebuchte Prämien									
Brutto	R1410								
Anteil der Rückversicherer	R1420								
Netto	R1500								
Verdiente Prämien									
Brutto	R1510								
Anteil der Rückversicherer	R1520								
Netto	R1600								
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto	R1610	6.600						6.600	
Anteil der Rückversicherer	R1620	3.212						3.212	
Netto	R1700	3.388						3.388	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto	R1710								
Anteil der Rückversicherer	R1720								
Netto	R1800								
Angefallene Aufwendungen	R1900								
Sonstige Aufwendungen	R2500								
Gesamtaufwendungen	R2600								

Anhang I
S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet										
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
	R0020									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Bester Schätzwert (brutto)	R0030							4.894		4.894
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080							2.815		2.815
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090							2.078		2.078
Risikomarge	R0100							40		40
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110									
Bester Schätzwert	R0120									
Risikomarge	R0130									
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200							4.934		4.934

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammen- hang mit Kranken- versicherungs- verpflichtungen	Krankenrück- versicherung (in Rückdeckung über- nommenes Geschäft)	Gesamt (Kranken- versicherung nach Art der Lebens- versicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	X					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	X					
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge	X					
Bester Schätzwert	X					
Bester Schätzwert (brutto)	X					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	X					
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	X					
Risikomarge	X					
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	X					
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	X					
Bester Schätzwert	X					
Risikomarge	X					
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	X					
				38.131		38.131
				13.499		13.499
				24.632		24.632
				523		523
				38.654		38.654

Anhang I
S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungs-
verträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der
Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenpartei-
ausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

**Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem
Schätzwert und Risikomarge**

Bester Schätzwert
Prämienrückstellungen
Brutto
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber
Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für
erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen

Schadenrückstellungen
Brutto
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber
Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für
erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen

Bester Schätzwert gesamt – brutto
Bester Schätzwert gesamt – netto

Risikomarge
**Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen
Rückstellungen**
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
Bester Schätzwert
Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften
und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund
von Gegenparteiausfällen – gesamt
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge
aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und
Finanzrückversicherungen – gesamt

Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
Krankheits- kosten- versicherung	Einkommens- ersatz- versicherung	Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahrzeug- haftpflicht- versicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung	Feuer- und andere Sachver- sicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung
C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
R0010								
R0050								
R0060	-12.764		119	3.867		16.340	-8.300	
R0140	-2.423		-1.462	1.427		2.996	2.354	
R0150	-10.341		1.581	2.441		13.344	-10.653	
R0160	21.277		247.014	12.431		21.095	28.028	
R0240	6.292		110.701	2.988		7.625	14.965	
R0250	14.984		136.313	9.442		13.470	13.063	
R0260	8.512		247.133	16.298		37.434	19.728	
R0270	4.643		137.894	11.883		26.813	2.409	
R0280	4.495		11.659	9.525		13.515	3.537	
R0290								
R0300								
R0310								
R0320	13.008		258.792	25.823		50.950	23.265	
R0330	3.869		109.239	4.415		10.621	17.319	
R0340	9.138		149.552	21.408		40.329	5.946	

S.17.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge

Bester Schätzwert

Prämienrückstellungen

Brutto

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen

Schadenrückstellungen

Brutto

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen

Bester Schätzwert gesamt – brutto

Bester Schätzwert gesamt – netto

Risikomarge

Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen – gesamt

Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

	Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft			In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproportionale Krankenrückversicherung	Nichtproportionale Unfallrückversicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	Nichtproportionale Sachrückversicherung	
	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
R0010								
R0050								
R0060	296	157						-286
R0140	0	0						2.894
R0150	296	157						-3.177
R0160	24.915	183						354.943
R0240	30	0						142.688
R0250	24.886	183						212.341
R0260	25.211	340						354.657
R0270	25.181	340						209.164
R0280	2.818	99						45.648
R0290								
R0300								
R0310								
R0320	28.029	439						400.304
R0330	30	0						145.493
R0340	27.999	439						254.811

S.19.01.21

Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen
(absoluter Betrag)

	Jahr	Entwicklungsjahr										Jahresende (abgezinste Daten)			
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +	C0360		
		C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300			
Vor	R0100											117.735	R0100	119.373	
N-9	R0160	0	0	0	0	0	10.543	8.366	7.184	6.905	5.938		R0160	5.931	
N-8	R0170	0	0	0	0	9.365	10.201	8.875	8.463	7.400			R0170	7.356	
N-7	R0180	0	0	0	13.499	13.306	11.137	10.605	9.294				R0180	9.188	
N-6	R0190	0	0	25.202	20.748	18.508	17.753	9.903					R0190	9.769	
N-5	R0200	0	29.912	17.589	11.684	9.801	7.807						R0200	7.796	
N-4	R0210	91.263	47.333	29.041	26.173	21.610							R0210	20.968	
N-3	R0220	97.415	35.009	21.947	13.584								R0220	13.577	
N-2	R0230	89.195	36.486	32.326									R0230	31.367	
N-1	R0240	99.368	38.803										R0240	38.766	
N	R0250	90.478											R0250	90.851	
													Gesamt	R0260	354.943

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
Überschussfonds
Vorzugsaktien
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
Ausgleichsrücklage
Nachrangige Verbindlichkeiten
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbeitrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann

Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können

Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbeitrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbeitrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbeitrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbeitrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

	Gesamt C0010	Tier 1 – nicht gebunden C0020	Tier 1 – gebunden C0030	Tier 2 C0040	Tier 3 C0050
R0010					
R0030					
R0040					
R0050					
R0070					
R0090					
R0110					
R0130	822.729	822.729			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	822.729	822.729			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	822.729	822.729			0
R0510	822.729	822.729			
R0540	822.729	822.729	0	0	0
R0550	822.729	822.729	0	0	
R0580	248.295				
R0600	62.074				
R0620	331%				
R0640	1325%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbeitrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060
R0700	822.729
R0710	
R0720	
R0730	0
R0740	
R0760	822.729
R0770	
R0780	41.306
R0790	41.306

Anhang I

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0080	C0090
R0010	166.291		
R0020	6.788		
R0030	120		
R0040	19.418		
R0050	143.450		
R0060	-83.458		
R0070	0		
R0100	252.609		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag
 Kapitalaufschlag bereits festgesetzt

	C0100
R0130	13.845
R0140	0
R0150	-18.158
R0160	
R0200	248.295
R0210	
R0220	248.295
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

	Ja/Nein
	C0109
R0590	

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

VAF LS
 VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern
 VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre
 Maximum VAF LS

	VAF LS
	C0130
R0640	
R0650	
R0660	
R0670	
R0680	
R0690	

Anhang I
S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_{NL}-Ergebnis

	C0010
R0010	48.380

Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung

See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung
Beistand und proportionale Rückversicherung
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung
Nichtproportionale Kranknrückversicherung
Nichtproportionale Unfallrückversicherung
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
Nichtproportionale Sachrückversicherung

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
R0020		
R0030	4.643	31.526
R0040		
R0050	137.894	98.370
R0060	11.883	73.957
R0070		
R0080	26.813	78.101
R0090	2.409	29.925
R0100		
R0110	25.181	31.103
R0120	340	2.099
R0130		
R0140		
R0150		
R0160		
R0170		

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_L-Ergebnis

	C0040
R0200	561

Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen

Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
R0210		
R0220		
R0230		
R0240	26.710	
R0250		

Berechnung der Gesamt-MCR

Lineare MCR
SCR
MCR-Obergrenze
MCR-Untergrenze
Kombinierte MCR
Absolute Untergrenze der MCR

	C0070
R0300	48.941
R0310	248.295
R0320	111.733
R0330	62.074
R0340	62.074
R0350	3.700
	C0070
R0400	62.074

Mindestkapitalanforderung